

DISS

Kolloquium

► DISScourse
► DISSagree
► DISSorder

2025



Umkämpfte Gerechtigkeit

Emanzipatorische Aufbrüche

Linke Utopien in der Krise

Reader DISS-Kolloquium 2025

DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

KOLLOQUIUM

Umkämpfte Gerechtigkeit
Emanzipatorische Aufbrüche und linke Utopien in der Krise
22. – 23. November 2025

TAGUNGSORT

Jugendherberge Duisburg
Sportpark
Kruppstraße 9
47055 Duisburg



VERANSTALTER

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
info@diss-duisburg.de
Homepage: www.diss-duisburg.de

AUTOR:INNEN

Marvin Chlada
Tino Heim
Helmut Kellershohn
Zoe Luginsland & Ruby Rebelde
Jobst Paul
Nele Rathke
Fanny Zeise

READER

Guido Arnold
Jobst Paul
Christian Sydow

FÖRDERUNG

Unsere Veranstaltung wurde von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW un-
terstützt.



Inhalt

MARVIN CHLADA

Zur Geschichte der Sozialutopie

Seite 5

HELMUT KELLERSHOHN

Vom autoritären Liberalismus zum libertären Autoritarismus

Seite 10

DR. TINO HEIM

Trump2.0 und die widersprüchlichen Allianzen zwischen transnationalistisch-transhumanistischen Tech-Oligarchen und protektionistischen Nationalchauvinisten

Seite 18

ZOE LUGINSLAND & RUBY REBELDE

Im Kampf mit Babylon – Folgenreiche Erzählmotive aus weißer Frauenbewegung und christlicher Fürsorge

Seite 29

DR. JOBST PAUL

Die gerechte Gesellschaft – Grundzüge Jüdischer Sozialethik

Seite 37

FANNY ZEISE

Erneuerung im Gegenwind – Erfahrungen mit konfliktorientierter, demokratischer und politischer Gewerkschaftsarbeit

Seite 45

NELE RATHKE

Aufsuchende politische Bildung – wenn Alltagssorgen öffentlich verhandelt werden

Seite 53



Vorwort

Wir konstatieren eine Dominanz neu-rechter, autoritärer, rechtsextremer bis offen faschistoider Gesellschaftsentwürfe, die eine Demokratie zersetzende Energie entfesseln. In den USA können wir beobachten, wie christlich-fundamentalistische Weltbilder trotz offensichtlicher Widersprüche zusammenlaufen mit einem mittlerweile rechts verankerten technokratischen ‚Solutionismus‘, der eine rein technologische Lösung ökologisch-sozialer Probleme durch eine über jede gesellschaftliche Kontrolle und Regulation erhabene Innovationselite propagiert und ‚rücksichtslos-kreativ‘ gesellschaftliche Zerstörung praktiziert.

Das Zusammenspiel von rechtsextremen Autokratieanhängern und Faschisten mit Tech-Feudalisten, die entweder selbst offen reaktionären und rechtslibertären Gesellschaftskonzepten anhängen oder die Zerstörung von Demokratie und Rechtsstaat zumindest billigend in Kauf nehmen, erreicht mit der Trump-II-Administration ein neues Bewegungsniveau. Die sogenannte Tech-Oligarchie stellt dabei nicht nur Kommunikations- und Desinformations-Technologien zur Verfügung, die insbesondere rechten Bestrebungen nützlich sind, sondern befeuert aktiv einen breit angelegten rechten Kulturkampf. Die Synthese radikaler Technologieversprechen mit radikalem Individualismus und dem Glauben, eine neue Elite innovativer ‚Übermenschen‘ könne die Welt nur retten, wenn sie sich allen gesellschaftlichen Regeln entzieht, dient dabei als visionäre Fortschrittserzählung, die angesichts einer allgemeinen Utopiearmut in der Mehrfachkrise auch in traditionell eher linksliberalen progressiven Milieus mehr und mehr verfängt.

Je mehr eine Gesellschaft derartige Zukunftsvisionen verinnerlicht, desto eher betrachtet sie andere Menschen als Problem und die Technologie als Lösung, um diese anderen zu kontrollieren. Eine Sichtweise, die uns tiefer in Rückzug und Isolationismus führt.

Mit unserer Konferenz wollen wir Selbstbewusstsein und widerständige Zuversicht tanken – für das Einfordern von und das Entstehen für Gerechtigkeit: Der Gegner solidarischer Utopien ist weniger die rechte Dystopie, sondern vielmehr die Apathie einer vermeintlichen Alternativlosigkeit gegenüber dem ‚Zeitgeist‘, die wir gesellschaftlich breit eingeübt haben. Die Tagung verbindet theoretische Analysen, gesellschaftliche Diagnosen und praxisorientierte Ansätze zu einem Panorama, das die Krise der Gerechtigkeit aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet und Wege zu emanzipatorischen Aufbrüchen eröffnet.

Unser Beitrag zum Welttag der Gerechtigkeit (20. Februar 2026) ist eine frei verfügbare, digitale Broschüre der Tagungsbeiträge, die das Versprechen eines Sozialstaates programmatisch aufgreifen. Die versammelten Texte entfalten historische und gegenwartsbezogene Utopien jenseits neoliberaler Alternativlosigkeit und antworten damit direkt auf die Gefahr, dass autoritäre und technokratische Zukunftsentwürfe zur hegemonialen Erzählung werden: Sie rekonstruieren einerseits Traditionen sozialer Utopien – von Platon über Morus bis zu postmateriellen Szenarien – und zeigen andererseits, dass die materiellen und intellektuellen Voraussetzungen für freiheitliche, egalitäre Gesellschaftsformen längst vorhanden sind und nicht einem vermeintlichen Sachzwang geopfert werden müssen. Die Beiträge setzen an sozialen Voraussetzungen von Gerechtigkeit an: Unter anderem arbeiten sie heraus, wie gewerkschaftliche Aufbrüche und neue Allianzen Antworten auf prekariisierte Lebenslagen geben oder wie aufsuchende politische Bildung durch macht- und feldkritische Strategien jene erreicht, die von politischer Bildung und Teilhabe noch immer systematisch ausgeschlossen werden.

Schließlich werden vergessene Ressourcen einer jüdischen Gerechtigkeitstradition rekonstruiert, von genossenschaftlicher Selbstorganisation (‚Rechte statt Almosen‘) bis zu gemeinwohlorientierten Konzepten wirtschaftlichen Erfolgs. Es zeigt sich: Es gibt tragfähige historische Modelle für einen demokratischen, sozialstaatlich verfassten Umgang mit Armut, Bildung und Teilhabe. Die Rehabilitierung solcher Perspektiven stellt ein zentrales Gegengift gegen oligarchische, autoritäre und sozialdarwinistische Projekte dar, die derzeit die Machtprobe suchen. Der Tagungsband in gedruckter Form wird bei Unrast in der *Edition DISS* im Mai 2026 erscheinen.

Umkämpfte Gerechtigkeit

Emanzipatorische Aufbrüche und
linke Utopien in der Krise



Guido Arnold, Jobst Paul & Christian Sydow (Hg.)

EDITION
DISS

Zur Geschichte der Sozialutopie

Von Marvin Chlada

I. EINLEITUNG

Utopie ist eine Wortschöpfung aus dem Griechischen und geht zurück auf den im Jahre 1516 erschienenen, in Latein verfassten Roman *Utopia* des Humanisten Thomas Morus. Das Wort setzt sich zusammen aus „ou“ (nicht) und „topos“ (Ort). Es handelt sich somit der Bedeutung nach um einen Nicht-Ort, um ein Nirgendwo.

Utopia ist der Name der Insel, auf der Morus in seinem gleichnamigen Roman ein ideales Gemeinwesen angesiedelt hat. Obwohl der Name dieser Insel bereits früh als Synonym für Schlaraffenland fungierte, erlangt der Begriff der Utopie als Bezeichnung eines Genres erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend an Popularität. Zuvor war mit Blick auf die in der Tradition von Morus' *Utopia* stehenden Beschreibungen fiktiver Idealstaaten mitunter von Staatsmärchen, politischen Fabeln oder platonischen Republiken die Rede.

Als Mitte des 19. Jahrhunderts eine systematische Beschäftigung mit den Utopien ihren Anfang nahm, prägte der Staatswissenschaftler Robert von Mohl hierfür den Begriff des „Staatsromans“ (vgl. Mohl 1855). Ihm folgte der Altphilologe Erwin Rohde, der den Begriff der „politischen Utopie“ in Anschlag brachte (vgl. Rhode 1876). Schließlich hielt zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit einer Vorlesungsreihe des Soziologen Andreas Voigt zur Geschichte der „sozialen Utopien“ der gleichsam bis heute gebräuchliche Begriff der Sozialutopie Einzug in den sozialwissenschaftlichen Utopiediskurs (vgl. Voigt 1906).

Die Utopie hat immer zwei Seiten, „ein Noch nicht und ein Nicht so“ (Ziegler 1891, 32), demnach handelt es sich bei einer Utopie nicht allein um „die Kritik dessen, was ist und die Darstellung dessen, was sein soll“ (Horkheimer 1968, 186), sondern stets auch um die Darstellung dessen, was sein könnte. Immerhin stellen Prognostik und Antizipation einen nicht unwesentlichen Teil des utopischen Denkens dar. Im Folgenden sollen Geschichte und Entwicklung der Sozialutopien mit Blick auf Kontinuität, Veränderungen und Brüche in groben

Zügen beispielhaft nachgezeichnet werden. Dass es sich dabei angesichts der Unmenge an Material und des begrenzten Rahmens nur mehr um einen kurzen, einführenden Überblick handeln kann, steht außer Frage. Alles andere wäre - utopisch.

II. DIE PLATONISCHE REPUBLIK

Folgen wir Antonio Gramsci (1991, 248), dann handelt es sich bei den Verfassern von Utopien um einzelne Intellektuelle, die sich formal wieder dem Rationalismus von Platons *Staat* angeschlossen haben. Laut Julius Reiner diente Platon als „Vorbild“ der Utopisten, „fast alle Entwürfe idealer Staaten kann man auf ihn zurückführen.“ (Reiner 1906, 72) Gleichsam erblickt Karl Mannheim in Platons *Staat* das allgemeine Modell, „von dem alle späteren Utopien nachhaltig beeinflusst wurden.“ (Mannheim 1968, 113)

Mit seinem Dialog über den Staat liefert Platon den ersten bedeutenden Entwurf einer rational durchdachten Polis. Diese gliedert sich in drei Stände, die der menschlichen Seele entsprechen: die Bauern und Handwerker (Begierde), die Wächter und Krieger (Mut) und die Philosophenkönige (Vernunft). Wie Ludwig Marcuse treffend anmerkt, widerspricht dieser Staat durch seine Verknüpfung von Macht und Verzicht allem, was die Psychologie bisher gelehrt hat, denn in Platons Staat haben die, „welche die Macht in Händen halten, keinen Privatbesitz und keine Freiheit – im Gegensatz zu den Untertanen: so ein Staat hat noch nie existiert.“ (Marcuse 1979, 300)

Platon setzt auf Erziehung und Bildung, wobei als das leitende und oberste Prinzip die Idee der Gerechtigkeit fungiert. Vernunft soll herrschen, nicht Stärke, Erbschaft, Vetternwirtschaft oder Klüngelei. Laut Ernst Cassirer, der in Platon sowohl den Begründer als auch den ersten Verteidiger des Rechtsstaats erblickt, ging es Platon in seiner politischen Philosophie vor allem darum, die alte These, dass „Macht Recht sei“ zu bekämpfen und die „Macht des Ewig gestrigen“ zu brechen (Cassirer 2002, 97). Doch ist Platons Staat allein im Ideenhimmel angesiedelt. Er wurde „in Gedanken“ gegründet, erörtert und



„im Himmel“ platziert, „allerdings nur, da er auf Erden, glaube ich, nirgendwo ist!“ (Platon 1982, 431, 592a)

Platons *Staat* liefert somit in erster Linie ein Muster, ein Paradigma. Er will eine Norm und ein Vorbild sein für das menschliche Handeln. Wie man sich einen solchen Staat in Aktion vorzustellen habe, wollte Platon am Beispiel von Ur-Athen und dem Inselreich Atlantis demonstrieren. Dieses Unternehmen blieb bekanntlich unvollendet, markiert jedoch den Beginn der Sozialutopie (vgl. Bichler 1986).

III. UTOPIEN DER NEUZEIT

Die Utopisten der Neuzeit, zu deren bedeutendsten Vertretern neben Morus gemeinhin Tommaso Campanella mit seinem *Sonnenstaat* (1623) sowie Francis Bacon mit seiner *Neu-Atlantis* (1627) gezählt werden, führen fort, was bei Platon unausgeführt geblieben ist: die Darstellung eines idealen Gemeinwesens in Aktion. So heißt es in einem der *Utopia* programmatisch vorangestellten Sechseiler:

„Von Alters her Utopia heiß' ich, kaum gekannt,
Doch stell ich Plato's Staat sogar in Schatten jetzt;
Denn was als bloße Theorie sein Schöpfer gab,
Mit konkreten Menschen und Mitteln und gediegensten
Gesetzen stell' in ernster Wirklichkeit ich dar –
Eutopia (Das gute Land, Anm. d. Verf.) werd' ich passen-
der darum benannt.“ (Morus 1896, 12)

Der beste Staat, bei Platon im Ideenhimmel verortet, wird im Gedankenspiel der Utopisten fortan auf eine Insel verlegt, womit die Utopie ein Stück weit erfahrbar wird. Meist ist es ein Seefahrer, der von der neu entdeckten Insel, ihren Bewohnern und deren Sitten und Einrichtungen Kunde gibt. Während Francis Bacon in seiner Fragment gebliebenen *Neu-Atlantis* den Schwerpunkt auf den Fortschritt in Wissenschaft und Technik legt (vgl. Mieth 2016), was ihn mitunter zu einem frühen Vorläufer der Science Fiction macht, werden in der *Utopia* und im *Sonnenstaat* die auf den Inseln vorgefundenen politischen und sozialen Verhältnisse ausführlich beschrieben und beispielhaft geschildert. Der bekannten Ordnung wird der Spiegel vorgehalten: „Überhaupt, mein lieber Morus, um dir ganz meine wahre Gesinnung zu enthüllen, dünkt mich, dass, wo aller Besitz Privatbesitz ist, wo Alles am Maßstab des Geldes gemessen wird, da kann es wohl kaum je geschehen, dass der Staat gerecht und gedeihlich verwaltet wird.“ (Morus 1896, 63)

Obwohl Utopia als auch der Sonnenstaat auf Gemeineigentum gründen, gibt es zahlreiche Unterschiede in Alltag, Sitte und Kultur. So wird auf Utopia maximal sechs Stunden am Tag gearbeitet, im Sonnenstaat hingegen lediglich vier. In Utopia basiert das System auf dem Zusammenschluss von jeweils 30 Haushalten zu einer Großfamilie. Diese wählen einen Vorsteher und zehn dieser Vorsteher wählen einen Beamten, dessen Amtszeit auf ein Jahr begrenzt ist. Darüber hinaus herrscht Religionsfreiheit. Grundlage des utopischen Gemeinwesens bildet die monogame Ehe und patriarchale Familie, wobei Scheidung sehr wohl erlaubt ist.

Anders hingegen im Sonnenstaat, wo neben der Gütergemeinschaft auch die Frauen gemeinsam sind und die Kinder von allen erzogen werden. Zudem ist im Sonnenstaat der Geschlechtsverkehr streng geregelt, um einen gesunden und vorbildlichen Nachwuchs zu zeugen. Campanella hat keinen Zweifel: „Ein solches Gemeinwesen ist, wie das goldene Zeitalter, allgemeiner Wunsch. Wenn es nicht zur Ausführung kommt, so trägt der böse Wille der Herrscher die Schuld, der die Völker nicht nach der höchsten Vernunft leben lässt. Ein solches Leben ist möglich, das beweist die Lebensweise der Mönche und jetzt wieder die der Wiedertäufer, wenn sie nur keine Ketzer wären.“ (Campanella 1900, 79) In der Tat griffen bereits die Wiedertäufer in Münster (1533 bis 1535) auf platonische Versatzstücke zurück, um ihre Forderung „dass allen alles gemein sein soll“ theoretisch zu untermauern (vgl. Schubert 1919, 30ff.).

Antonio Gramsci erblickt in Campanella ein Beispiel für die „listige Arbeit“, die Gegenreformation aus dem Innern heraus zu untergraben (vgl. Gramsci 1983, 247f.). Dies mag den Einfluss Campanellas auf den Protestantismus erklären, insbesondere im Herzogtum Württemberg durch das Wirken des Utopisten Johann Valentin Andreae, einem führenden Vertreter des schwäbischen Pietismus (vgl. Kienzle 2013, 37ff.). Diesem war das Manuskript des *Sonnenstaates* bereits vor Veröffentlichung bekannt. Andreae, der gleichsam als Urheber der Rosenkreuzer-Legende gilt, diente der *Sonnenstaat* als Vorbild für seine *Christianopolis*, die im Jahre 1619 und somit vier Jahre vor der ersten Drucklegung des *Sonnenstaates* erschienen ist: „Gehe immer, mein Gastfreund, wohin du willst und vergleiche unseren Staat mit anderen, besseren, damit du uns alles, was dir auf der Welt annehmlich und gut vorkommt, berichtest; denn wir wollen nicht vorgezogen, sondern nur verglichen werden.“ (Andreae 1996, 39)

Ob es sich bei Andreae, wie oft behauptet, tatsächlich um den „Autor des ersten deutschen Staatsromans“ (Kienzle 2013, 39) handelt, ist strittig. So findet sich etwa in den *15 Bundesgenossen*, einer Reihe von Flugschriften, die Johann Eberlin von Günzburg im Jahre 1521 in rascher Folge publizierte, mitunter ein Bericht über die „neue ordnung weltlich stands“ aus „Wolfaria“. Dabei handelt es sich um eine Reihe von Reformvorschlägen, wobei „das volck“ vorab gefragt werden soll, „ob es im gefall“ (Eberlin 1896, 122). Eberlin fordert: „Alle wochen soll ein tag sin, dar an man nach mittag dry stund mög thantzen an eim öffentlichen ort, man vud fraw miteinander, wer do will sein.“ (Ebd. 124) Oder: „Allerley spyß und tranck soll allen menschen erloubt sin zu aller zyt, kain münch noch pfaff soll für hin ein intrag machen.“ (Ebd. 125) Die Kinder, „mädlin wie knäblin“ sollen im Alter von drei Jahren eingeschult werden. Auch soll kein Krieg geführt werden dürfen, „ymb witerung oder außspreitung vnsers landts.“ (Ebd. 126) Die Utopie Eberlins ist die des „kleinen Mannes“. Er plädiert lediglich für ein wenig mehr Gerechtigkeit, Sicherheit und individuelle Freiheiten.

Im Vergleich zu Eberlin fallen die Utopien von Morus und Campanella weitaus kritischer und in ihrer Konsequenz gleichsam radikaler aus. Für Ernst Bloch (1969, 65) stellt Campanellas *Sonnenstaat* das „Gegenstück“ zu Morus' *Utopia* dar. Ihm zufolge liefert Morus ein Beispiel für eine Utopie der



sozialen Freiheit, Campanella hingegen gilt ihm als Beispiel für eine Utopie der sozialen Ordnung. Elmar Altvater, der in einem Gespräch mit Raul Zelik für eine „regulierte Utopie“ plädiert, hält Freiheits- und Ordnungsutopien für gleichermaßen notwendig und legitim. Blochs Vergleich von Morus und Campanella aufgreifend, betrachtet er beide als Teil derselben Medaille: „Ich denke, beide haben recht. Wir brauchen die größtmögliche Freiheit. Aber diese braucht einen politischen Ordnungsrahmen, die sich in Regeln ausdrückt.“ (Zelik/Altvater 2009, 151)

IV. RAUM- UND ZEITUTOPIEN

Spätestens ab Mitte des 17. Jahrhundert wurden die idealen Staaten nicht mehr nur auf neu entdeckten Inseln, sondern auch auf dem Mond oder auf fernen Planeten angesiedelt. So berichtet etwa Cyrano de Bergerac von seinen Reisen zu den Staaten des Mondes, darüber hinaus erkundet er gar die Reiche der Sonne, wobei er bei seinen Ausflügen mitunter ein Reich betritt, in dem Menschen mit ausgeprägten Nasen in hohem Ansehen stehen und besondere Anerkennung genießen (vgl. Bergerac 1986, 113ff.).

Vermochten abenteuerliche Reisen zu fernen Planeten noch Erstaunen hervorzurufen, vollzieht sich ab Mitte des 18. Jahrhunderts eine „Verzeitlichung der Utopie“ (Koselleck 1985) ohne dass dies von den Zeitgenossen als bedeutende Neuerung wahrgenommen wurde. 1771 verlegt Lois-Sebastien Mercier seine Utopie in eine ferne Zukunft, in das Jahr 2440, wo sich die Ideale der Aufklärung inzwischen verwirklicht haben. Es herrscht ein König ohne Prunk und prächtige Hofhaltung, der von einem gewählten Senat beraten wird: eine Mischung aus Demokratie und aufgeklärten Absolutismus. Zwar gibt es weiterhin Reiche und Arme. Die Extreme sind jedoch abgeschafft. Ärmere Schichten haben ihr Auskommen, sind von der Steuerabgabe befreit und werden vom Staat unterstützt. Die Häuser sind nur noch mit den notwendigsten Geräten und Möbeln ausgestattet. Luxus und Ausschweifungen sind unbekannt. Die flachen Dächer der Häuser tragen Gärten, in denen die Bewohner sich entspannen und ausruhen können. Alle Standesschranken, besonders in Bezug auf das Heiraten, sind abgeschafft. Die christliche Religion wurde durch einen Wissenschaftskult ersetzt (vgl. Mercier 1982, 54f.).

Mit dem Wechsel von der Raum- zur Zeitutopie vollzieht sich gleichsam ein Perspektivwechsel: ein (zukünftiger) Erwartungshorizont wird gesetzt. Die Utopie ist nicht mehr nur Wunschbild, das auf einer Insel oder auf einem fernen Planeten angesiedelt ist, sondern gleichsam ein Stück möglicher und damit erreichbarer Zukunft.

V. DYSTOPIEN UND POSTMATERIELLE UTOPIEN

Dass der Fortschritt auch negative Entwicklungen mit sich bringen kann, findet seinen Ausdruck in den sogenannten Dystopien, Warnutopien, schwarzen oder negativen Utopien. Zu den bekanntesten Werken dieser Art zählen mitunter *Die Zeitmaschine* (1895) von H. G. Wells, *Schöne neue Welt* (1932) von Aldous Huxley und *1984* (1949) von George Orwell. Ge-

schildert wird eine Zukunft, die nicht wünschenswert ist. Beschrieben werden mitunter postapokalyptische Barbarei, Überwachungsstaaten oder Techniken, mit denen Menschen manipuliert oder diszipliniert werden.

Die neueren, sogenannten postmateriellen Utopien richten ihr Augenmerk in der Hauptsache auf die Probleme der Religion, der Ethik oder Lebensweisen. Ein Beispiel für eine postmaterielle Utopie liefert die Fernsehserie *Star Trek* (1966 bis 1969) und deren Nachfolger. Es gibt kein Geldsystem mehr, Handel wird nur auf den Außenstationen mit anderen Völkern betreiben. Das Raumschiff Enterprise startet von Utopia Planitia, einer Werft auf dem Mars, in die unendlichen Weiten. Dort begegnet die Crew im Verlauf ihrer Reise einer Reihe weiterer Spezies und Gesellschaften, an deren Beispiel dann Probleme wie Umweltzerstörung, Geschlechterverhältnisse, Macht, Kapitalismus, Pädagogik etc. diskutiert werden (vgl. Münkler 1987).

Dass die postmateriellen Utopien die klassischen Utopien weitgehend verdrängt haben, bedeutet nicht, dass keine Utopien in der Tradition von Morus mehr geschrieben werden. So erlebte die klassische Utopie kurz vor der Jahrtausendwende eine kurze Renaissance mit dem Science-Fiction-Roman *Weißer Mars oder Aufbruch zur Vernunft* (1999), den Brain Aldiss gemeinsam mit dem Physiker Richard Penrose verfasst hat. Am Beispiel einer Gemeinschaft von knapp 6000 Menschen auf dem Mars werden die mit ihrer Entwicklung einsetzenden Probleme der Utopie durchgespielt. Anfangs konfrontieren Aldiss und Penrose ihre Leserschaft mit den verschiedenen Interessen, die eine Marsmission mit sich bringt. Sollten die enormen Summen, die eine solche Mission verschlingt, nicht anderswo eingesetzt werden? Soll der Mars ausgebeutet und den Bedürfnissen der Menschen unterworfen werden? Oder muss er in seiner Eigenart geschützt und bewahrt werden?

Durch einen Börsenkrach werden Mars und Erde voneinander abgeschnitten. Kein Konzern bietet mehr einen Flug dorthin an. In großen Zusammenkünften beginnt auf dem Mars eine Debatte, wie man in Zukunft leben möchte. Man einigt sich auf ein neues Denken, das sich vom irdischen radikal unterscheiden soll. Verworfen werden Geldwirtschaft und das Diktat der „öffentlichen Meinung“, die verhindert, die Dinge zu hinterfragen. Trotz des Kontaktabbruchs werden Berichte vom Aufbau einer neuen Gesellschaft vom Mars weiterhin zur Erde übertragen, wo sich die utopischen Ansichten über Radio und Fernsehen langsam aber stetig verbreiten. Schließlich erhalten die Bewohner des Mars durch die Ankunft einer Versorgungskapsel, gestartet von der IUVE, der „Internationalen Utopischen Vereinigung der Erde“, nach Jahren wieder Besuch.

VI. DIE AUFHEBUNG DER UTOPIE

Gegen Ende des 19. Jahrhundert bereits konstatierte Theobald Ziegler, dass der von Morus in *Utopia* geschilderte Staat dem modernen Staat inzwischen „erheblich ähnlicher“ sei als dem Heinrich des VIII. (vgl. Ziegler 1889). Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sieht Julius Reiner die Kluft, die Ideal und Wirklichkeit trennt, sich immer sich verringern (vgl. Reiner 1906, 86f.).



1935 stellt Karl Mannheim fest, dass die politische Bedeutung von Utopien ab Mitte des 19. Jahrhunderts nachgelassen habe (vgl. Mannheim 1968, 115). Im Jahre 1967 spricht Herbert Marcuse gar von einem Ende der Utopie. Jedoch meint Marcuse damit nicht das Ende der Utopie schlechthin. Vielmehr sei ein Zustand erreicht, in dem die Utopie einer freien Gesellschaft jederzeit verwirklicht werden könne. Die materiellen und intellektuellen Voraussetzungen und Kräfte zur Verwirklichung der Utopien seien gegeben, ihre tatsächliche Verwirklichung nur mehr eine Machtfrage (vgl. Marcuse 1980, 12). In diesem Sinne spricht Leo Kofler (1981) gleichsam von einer Aufhebung der Utopie in der Utopie.

Kurt Lenk räumt ein, dass aus der These vom Ende der Utopie, wie sie etwa von Herbert Marcuse vertreten wird, ein historisch dynamischer Utopiebegriff gewonnen werden könnte: „Nicht mehr das abstrakte Gegeneinander von Wirklichkeit und Utopie bildete den Maßstab ihrer Beurteilung, sondern der jeweils erreichte Stand der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.“ (Lenk 2009, 311)

Tatsächlich haben sich die Wege zur Utopie im Laufe der Zeit gewaltig verkürzt: Träumte sich Mercier im Jahre 1771 noch ins Jahr 2440, so liefert Edward Bellemey bereits einen *Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887*. Die Reportagen von William Weston in Ernest Callenbachs *Ökotoxia* aus dem Jahre 1975 stammen aus dem Jahr 1999. Und die aktuellen Utopien, von Yanis Varoufakis' *Ein Anderes Jetzt* (2020) über Luise Meiers *Hyphen* (2024) bis zu Sibylle Bergs *La Bella Vita* (2025) sind gänzlich in der Gegenwart angesiedelt. Kurz, führte die Entwicklung des Sozialismus einst von der Utopie zur Wissenschaft, so jetzt von der Wissenschaft zur Utopie: „Nachhaltiger Sozialismus jetzt!“ (Dörre 2021, 223)

LITERATUR

- Aldiss, Brian / Penrose, Roger 1999: Weißer Mars oder Aufbruch zur Vernunft. Eine Utopie des 21. Jahrhunderts, München.
- Andreae, Johann Valentin 1996: Christianopolis [zuerst 1619]. Hrsg. von Wolfgang Biesterfeld, Stuttgart.
- Bergerac, Cyrano de 1986: Die Reise zu den Mondstaaten und Sonnenreichen [zuerst 1657/1662]. Völlige überarbeitete und mit Anmerkung versehene Ausgabe, herausgegeben von Winfried Petri, München.
- Bichler, Reinhold 1986: Athen besiegt Atlantis. Eine Studie über den Ursprung der Staatsutopie, in: *Conceptus. Zeitschrift für Philosophie*, 20. Jg., Nr. 51, 71-88.
- Bloch, Ernst 1969: Freiheit und Ordnung. Abriss der Sozialutopien [zuerst 1946]. Mit Quellentexten, Reinbek bei Hamburg.
- Campanella, Thomas 1900: Der Sonnenstaat [zuerst 1623]. Übersetzt und mit einer biographischen Skizze, sowie mit sachlichen Anmerkungen versehen von Ignaz Emanuel Wessely. Mit einer Vorbemerkung von Eduard Fuchs (= Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze, Heft 24 und 25), München.
- Dörre, Klaus 2021: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin.
- Eberlin von Günzburg, Johann 1896: Ausgewählte Schriften, Bd. 1: Die 15 Bundesgenossen [zuerst 1521]. Hrsg. von Ludwig Enders (= Flugschriften aus der Reformationszeit, Bd. 11), Halle.
- Gramsci, Antonio 1991: Die Utopien und die sogenannten „philosophischen Romane“ [zuerst 1934], in: ders.: *Marxismus und Kultur. Ideologie, Alltag, Literatur*. Hrsg. von Sabine Kebir. Mit einem Nachwort von Giuliano Manacorda, Hamburg.
- Horkheimer, Max 1968: Utopie [zuerst 1930], in: Neusüss (Hg.) 1968, 178-192.
- Kienzle, Ulrich 2013: Die Schwaben. Wie sie wurden was sie sind [zuerst 2008]. Erweiterte Neuauflage, Stuttgart.
- Kofler, Leo 1981: Das Appolinische und das Dionysische in der utopischen und antagonistischen Gesellschaft [zuerst 1967], in: ders.: *Geistiger Verfall und progressive Elite. Sozialphilosophische Untersuchungen*, Bochum.
- Koselleck, Reinhart 1985: Die Verzeitlichung der Utopie, in: Voßkamp, Wilhelm: *Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie*, Bd. 3, Frankfurt a. M., 1-14.
- Lenk, Kurt 2009: Das Elend des Anti-Utopismus [zuerst 2005], in: ders.: *Von Marx zur Kritischen Theorie* (= Edition DISS, Bd. 24), Münster.
- Mannheim, Karl 1968: Utopie [zuerst 1935], in: Neusüss (Hg.) 1968, 115-119.
- Marcuse, Hebert 1980: Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt a. M. .
- Marcuse, Ludwig 1988: Vom Wesen der Utopie. Die Sehnsucht nach einer besseren Welt [zuerst 1950], in: ders.: *Essays, Portraits, Polemiken*. Hrsg. und eingeleitet von Harold von Hofe, Zürich.
- Mercier, Lois-Sebastien 1988: Das Jahr 20440. Der Traum aller Träume [zuerst 1771]. Hrsg. von Herbert Jausmann, Frankfurt.
- Mies, Corinna 2016: Die Legitimation der Fortschritts-geschichte in Bacons *Nova Atlantis*, in: Höffe, Otfried (Hrsg.): *Politische Utopien der Neuzeit*. Thomas Morus, Tommaso Campanella, Francis Bacon (= Klassiker auslegen, Bd. 61), Berlin/Boston, S. 157-172.
- Mohl, Robert von 1855: Die Staatsromane [zuerst 1845], in: ders.: *Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften*. In Monographien dargestellt, Bd. 1, Erlangen, 165-214.
- Morus, Thomas 1896: Utopia [zuerst 1516]. Übersetzt und mit sachlichen Anmerkungen versehen von Ignaz Emanuel Wessely. Mit einem Vorwort von Eduard Fuchs (= Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze, Heft 11 bis 13), München.
- Münkler, Herfried 1987: Molal und Maschine. Star Trek im Spannungsfeld von Sozialutopie und technologischem Fortschritt, in: Hellmann, Kai Uwe / Klein, Arne (Hrsg.): „Unendliche Weiten“. Star Trek zwischen Unterhaltung und Utopie, Frankfurt a. M., 59-71.
- Neusüss, Arnhelm (Hg.) 1968: Utopie. Begriff und Phänomen des Utopischen (= Soziologische Texte, Bd. 44), Neuwied/Berlin.
- Platon 1982: Der Staat (Politeia) [zuerst 376 v. Chr.]. Übersetzt und herausgegeben von Karl Vretska, Stuttgart.



- Reiner, Julius 1906: Berühmte Utopisten und ihr Staatsideal, Jena.
- Rhode, Erwin 1876: Der griechische Roman und seine Vorläufer, Leipzig.
- Schubert, Hans von 1919: Der Kommunismus der Wiedertäufer in Münster und seine Quellen (= Sitzungsberichte der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Stiftung Heinrich Lanz, Philosophisch-historische Klasse, Jahrgang 1919, 11. Abhandlung), Heidelberg.
- Voigt, Andreas 1906: Die sozialen Utopien. Fünf Vorträge, Leipzig.
- Zelik, Raul / Altwater, Elmar 2009: Vermessung der Utopie. Ein Gespräch über Mythen des Kapitalismus und die kommende Gesellschaft, München.
- Ziegler, Theobald 1891: Die soziale Frage eine sittliche Frage, 4. Auflage, Stuttgart.
- Ziegler, Theobald 1889: Thomas Morus und seine Schrift von der Insel Utopia. Rede zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm II., gehalten in der Aula der Universität Straßburg am 27. Januar 1889, Straßburg.



Vom autoritären Liberalismus zum libertären Autoritarismus

PETER THIELS „DRITTER WEG“ ZWISCHEN „ANTICHRIST ODER ARMAGEDDON“

Von Helmut Kellershohn

EINLEITUNG

1934 erschien in der *Zeitschrift für Sozialforschung* ein bedeutsamer Artikel von Herbert Marcuse mit dem Titel „Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung“.¹ Eine der Kernthesen des Artikels ist die, dass das negative Bild, das die totalitäre Staatsauffassung – gemeint sind die Konservative Revolution, der Nationalsozialismus und der italienische Faschismus – vom Liberalismus zeichne, durch eine „abstrakte Allgemeinheit und Ungeschichtlichkeit“ bestimmt sei. Kaum eine einzige der „Sünden“, die dem Liberalismus vorgehalten würden, sei für den „historischen Liberalismus charakteristisch“. So seien etwa die von den reaktionären Kräften bekämpften „Ideen von 1789“ ganz und gar nicht immer „das Panier des Liberalismus gewesen; sie seien von ihm sogar zum Teil „aufs schärfste bekämpft worden“ (43). Man kann das an der Geschichte des Allgemeinen Wahlrechts ablesen. Die vernichtende Kritik am Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung² sei zudem durch eine merkwürdige Verschiebung gekennzeichnet. Der Kampf richtet sich gegen den Liberalismus als „Weltanschauung“, lässt aber die „gesellschaftliche Grundstruktur des Liberalismus“ außer Acht, weil, so die These von Marcuse, diese Grundstruktur, „die privatwirtschaftliche Organisation der Gesellschaft auf der Basis der Anerkennung des Sondereigentums und der Privatinitiative des Unternehmers“ (45) akzeptiert werde. Die gravierenden Veränderungen und Einschränkungen entsprächen im Übrigen „den monopolkapitalistischen Anforderun-

gen der wirtschaftlichen Entwicklung selbst“ (46). Man kann gegen diese These kritisch einwenden, dass ein Vergleich mit der Entwicklung in den USA zeigt, dass die Entmachtung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im Monopolkapitalismus keineswegs zwingend ist. Unabhängig davon: Richtig ist, wie Marcuse am Beispiel von Ludwig von Mises oder Emilio Gentile aufzeigt, der Hinweis auf die Bereitschaft liberaler Vordenker, Diktaturbestrebungen, wie sie durch den Faschismus verkörpert werden, als Rettung der Zivilisation zu akzeptieren.

Einen Vorgeschmack bietet die Genese der Theorie des totalen Staates durch Carl Schmitt, die dieser durchaus im Einklang mit den Anfangsgründen des Neoliberalismus 1932 entwickelte. Hermann Heller sprach mit Blick auf Schmitt von einem „autoritären Liberalismus“³ und meinte damit auch das Zusammenspiel mit entsprechenden Überlegungen von Seiten der Väter des deutschen Ordoliberalismus, von denen im Folgenden vor allem Alexander Rüstow kurz vorgestellt wird. Es führt aber auch die Schmitt-Linie zu einem Vordenker des heutigen libertären Autoritarismus,⁴ nämlich Peter Thiel, auf den ich im zweiten Teil eingehe, wobei überraschenderweise auch das zum Tragen kommt, was man als politische Theologie in dem Sinne bezeichnen könnte, dass sich politische und theologische Denkweisen wechselseitig überlappen und sich gegenseitig stützen, letztendlich jedoch in einer Form, die auf eine Instrumentalisierung theologischer Kategorien für politische und ökonomische Zwecksetzungen hinausläuft.

1 Zeitschrift für Sozialforschung III/2, Paris 1934, S. 161-194. Im Folgenden zitiert nach Wolfgang Abendroth (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt am Main 1967, S. 39-74.

2 Vgl. Moeller van den Bruck: „An Liberalismus gehen die Völker zugrunde“, in: Ders.: Das Dritte Reich [1923], 3. Aufl., hrsg. von Hans Schwarz, Hamburg 1931, S. 102.

3 Hermann Heller: Autoritärer Liberalismus [1933], in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 2, Leiden 1971, S. 643-653.

4 Der Begriff des libertären Autoritarismus ist hier nicht aus einer sozialpsychologischen Sicht zu verstehen, so wie ihn Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey in ihrer Untersuchung „Gekränkte Freiheit“ (Berlin 2022) explizieren, sondern in einem polit-ökonomischen Sinne.

ALEXANDER RÜSTOW: DER NEUE LIBERALISMUS⁵

Rüstow plädiert in einer Rede auf der jährlichen Tagung des Vereins für Sozialpolitik,⁶ die dem Thema „Deutschland und die Weltkrise“ gewidmet war, mit Blick auf die Bewältigung der Weltwirtschaftskrise für einen „neue[n] Liberalismus“.⁷ In seinen Ausführungen verbindet er drei Gedankengänge: Erstens grenzt er liberale Wirtschaftspolitik einerseits gegen den klassischen Manchesterliberalismus, andererseits gegen einen reaktiven, status quo-fixierten und sich zugleich überdehnen- den Staatsinterventionismus ab. Als dritten Weg schlägt er einen „liberale[n] Interventionismus“⁸ vor. Die Figur des dritten Weges wird nach 1945/9 von den Ordoliberalen wieder aufgegriffen werden: freie oder soziale Marktwirtschaft als Mitte zwischen Kapitalismus und Kommunismus.⁹

Zweitens fragt er nach den staatspolitischen Bedingungen des liberalen Interventionismus bzw. einer liberalen Wirtschaftspolitik. Diese sieht er zum einen in einer strikten Trennung von Staat und Gesellschaft / Wirtschaft und in der Ausbildung eines starken und neutralen Staates, der wie eine „objektive Käseglocke“ (O. H. von der Gablentz) über dem Pluralismus gesellschaftlicher Interessengruppen ‚schwebt‘ und seine Handlungen am „höheren Ganzen“¹⁰ orientiert.

Drittens thematisiert Rüstow das oben angesprochene Grundproblem kapitalistischer Gesellschaften, nämlich die Gewährleistung sozialer Kohärenz bei gleichzeitiger Konkurrenz. Sein Lösungsvorschlag besteht zum einen darin, die Wirtschaftssubjekte als Staatsbürger auf einen moralischen Holismus zu verpflichten, indem sie staatliche Maßnahmen auch dann akzeptieren, wenn sie ihren Privatinteressen widersprechen. Zum anderen ist für ihn die entscheidende Ebene der Integration die des Staates bzw. die einer Verfassung, die das Übergreifen des gesellschaftlichen Pluralismus auf staatliche Maßnahmen (vor allem durch die Parteien) verhindert.¹¹ 1932

wäre dies die Entscheidung für ein vom Reichstag weitgehend unabhängiges Präsidialsystem gewesen. Rüstow selbst präferierte eine Kanzlerdiktatur auf Zeit.¹²

CARL SCHMITT: THEORIE DES TOTALEN STAATES

Carl Schmitt, auf den sich Rüstow in seiner Rede zustimmend bezieht, definiert diesen Staat in seinem etwas später gehaltenen Vortrag vor dem Langnam-Verein¹³ im November 1932¹⁴ als „qualitativ totalen Staat“ und unterscheidet diesen von einem „quantitativ totalen Staat“. Letzterer ist:

„ein Staat, der sich unterschiedslos auf alle Sachgebiete, alle Sphären des menschlichen Daseins begibt, der überhaupt keine staatsfreie Sphäre mehr kennt, weil er überhaupt nichts mehr unterscheiden kann. Er ist total in einem rein quantitativen Sinne, im Sinne des bloßen Volumens, nicht der Intensität und der politischen Energie. [...] Diese Totalität im Sinne des Volumens ist das Gegenteil von Kraft und Stärke.“¹⁵

Die Ursache der Schwäche: Zwischen Staat und Gesellschaft hat sich eine „Mehrzahl totaler Parteien“ etabliert, die sich das „Monopol der Politik“ angeeignet haben und – da es sich um ein „festes durchorganisiertes Mehrparteiensystem“ handelt – ein „Polypol“¹⁶ bilden. Die Funktionsweise dieses Polypols (oder Kartells) beruht laut Schmitt zum einen auf der Monopolisierung der „politischen Vermittlung“, d.h. die Parteien organisieren die Interessen der Bürger und deren „Umschaltung [...] in den Staatswillen“. Zum anderen herrschen sie über die „Aufstellung der Kandidatenliste“ und damit über den Zugang zum Parlament den Staat und machen „ihn zum Objekt ihrer Kompromisse“. Die Institutionen der Verfassung würden dadurch „verfälscht“, der Staat zum „Ausbeutungsobjekt“ organisierter Interessen degradiert.¹⁷ Dies, die Ausbildung des

5 Im Folgenden, in Bezug auf den autoritären Liberalismus, greife ich auf frühere Ausführungen zurück. Vgl. Helmut Kellershohn: Völkisch-autoritärer Liberalismus plus Bonapartismus. Anmerkungen zu Karlheinz Weißmanns „Wer ist rechts?“, in: Gideon Botsch u.a. (Hrsg.): Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat, Berlin 2023, S. 131-152, hier S. 144-148.

6 Die Rede findet sich in: Franz Boese (Hg.): Deutschland und die Weltkrise. Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932, München / Leipzig 1932, S. 62-69.

7 Ebd., S. 69.

8 Ebd., S. 65.

9 So schon Wilhelm Röpke: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach / Zürich 1942, S. 43 und ders.: Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach / Zürich 1944, S.69 ff.

10 Boese (Hg.): Deutschland und die Weltkrise, S. 68.

11 Nach 1945/9 suchen sowohl Wilhelm Röpke als auch Rüstow, mittlerweile deutlich kulturpessimistisch eingestellt, Integration und Kohärenz auf der Ebene kleiner Gemeinschaften wie Familien, Kirchengemeinden oder Vereinen. „Wenn wir uns“, so Rüstow zu der von ihm propagierten *Vitalpolitik*, „für die – soziale – Marktwirtschaft und ihre Leistungskonkurrenz entscheiden, so müssen wir doch zugeben, daß diese Konkurrenz, unbeschadet ihrer gewichtigen sonstigen Vorzüge, immerhin von sich aus keine aktive Integrationskraft darstellt“. Gefordert sei für den „Sozialbereich“ ein „immer dichtere[s] Netz und Gewebe lebendiger Bindungen“, um ein „Optimum an Integration“ zu erreichen. Vgl. Alexander Rüstow: *Vitalpolitik gegen Vermassung*, in: Albert Hunold (Hg.): Masse und Demokratie, Erlenbach / Zürich / Stuttgart 1957, S. 215-238, hier S. 229, 238. Zu Rüstows *Vitalpolitik* und Röpkes „Strukturpolitik“ vgl. Thomas Biebricher, Thomas / Ralf Ptak: Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg 2020, S. 58-67.

12 Vgl. Ralf Ptak: Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Opladen 2004, S. 38.

13 Der sog. Langnam-Verein war ein Interessenverband der Schwerindustrie im Ruhrgebiet.

14 Carl Schmitt: Starker Staat und gesunde Wirtschaft, in: Ders.: Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1923-1939, hg. v. Günter Maschke, Berlin, S. 71-91.

15 Ebd., S. 74f.

16 Diesen Begriff wählt Schmitt im Januar 1933 in einem Artikel, der die Argumentation seines Vortrages fortführt. Vgl. Carl Schmitt: Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland“, in: Ders.: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939, 3. Aufl., Berlin 1994, S. 211-216, hier S. 215.

17 Schmitt: Starker Staat und gesunde Wirtschaft [Fn. 14], S. 75.



„totalen Parteienstaates“¹⁸ bzw. des pluralistischen Staates, führe „zu jener merkwürdigen quantitativen unterschiedslosen Ausdehnung des Staates auf alle Gebiete“.¹⁹

Demgegenüber sei der *qualitativ totale Staat* dadurch gekennzeichnet, dass er „echte[r] Staat“, ein „besonders starker Staat“ sei. Dieser Staat verfüge alleine und „ausschließlich“²⁰ über die „Machtmittel, die er zu seiner politischen Herrschaft“ brauche, insbesondere die „militärtechnischen Machtmittel“²¹ und die Techniken der „Massenbeeinflussung“²²; er stütze sich auf „Heer und Beamtentum“, die sich durch „Unparteilichkeit und Staatsgesinnung“²³ auszeichnen sollten; und – mit Blick auf die damaligen deutschen Verhältnisse – sollte es ihm gelingen, „das einzige legale Machtinstrument des echten Notfalles, das er heute noch hat, nämlich den Artikel 48“²⁴, zur Geltung zu bringen, womit Schmitt einmal mehr die staats-erhaltende Rolle des vom Parlament unabhängigen Reichspräsidenten („Hüter der Verfassung“) hervorhebt. Verfügt der Staat über all diese Machtmittel, vermag er „in seinem Innern keinerlei staatsfeindliche, staatshemmende oder staatszerspaltende Kräfte aufkommen“ zu lassen. Er lässt es nicht zu, dass „seine Macht unter irgendwelchen Stichworten, Liberalismus, Rechtsstaat oder wie man es nennen will, untergraben“ wird. Schlussendlich: „Er kann Freund und Feind unterscheiden.“²⁵ Als Feind verstand Schmitt in der Situation von 1932 vor allem die kommunistische, aber auch die reformistische Arbeiterbewegung. Denn in der Rede vor den Herren des Langnam-Vereins kritisierte Schmitt insbesondere die Idee einer „Wirtschaftsdemokratie“, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik die wirtschaftspolitische Programmatik der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften prägte. Schmitt sieht hier eine unzulässige „Vermischung von Wirtschaft und Politik“, eine ‚unsachliche‘ Politisierung der Wirtschaft durch den „quantitativ totalen Staat“. Sie sei der Versuch, „mit Hilfe politischer Macht sich wirtschaftliche Macht im Staate anzueignen, und dann mit Hilfe der so gewonnenen wirtschaftlichen Macht wiederum seine politische Macht zu verstärken“. Getreu seiner Unterscheidung von staatlicher und staatsfreier Sphäre betrachtet er „die Sphäre des freien, individuellen Unternehmers“ als „reine Privatsphäre“, davon getrennt die wirtschaftlichen Unternehmungen im staatlichen Bereich, die nur dieser organisieren könne. Daneben gebe es aber noch einen Zwischenbereich, der „nichtstaatlich, aber öffentlich“ sei. Gemeint ist damit die „wirtschaftliche Selbstverwaltung“, also der

Bereich, in dem „von den Trägern dieser Wirtschaft“ – dazu gehören nicht die Gewerkschaften – die gemeinschaftlichen Belange „organisiert und verwaltet“ werden.²⁶ Auch dieser Bereich müsse staatsfrei gehalten werden. Dass die ‚Entpolitisierung‘ der Wirtschaft auf Kosten der Gewerkschaften und der Arbeiterklasse geht, demonstriert Schmitt den Herren vom Langnam-Verein hier nachdrücklich.

Hermann Heller, der sozialdemokratische Antipode Schmitts, hat darauf mit einem Artikel reagiert, der allerdings erst 1933 unter dem Titel „Autoritärer Liberalismus“ erschien.²⁷ Hierin kritisierte er die antidemokratische Grundlage des anvisierten starken Staates: Schmitt habe schon seit Jahren sich darum bemüht, „die demokratische zugunsten der diktatorischen Staatsgewalt herabzusetzen“. Und er verwies bewusst auf den Zusammenhang der Ausführungen Schmitts mit dem „neoliberalen“ Konzept der Ökonomen wie Rüstow oder Walter Eucken.²⁸ Das Programm des autoritären Liberalismus charakterisierte er resümierend wie folgt: „Rückzug des autoritären Staates aus der Sozialpolitik [und] Entstaatlichung der Wirtschaft [...]. Autoritär und stark muß solcher Staat sein, weil, nach Schmitts durchaus glaubwürdiger Versicherung, nur er die übertriebenen Verbindungen zwischen Staat und Wirtschaft zu lösen vermag. Sicherlich! Denn in demokratischen Formen würde das Volk diesen neoliberalen Staat nicht lange ertragen.“²⁹

PETER THIEL, DER ANTICHRIST UND DIE APOKALYPSE

Ich komme zu Peter Thiel. Liest man Interviews mit Thiel, lässt sich eine bestimmte Grundstruktur erkennen. Thiel argumentiert auf zwei Ebenen: Als Tech-Kapitalist³⁰ ist er wie jeder andere Kapitalist am Gewinn seiner Unternehmen interessiert, sucht seinen Vorteil, indem er mit den ‚Mächtigen der Erde‘, sprich Donald Trump oder Vance, kooperiert. Nicht ohne zu verheimlichen, dass er als gestandener Radikallibertärer Staat und Staaten als Teufelszeug betrachtet und am liebsten extraterritoriale, keiner staatlichen Hoheit unterworfenen künstliche Inseln / Plattformen³¹ als autonome Herrschaftsgebiete bevorzugen würde. Ein Weltstaat ist ihm ein Gräuel, weil es seinen Unternehmen nicht mehr möglich wäre, das Weite zu suchen, wenn z.B. in den USA der Grenzsteuersatz seiner Meinung nach zu hoch wäre. Sie könnten dann nicht mehr einfach

18 Ebd., S. 79.

19 Ebd., S. 75.

20 Ebd., S. 74.

21 Ebd., S. 73.

22 Ebd., S. 74.

23 Ebd., S. 79.

24 Ebd., S. 78.

25 Ebd., S. 74. Schmitt knüpft hier an den im August 1932 in zweiter Auflage erschienenen „Begriff des Politischen“ an. Gegenüber der ersten Auflage (1927) hat Schmitt in diesem Buch einige Erweiterungen vorgenommen, u.a. Passagen über den Bürgerkrieg eingefügt und die Freund-Feind-Erklärung um eine innenpolitische Komponente („innerstaatliche Feinderklärung“) erweitert.

26 Ebd., S. 80.

27 Heller: Autoritärer Liberalismus [Fn. 3], S. 652f.

28 Vgl. Walter Eucken: Staatliche Strukturwandlungen und die Krisis des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36 (1932), S. 297-321.

29 Heller: Autoritärer Liberalismus [Fn. 3], S. 652f.

30 Beliebt ist auch der Ausdruck „Technofeudalismus“.

31 Sog. Seasteads, außerhalb der von den Regierungen jedweder Nation beanspruchten Gebiete.

umziehen, etwa an einen Ort, an dem die Einkommenssteuer gegen Null tendiert.³² Nun ist der Weltstaat eine Fiktion, die Welt immer noch ein Gegen- und Nebeneinander von Nationalstaaten, in dem autonome Gebiete, seien es Inseln oder Privatstädte oder auch nur Sonderwirtschaftszonen,³³ von der Gunst interessierter Nationalstaaten abhängig sind, die sich ihrerseits einen Vorteil von derartigen Gebilden erhoffen. Auch Insellösungen bedürfen eines militärischen Schutzes, den sie selbst sicherlich in einem nur beschränkten Ausmaß gewährleisten können.

In der Brust des Tech-Kapitalisten Thiel ringen folglich zwei Seelenkräfte: Thiel ist einerseits Realist, er muss mit den staatlichen Gegebenheiten rechnen, um sie beeinflussen zu können; andererseits libertärer Utopist, der sich eine Welt vorstellt, wie sie optimalerweise sein sollte, in der die Freiheit (der Privateigentümer) nicht mehr durch demokratische Regularien eingeschränkt sind.³⁴

In diesem Konflikt besinnt sich Thiel auf seine Fähigkeiten als konzeptiver Ideologe. Normalerweise begnügen sich Kapitalisten damit, dieses Geschäftsfeld unabhängigen oder beamteten Experten zu überlassen und sie gegebenenfalls zu finanzieren. Thiel übernimmt das selber und bedient sich dabei eines Steckenpferds, das auf den ersten Blick erstaunen mag, nämlich der christlichen Theologie. Auf diesem Gebiet ist er zwar interessierter Laie, aber die Theologie hat den Vorteil, dass sie sich mit dem Wohl und Wehe der Menschheit (im Angesicht Gottes) befasst, anders ausgedrückt, es handelt sich um ein Feld, auf dem ein Kapitalist seine Anliegen als Menschheitsprojekt verkaufen kann.

Besonders angetan haben es Thiel die Kapitel der Theologie, die sich mit der Apokalypse beschäftigen. Die biblischen Basistexte gibt es sowohl in der hebräischen Bibel (Buch Daniel) als auch im christlichen Neuen Testament, bei den Synoptikern, in den Paulus-Briefen (Thessalonischer-Briefe) oder die Geheime Offenbarung. Die Apokalyptik reflektiert auf die zukünftige Existenz einer neuen Schöpfung. „Die ‚neue‘ Welt entwickelt sich dabei nicht irgendwie organisch aus den bestehenden Verhältnissen, sondern kommt in der Form einer Katastrophe über das Bestehende. Höchstens können Vorzeichen die Menschen warnen. Apokalyptiker können das Ende herbeiwünschen oder um Aufschub bitten: stets rechnen sie mit einer radikal anderen, *transzendenten Ordnung*.“³⁵ Eine solche neue Ordnung, der neue Äon, gleichbedeutend mit dem Reich Gottes, interessiert nun Thiel weniger, auch nicht das Tausendjährige Reich der Johannesapokalypse, das

die Phantasie der chiliastischen und millenaristischen Bewegungen im Mittelalter und der frühen Neuzeit zu anarcho-kommunistischen Experimenten so intensiv bewegte;³⁶ wohl interessieren ihn die vorhergehenden endzeitlichen Katastrophen. Dabei bezieht er sich primär auf die beiden Thessalonicherbriefe, speziell auf die deuteropaulinische Apokalypse im zweiten Brief an die Thessalonicher, von Raphael Gross auch „Miniapokalypse“³⁷ genannt.

Im Verständnis des Urchristentums war die Erfahrung der Auferstehung Jesu Ausgangspunkt und Mitte der Eschatologie. Mit ihr glaubte man das Ende bereits angebrochen. Jesus war auferstanden als der „Erstling der Entschlafenden“, wie es im ersten Korintherbrief heißt (1 Kor 15, 20); es konnte darum, so meinte man, nur noch Sache einer kurzen Zeit sein, bis Christus zur Parusie wiederkommen und seine Herrschaft sichtbar aufrichten würde (1 Thess 4, 13-18). Von dieser Naherwartung rückt der 2. Thessalonicherbrief ab. Der sich Paulus nennende Autor (um 90-100 n. Chr.) warnt ausdrücklich vor denjenigen, die sich prophetisch anmaßen, „der Tag des Herrn sei schon da“. Er geht also, vor allem vor dem Hintergrund der damaligen Christenverfolgung im Römischen Reich unter Kaiser Domitian, von einer Verzögerung der Parusie aus.

Im Mittelpunkt des 2. Kapitels stehen zwei Gestalten, einerseits der „Mensch der Gesetzeswidrigkeit“, der „Sohn des Verderbers“, der „Widersacher“, der dann in späteren Deutungen mit dem Antichrist der Johannesbriefe in eins gesetzt wird. Von ihm heißt es, dass er sich „über alles, was Gott oder Heiligkeit heißt, so sehr erhebt, dass er sich sogar in den Tempel Gottes setzt und sich als Gott ausgibt“ (V. 4). Vorerst agiert er aber noch im Verborgenen. Ihm entgegenwirkt der sog. Aufhalter, der Katechon,³⁸ der die „geheime Macht der Gesetzeswidrigkeit“ (V. 7) in Schach hält. Erst wenn dieser beseitigt ist, wird der Widersacher „allen sichtbar werden“ (V. 8) und „mit der Kraft des Satans“ (V. 9) auftreten, „trügerische Zeichen und Wunder tun“ (V. 9) und die Menschen zur „Ungerechtigkeit verführen“. (V. 10) Erst dann, nach der „Zeit des Abfalls“, wird Jesus wiederkommen, und der Herr wird den Widersacher, wie es heißt, „durch den Hauch seines Mundes töten und durch seine Ankunft und Erscheinung vernichten.“ (V. 8) Diejenigen aber, die sich zur Ungerechtigkeit haben verführen lassen, „gehen verloren“ (V. 10) und verfallen dem Gericht, während diejenigen, die standhaft geblieben sind, „die Herrlichkeit Jesu Christi, unseres Herrn, erlangen“. (V. 14)

32 Vgl. Thiels Interview mit Peter Robinson, 07.12.2024: „I have sort of more prosaic intuitions where I wonder what would be the marginal tax rates in one world state where people couldn't move. I suspect they would be quite high. It sort of would be like East Germany with no escape. You couldn't move to Texas or Florida and get to zero income tax.“ (<https://singjupost.com/transcript-of-part-ii-apocalypse-now-peter-thiel-on-ancient-prophecies-and-modern-tech/>)

33 Vgl. dazu Quinn Slobodian: Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen, Berlin 2023; Andreas Kemper: Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterliberalismus, Münster 2022.

34 Vgl. Peter Thiel: „Freiheit und Demokratie [sind] nicht mehr miteinander vereinbar.“ (The Education of a Libertarian, Cato Unbound, 13. April 2009).

35 Hans G. Kippenberg: Art. „Apokalyptik / Messianismus / Chiliasmus“, in: Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe, Band II, Darmstadt 2021, S. 10.

36 Vgl. dazu Norman Cohn: Das neue irdische Paradies. Revolutionärer Millenarismus und mystischer Anarchismus im mittelalterlichen Europa, Hamburg 1988.

37 Raphael Gross: Carl Schmitt und die Juden. Eine deutsche Rechtslehre, Frankfurt am Main 2000, S. 286.

38 Das griechische Partizip „katechon“ wird in 2 Thess 2,6 einmal im Neutrum (τὸ κατέχον, das Aufhaltende) und in 2,7 personalisiert im Maskulinum (ὁ κατέχων, der Aufhaltende) verwandt.



DER ANTICHRIST

Was interessiert nun Peter Thiel an diesen beiden Gestalten des Widersachers / Antichristen und des Katechon? In einem längeren Gespräch mit Roger Köppel in der *Weltwoche*,³⁹ auf das ich im Folgenden näher eingehe, unterbreitet Thiel auf die Frage Roger Köppels nach der „Essenz“ seiner Vorstellungen zum Antichristen seine Sichtweise. Er unterscheidet zwei Zugänge, einen politischen und einen theologischen. Das trifft in Bezug auf die neutestamentliche Apokalyptik den Sachverhalt insofern, als dass sie in einem theologischen Deutungsrahmen eine antirömische Spitze enthält. Thiel verkürzt diesen Rahmen, indem er den christologischen, messianischen Aspekt (Parusie) und die Reich Gottes – Botschaft streicht und ein profanisiertes, dualistisches Modell in den Mittelpunkt rückt, dessen Plausibilität er aus der „Perspektive existenzieller Risiken“, die zweifelsohne berechnete Ängste hervorrufen würden, zu entwickeln versucht.

Zu diesen existenziellen Risiken rechnet er die heutigen „technologischen Möglichkeiten“, an denen er paradoxerweise teilhat, weil er sie selbst, teilweise zumindest, mitfinanziert: „Wir haben Nuklearwaffen, Biowaffen, vielleicht gehörte Covid dazu. Künstliche Intelligenz ist eine potenzielle Bedrohung, wenn man sie mit Drohnen und dergleichen verbindet, Kampfrobotern. Außerdem gibt es ökologische Risiken, die wir ernst nehmen müssen.“ Selbstverständlich verwahrt sich Thiel gegen ein „ludditisches“ Programm: „If we go full on with the Club of Rome limits to growth, we have this fully Luddite Program.“⁴⁰ Als Tech-Kapitalist verbietet er sich den Gedanken an eine Gesellschaft ohne Wachstum. Aber unabhängig davon: Er sieht weitaus Schlimmeres als „existenzielle Risiken“.

Thiel referiert nämlich das Buch eines amerikanischen Autors, Wendell Willkie, das 1943 unter dem Titel „One World“ erschienen ist. Darin forderte der Autor, ein „einflussreiche[r] republikanische[r] Geschäftsmann“, „eine massive Ausweitung internationaler Zusammenarbeit und starker überstaatlicher Institutionen“. Nach dem ersten Atombombenabwurf habe, so Thiel, eine solche „Vision“ an Zuspruch gewonnen. Man argumentierte, die Risiken der Nukleartechnologie „seien zu gross, als dass sie noch einzelstaatlich zu bewältigen seien“. Die Welt müsse sich zu einem Einheitsstaat entwickeln. Für Thiel wäre

dies die Perspektive eines „totalitäre[n] weltweite[n] Einheitsstaates“, eines universalen Nordkoreas (oder East Germany), und Fluchtpunkt aller politischen Internationalisten, Universalisten und Globalisten. Er schlussfolgert: Dies sei die Devise des politischen Atheismus: „Eine Welt“ oder gar keine“. Theologisch gesehen, so Thiels Behauptung, sei das die Alternative zwischen „Antichrist oder Armageddon“.⁴¹ Wobei er keinen Zweifel lässt, dass der Antichrist (= die „Eine Welt“) die schlimmere Variante ist als der Weltuntergang, als den er Harmagedon versteht. Der Antichrist wird hier deutlich profanisiert⁴² zum Träger einer aus der Sicht Thiels negativen politischen Idee, des Universalismus, der sich der drohenden Gefahr des Weltuntergangs bedient, um seine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen. Er kann im politischen Tageskampf mit jeder missliebigen Person (z.B. Greta Thunberg) oder Institution (z.B. die Vereinten Nationen) verknüpft werden, die im Namen eines gemeinsamen Weltinteresses agiert oder sich in diesem Sinne äußert. Der Antichrist ist derjenige, der andauernd, und das seit 1945, über „existenzielle Risiken und Armageddon“ spricht und damit die Ängste ausbeutet, die dieses Szenario hervorrufen soll, mit dem Zweck, die Menschen mit der Rede von „Frieden und Sicherheit“⁴³ zur Akzeptanz einer grenzenlosen Welt bzw. einer „Weltregierung“ zu verführen.

Thiel kennt aber noch weitere Erscheinungsformen des Antichristen: So tritt dieser auch als eine Art „Überchrist“ auf, der sich gewissermaßen als „der optimierte, der verbesserte Christ“ ausgibt bzw. versucht, „christlicher zu sein als Jesus“.⁴⁴ Thiel spricht damit auf ein seiner Meinung nach falsches Verständnis neutestamentlicher Texte an, wie dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter oder der Bergpredigt, wenn sie dahingehend interpretiert würden, dass die Feindesliebe aus dem privaten Nahbereich auf den öffentlichen Feind ausgedehnt werden soll⁴⁵ oder „die Armen [...] die Erde erben“ sollen. Das steht zwar so nicht bei Matthäus, auch nicht bei Lukas, sondern im Ps 37, 11, dient aber dazu, die „kommunistische Revolution“ und den Kommunismus als System und Ideologie als fehlgeleitete Konsequenz dieser Interpretation zu denunzieren. Und gegen den Sozialstaat und gegen humanitäre Aktivitäten gewandt heißt es: „Der Antichrist präsentiert sich also wahrscheinlich als großer Menschenfreund, als große Umverteilungsfigur, als extrem großer Philanthrop, als effektiver Altruist“⁴⁶ [...]. Und diese Dinge sind nicht einfach nur

39 Peter Thiel und der Antichrist (Interview mit Roger Köppel), in: *Weltwoche* Nr. 41 / 2025. S. 48-55.

40 So im Interview mit Peter Robinson [Fn. 32]. Als Ludditen wurden im frühen 19. Jahrhundert die sog. „Maschinenstürmer“ in der englischen Textilindustrie genannt (nach ihrem fiktiven Anführer Ned Ludd). Ein differenziertes Bild der Ludditen zeichnet Edward P. Thompson in „The Making of the English Working Class“ (London 1963).

41 Die Schreibweise in der Einheitsübersetzung ist „Harmagedon“ (Ἀρμαγεδών). Im Folgenden wird diese Schreibweise verwandt, nicht aber in Zitaten. Im Neuen Testament taucht dieser Ort nur einmal auf, und zwar in der Johannes-Apokalypse (Offb 16, 16). Die Kombination dieses Ortes mit dem Weltuntergang bzw. der endzeitlichen Entscheidungsschlacht (Offb 19, 19-21) ergibt sich nicht zwingend aus dieser Textstelle. Eine wichtige Rolle spielt Harmagedon im sog. Dispensationalismus, der unter konservativen evangelikalen und fundamentalistischen Protestanten verbreitet ist.

42 Der „Widersacher“ im zweiten Thessalonicher-Brief (s. oben) wie auch der (nur) in den Johannes-Briefen fünfmal erwähnte „Antichrist“ sind dagegen Figuren, die die Gläubigen zum Abfall von Gott bewegen bzw. die Messianität und Gottessohnschaft Jesu bestreiten.

43 Thiel zitiert hier aus dem ersten Thessalonicher-Brief (1 Thess 5, 3).

44 Vgl. Interview mit Peter Robinson [Fn. 32]: „In some ways, the antichrist copies Christ. The antichrist pretends to be greater than Christ. Hyper-Christian, ultra-Christian, and then maybe only ultimately, deeply, deeply anti-Christian.“

45 So auch bei Carl Schmitt: Begriff des Politischen [1932], 7. Aufl., Berlin 2002, S. 29f.

46 „Effektiver Altruismus (abgekürzt EA) beschreibt die Idee, beschränkte Ressourcen (Zeit und Geld) optimal einzusetzen, um das Leben möglichst vieler empfindungsfähiger Wesen möglichst umfassend zu verbessern.“ (https://de.wikipedia.org/wiki/Effektiver_Altruismus). EA spielt eine gewisse Rolle als ideeller Hintergrund in der Konzeptionierung von manchen NGO's (vgl. Mitsuo Iwamoto: Die Höhle des Lösen. Kann man die Rettung der Welt wie ein Start-up angehen? Eine Schule in London versucht es, in: *taz.de* 1.4.2024, <https://taz.de/Effektiver-Altruismus!/5998956/>).

antichristlich, sondern immer dann, wenn sie übermäßig mit staatlicher Macht kombiniert werden, ist etwas sehr falsch.“⁴⁷

Des Weiteren bezieht sich Thiel auf Papst Benedikt XVI und dessen Angst „vor der geistigen Macht des Antichristen“ in der modernen Gesellschaft, i.e. die „weltweite Diktatur scheinbar humanistischer Ideologien“ (vgl. auch kurier.at 04.05.20), die sich innerkirchlich in Reformbewegungen (z.B. Priesteramt von Frauen, Aufhebung des Zölibats) niederschlagen. „Seine Sorge war, dass der Antichrist sich auch in der Kirche ausbreiten würde, durch deren Verweltlichung.“ Stattdessen habe die Kirche, Thiel beruft sich auf den spätantiken Theologen Tyconius, „ihre Rolle als ‚Aufhalter‘ als Katechon gegen den Antichristen wahrzunehmen“.

DER KATECHON

Damit sind wir beim Gegenspieler des Antichristen. Prompt fragt denn auch Köppel danach, ob Thiel Trump für einen Aufhalter halte. Vor einer klaren Antwort drückt sich Thiel, hält ihn gleichwohl für ein politisches Genie. Ansonsten hüllt er sich diesbezüglich in Schweigen, möglicherweise ist die zukünftige Präsidentschaft eines J.D. Vance sein Favorit. Stattdessen wenden wir uns einem seiner Vorbilder zu, nämlich Carl Schmitt⁴⁸, für den der zweite Thessalonischer-Brief eine wichtige Bezugsquelle für die Lehre des Katechon war. „Ich glaube nicht“, schrieb Schmitt 1950, „daß für einen ursprünglich christlichen Glauben ein anderes Geschichtsbild als das des Katechon überhaupt möglich ist“.⁴⁹ Und in den Tagebuchnotizen („Glossarium“) heißt es: „[...] ich glaube an den Katechon; er ist für mich die einzige Möglichkeit, als Christ Geschichte zu verstehen und sinnvoll zu finden. [...] Die Theologen von heute wissen es nicht mehr und wollen es im Grunde auch nicht wissen.“ Man müsse „für jede Epoche der letzten 1948 Jahre den Katechon nennen können. Jeder große Kaiser des christlichen Mittelalters hat sich mit vollem Glauben und Bewußtsein für den Katechon gehalten, und er war es auch“.⁵⁰

In seinem voluminösen Buch „Der Fall Carl Schmitt. Sein Aufstieg zum ‚Kronjuristen des Dritten Reiches‘“⁵¹ hat Andreas Koenen Schmitts Sympathie für den Katechon nachgezeichnet und als treibendes Motiv für seine Parteinahme für das Dritte Reich dargestellt. Schmitt gelangte seit 1932 zu der Überzeugung, „daß nur das Imperium Romanum und seine christliche Fortsetzung den Bestand des Äon erklären und ihn gegen die überwältigende Macht des Bösen erhalten

kann“.⁵² Zwar wird diese Funktion des Reiches als Katechon, als Ordnungsmacht zeitlich begrenzt sein, aber, so Schmitt, sie bedeutet die Überwindung der „eschatologische Lähmung alles menschlichen Geschehens“⁵³ angesichts der Erwartung des endzeitlichen Geschehens: Dem „christlichen Reich“, so Schmitt, „ist es wesentlich, daß es kein ewiges Reich ist, sondern sein eigenes Ende und das Ende des gegenwärtigen Äon im Auge behält und *trotzdem* einer geschichtlichen Macht fähig ist“⁵⁴ (Hervorh. v. Vf.). Anders ausgedrückt: Ohne den Katechon in Gestalt eines Reiches, ohne den Kampf gegen das Böse, gegen das Wirken des Antichristen gibt es keine echte Geschichte, nur Chaos und Verfall.

Peter Thiel zieht daraus eine Schlussfolgerung: „Wir sollten uns mehr um den Antichristen sorgen als um Armageddon. Globale Konformität [im Einheitsstaat] ist die größte Gefahr, nicht nur Kriege und Katastrophen, die die Politiker an die Wand malen.“ Von dorthier ergibt sich die Aufgabe des Katechon: „Freiheit und Vielfalt müssen verteidigt werden, sonst wird der Planet ein Gefängnis.“

Angesichts dieser Schreckensvision eines universalen Gefängnisses, in dem man nicht mehr (steuer-)frei investieren kann und in dem auch Insellösungen nicht mehr möglich sind, erscheint Thiel eine katechontische Macht als Ausweg zwischen der Herrschaft des Antichristen und Harmagedon. Carl Schmitt sah 1934 das Dritte Reich als Erben des mittelalterlichen *sacrum imperium*. Das Reich sei der „höchste ... und deutscheste... Ordnungsbegriff“, nämlich als eine... konkret-geschichtliche, Freund und Feind von sich aus unterscheidende ... politische ... Einheit“⁵⁵, das Reich also als Träger dessen, was Schmitt 1932 im „Begriff des Politischen“ als existenzielle Bestimmung des Politischen ansah. Nach Lage der Dinge kommen für Thiel heute nur die USA für eine ähnliche Trägerschaft infrage, auch wenn er durchaus die Möglichkeit, die USA könnten der Antichrist sein, in Betracht zieht, nämlich dann, wenn das amerikanische Regierungssystem seiner Vision eines libertären Autoritarismus christlicher Prägung nicht Folge leisten sollte.

Diese Vision enthält bezogen auf den katechontischen Staat vier Komponenten eines Staatsumbaus, die hier kurz skizziert werden sollen, unter Einbeziehung von Autoren aus dem Umfeld Thiels. Jeweils für sich genommen, kann man sie auch ohne den Bezug auf die politisch-theologische Lehre des Katechon als Handlungsanweisung verstehen. Allerdings – und das ist der entscheidende Punkt: Durch die Anbindung an

47 So wortwörtlich auch im Interview mit Peter Robinson [Fn. 32].

48 Zu dieser Vorbildfunktion vgl. die Berichte des liberalkatholischen Theologen Wolfgang Palaver, mit dem Thiel in Stanford 1991/92 und auch späterhin in Kontakt war.

49 Carl Schmitt: Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum, 4. Aufl., Berlin 1997, S. 29.

50 Carl Schmitt: Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951, hrsg. von Eberhard Frhr. von Medem, Berlin 1991, S. 63.

51 Darmstadt 1995.

52 Carl Schmitt: Der Nomos der Erde [Fn. 49], S. 29.

53 Zur „eschatologischen Lähmung“ heißt es bei Schmitt: „Die lebendige Erwartung des unmittelbar bevorstehenden Endes scheint aller Geschichte ihren Sinn zu nehmen und bewirkt eine eschatologische Lähmung, für die es viel geschichtliche Beispiele gibt. Trotzdem besteht auch die Möglichkeit einer Brücke. (...) Die Brücke liegt in der Vorstellung einer Kraft, die das Ende aufhält und den Bösen niederhält. Das ist der *Katechon* der geheimnisvollen Paulus-Stelle des 2. Thessalonischer-Briefes.“ (Drei Stufen historischer Sinngebung, in: Universitas, V, 1950, 8, S. 927-931, hier S. 929).

54 Carl Schmitt: Der Nomos der Erde [Fn. 49], S. 29.

55 Carl Schmitt: Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens, Hamburg 1934, S. 44, hier zitiert nach Richard Faber: Lateinischer Faschismus, Berlin / Wien 2001, S. 15.



diese Lehre erhält das profane Geschäft des Staatsumbaus die ‚höheren Weihen‘ einer heilsgeschichtlichen Notwendigkeit.

1. Die Verschlankung des Staates in Richtung eines „Minimalstaates“ (Robert Nozick) durch eine „Entkernung“ (Nosthoff / Mascheski) der Bürokratie. In dem berühmten „DOGE-Plan to Reform Government“⁵⁶ von Thiel-Freund Elon Musk und Vivek Ramaswamy heißt es dazu:

„Die fest verwurzelte und ständig wachsende Bürokratie stellt eine existenzielle Bedrohung für unsere Republik dar, und Politiker haben dies viel zu lange geduldet. Deshalb gehen wir die Dinge anders an. Wir sind Unternehmer, keine Politiker. Im Gegensatz zu Ausschüssen schreiben wir nicht nur Berichte oder schneiden Bänder durch. Wir senken Kosten. Wir unterstützen das Übergangsteam von Trump dabei, ein schlankes Team von Verfechtern eines schlanken Staates zusammenzustellen und einzustellen, darunter einige der klügsten technischen und juristischen Köpfe Amerikas.“⁵⁷

2. Die Entdemokratisierung staatlichen Handelns. Anna-Verena Nosthoff und Felix Maschewski kommentieren DOGE wie folgt: „Einerseits wird dem Team eine weitreichende Transparenz gewährt, das heißt ein umfassender und damit [...] durchaus widerrechtlicher Zugang zu staatlichen Institutionen, Infrastrukturen, Computersystemen und den Datensätzen der Bürger:innen, um andererseits [...] automatisierte Entscheidungs- beziehungsweise KI-Systeme zu installieren, die unter dem Rubrum Effizienz radikale Kürzungen exekutieren. So werden staatliche Datenbanken mittels KI gescannt, um zu sondieren, welche Programme, Projekte, Stellen, Initiativen, Websites, Forschungsförderungen, Bilder und sogar Wörter – [...], die mit Wokeness assoziiert scheinen – gestrichen, entfernt, gelöscht werden sollen.“⁵⁸

3. Die Reorganisation des Staates in Unternehmensform. Peter R. Neumann beschreibt das diesbezügliche Konzept von Curtis Yarvin,⁵⁹ dem Mitbegründer der sog. „Neoreaktionären Bewegung“, so: „Ihm schwebt ein autoritärer Staat mit wenigen,

klar definierten Aufgaben (Justiz, Sicherheit, Verteidigung) vor. Staatschef ist eine Art CEO, der über absolute Macht verfügt und von einem ‚Aufsichtsrat‘ kontrolliert wird. Genauso wie in einem Unternehmen gibt es keine demokratische Wahl; ‚Eigentümer‘ haben sich Anteile gekauft und profitieren von eventuellen Gewinnen. Im Ergebnis sei dies ein kleiner, aber zu hundert Prozent effizienter Staat, der seinen Bürgern (oder Kunden?) maximale Freiheit garantiere, auch wenn sie keinen direkten Einfluss auf Regierung oder Gesetze hätten. Yarvin bezeichnet die Mischung aus Aktiengesellschaft und absoluter Monarchie als ‚Neo-Kameralismus‘.“ Der Kameralismus war nach Auffassung Yarvins die „preußische Doktrin“ des Merkantilismus im Zeitalter des Absolutismus (17./18. Jahrhundert), der zufolge „der Staat nicht nur die Ordnung aufrechterhalten, sondern auch den wirtschaftlichen Wohlstand sichern müsse“⁶⁰, z.B. mit dem Instrument der Schutzzölle. Im Mittelpunkt des Neo-Kameralismus steht aber nicht das damalige dynastische Interesse an der Optimierung des Staatshaushalts, sondern das Interesse einer proprietären ‚Monarchie‘ an der Zurichtung des Staatshaushalts für die nationale Reichtumsvermehrung.

4. Dieser minimalistische, entdemokratisierte, proprietär-‚monarchistische‘ Staat soll in außenpolitischer Hinsicht ein besonders starker Staat sein, entsprechend der Parole „Make America Great Again“. Die Kritik an universalistischen Prinzipien einer „regelbasierten Weltordnung“ erhebt die Fähigkeiten eines hochgerüsteten, ökonomisch und technologisch potenten Nationalstaats, sich international durchzusetzen, zur obersten Maxime. Ablesbar ist dies an der vor kurzem veröffentlichten „Nationalen Sicherheitsstrategie“ (NSS2025). Ein Vordenker in diese Richtung ist der israelisch-amerikanische Autor Yoram Hazony. Der politische Philosoph ist Vorsitzender der Edmund Burke Foundation, die alljährlich die National Conservatism Conference (NCC) veranstaltet, bei der auch Peter Thiel, etwa 2019, als Redner auftrat.⁶¹ „In rechtskonservativen Kreisen wird Hazony als Anti-Francis-Fukuyama gefeiert. Dieser hatte nach dem Ende des Kalten Krieges den weltweiten Sieg liberaler Demokratien vorhergesagt – eine Prognose, die das rechte Lager spätestens seit Trump für

56 DOGE = Department for Government Efficiency.

57 Zit. nach Anna-Verena Nosthoff / Felix Maschewski: Politik der dunklen Aufklärung. Dark MAGA und die rechtsautoritäre Wende im Silicon Valley, in: Mittelweg 36, 2025, H. 5-6, S. 70-90, hier S. 80.

58 Ebd., S. 79. Vgl. auch den Vertrag des US-Verteidigungsministeriums mit Palantir Technologies (Thiel), wonach die Software von Palantir zum Standardbetriebssystem für diverse Einsatzfelder des US-Militärs werden soll (vgl. Francesca Bria: United States of Palantir, in: Le Monde Diplomatique, Deutsche Ausgabe, 11/2025).

59 Peter R. Neumann: Wer ist Curtis Yarvin? Wie ein rechtslibertärer Blogger zum einflussreichen Ideengeber für Trump und Vance wurde, <https://prneumann.substack.com/p/wer-ist-curtis-yarvin>. Thiel, so Neumann, gehört zu Yarvins „enthusiastischsten Unterstützern“. Zu Thiel und Yarvin vgl. auch Max Chafkin: Peter Thiel. Wie der Pate des Silicon Valley die Welt beherrscht, München 2021, bes. 189f. Chafkin zitiert Mencius Moldbug (Ps. Yarvins), wonach Demokratie „ein ineffektives, destruktives Regierungssystem“ (190) sei. Vgl. Mencius Moldbug: A Formalist Manifesto, Unqualified Reservations, 23. April 2007, <https://www.unqualified-reservations.org/2007/04/formalist-manifesto-originally-posted/>.

60 Curtis Yarvin im Interview: „In meinem Dream-Team würde Trump die Punchlines loslassen, während ein anderer die Regierungsgeschäfte führt“, in: Philosophie Magazin Edition 2026, S. 60-67, hier S. 64. Yarvin betont, dass er zunächst bei dem rechtslibertären Vordenker Hans-Hermann Hoppe – in Deutschland bekannt durch seine Mitarbeit an der Zeitschrift *eigentlich frei* – in die Lehre gegangen sei, dann aber durch die Lektüre von Thomas Carlyle „gerettet“ worden sei. Insbesondere die Idee von Carlyle, „dass man zum Regieren einen Führer“ brauche, wird von Yarvin hervorgehoben.

61 Zur NCC schreibt Chafkin: Sie „war ein neues Sammelbecken für einen neuartigen Konservatismus, der, wie es die Veranstalter der Konferenz erläuterten, den populistischen und nationalistischen Bewegungen eine Heimat geben sollte, die in den Vereinigten Staaten und Europa entstanden waren. Dieser ‚Nationalkonservatismus‘ war ein Versuch der Erweiterung des Trumpismus – auf der Suche nach einem ‚Trumpismus, der Trump überlebt‘, wie es Thiel Freunden und Kollegen gegenüber formuliert hatte. Er stellte eine Abkehr von der libertären Politik dar, die seit dem Aufstieg von Barry Goldwater vorgeherrscht hatte, und die Hinwendung zu einer Vision, die Thiel zumindest seit seinen reaktionären Briefen an die Investoren und seiner Beziehungspflege zu Figuren wie Curtis Yarvin förderte: von einer Politik der geschlossenen Grenzen, einer merkantilistischen Handelspolitik und einer populistischen Industriepolitik.“ (Chafkin 2021 [Fn. 58], S. 303).

widerlegt hält.⁶² Als dessen Buch *The Virtue of Nationalism* 2018 erschien,⁶³ schrieb Stefan Kornelius in der *Süddeutschen Zeitung* (30.12.2018), „dass Hazony (neben anderen Theoretikern) in den Trump-Kreisen zum Propheten erklärt wird.“ Denn darum geht es Hazony, um den Nachweis, „warum für Staaten der Nationalismus die beste aller Ideologien sein soll, warum das nationale Interesse der größte Garant für Frieden und Wohlstand“ (Kornelius) sein soll.⁶⁴ Dementsprechend lehnt Hazony universalistische Ansprüche imperialer Staaten (119), zu denen er die USA bis auf kurze Phasen in ihrer Geschichte *nicht* rechnen will, die „Entscheidungskompetenz internationaler Organe“, etwa im Welthandel (133), supranationale Gebilde wie die EU (132f.) oder sog. „Welterlösungspläne“ wie Kants Vision des Ewigen Friedens (189ff.) ab.⁶⁵ Unter Rückgriff auf die ökonomischen Lehren eines Hayek oder Ludwig von Mises plädiert er für die „Vorzüge einer nationalistischen Ordnung [...], die viele unabhängige nationale Staaten zulässt und diesen gestattet, frei miteinander in Wettbewerb zu treten“ um die beste „politische Verfasstheit“ (130) und die besten „politischen Strategien“ (131). Sie sollten bereit sein, voneinander, d.h. von den Erfolgsrezepten ihrer nationalen Konkurrenten, zu lernen und ihre „eigene[n], einzigartige[n] Erkenntnisse und Erfahrung[en] mit der gesamten Menschheit“ (130) zu teilen. Eine solche Idealisierung nationalstaatlicher Konkurrenz ist die ideologische Begleitmusik für die Trump'sche Neufassung der Monroedoktrin in der „Nationalen Sicherheitsstrategie“, die das Recht des Stärkeren unter Absehung völkerrechtliche Regelungen zur Grundlage internationaler Politik erhebt. Nationalismus, so Joachim Bischoff und Friedrich Steinfeld in ihrer Analyse, „heißt für die USA selbstverständlich auch, dass keine Nation so dominant werden darf, dass sie Interessen der USA gefährden kann.“⁶⁶

FAZIT: DER „DRITTE WEG“

Die genannten Komponenten des Staatsumbaus, um auf den Ausgangspunkt des Thiel'schen Dilemmas (Realpolitik vs. li-

bertäre Utopie) zurückzukommen, bilden die Grundlage für die Ambitionen des libertären Autoritarismus. Dem liegt der politische Wille zugrunde, den Staat unmittelbar den Interessen der Tech-Kapitalisten à la Thiel zu subsumieren, statt wie noch der autoritäre Liberalismus auf die Trennung von Staat und Ökonomie / Gesellschaft zu setzen oder wie eingeschworene Libertäre möglichst autonome Strukturen neben Staat und Gesellschaft zu installieren. Francesca Bria (vgl. Fn. 59) bringt die neuere Entwicklung hin zu einem System „privatisierter Souveränität“ wie folgt auf den Punkt:

„Was als libertärer Ausstieg begonnen hat, endet mit autoritärer Vereinnahmung. Dieselben Unternehmerkreise, die einst ‚Seasteading‘ propagierten [...], um sich staatlicher Autorität zu entziehen, positionieren heute ihre Vertreter auf höchster Regierungsebene. Nachdem die Akteure des Kapitals es nicht geschafft haben, parallele Institutionen aufzubauen, finden sie es effektiver, selbst zur staatlichen Infrastruktur zu werden.“

Peter Thiels Aneignung der Lehre vom Katechon, Antichrist und Harmagedon sollte vor diesem Hintergrund einerseits als eine Art politisch-theologische Selbstermächtigungsstrategie verstanden werden. Er geriert sich zum einen als „selbsternannter Prophet des Feuers und des Schwefels“ (Gil Duran)⁶⁷, der mit Verweis auf die „existenziellen Risiken“ modernster Technologien die Möglichkeit des Weltuntergangs avisiert; zum anderen als Warner vor globalen und sozialstaatlichen Lösungsmöglichkeiten, der diese als Optionen des ‚falschen Propheten‘, des Antichristen, denunziert. Andererseits präsentiert er mit der Figur des Katechon eine geschichtstheologische Überhöhung des Staates, die dessen Zurichtung (Minimalstaat, Entdemokratisierung, proprietäre ‚Monarchie‘, Machtstaat nach außen) zum Nutzen eines expandierenden Tech-Kapitalismus legitimieren soll. Das letzte Wort dazu von Peter Thiel: „And Antichrist or Armageddon, that framing, we can envision a third way. One world or none. That's pretty hard to envision a third way. And so that's where I think the biblical language, it's sound crazier, but it's actually more hopeful.“⁶⁸

62 Annett Meiritz / Juliane Schäuble: Die Allianz der Neuen Rechten. Wie die Trump-Bewegung Europa erobert, München 2025, S. 190f.

63 Die deutsche Übersetzung mit dem Titel „Nationalismus als Tugend“ erschien 2020. Bemerkenswert sind der Verlag, der das Buch veröffentlichte, und die Person des Übersetzers. Das Buch erschien in dem nach dem griechischen Kriegsgott benannten Ares-Verlag (Wolfgang Dvorak-Stocker), dem wichtigsten neurechten Verlag in Österreich. Die Übersetzung stammt von Nils Wegner, einem Autor aus dem Umfeld des Instituts für Staatspolitik, einem der Kaderschmieden der Neuen Rechten in Deutschland. Vgl. auch dessen Buch über die Neoreaktionäre Bewegung: „Neoreaktion und dunkle Aufklärung. Die rechtslibertäre Versuchung“, Dresden: Jungeuropa Verlag 2025.

64 In der NSS2025 heißt es: „Die grundlegende politische Einheit der Welt ist und bleibt der Nationalstaat [...]. Die Welt funktioniert am besten, wenn Nationen ihre Interessen priorisieren. Die Vereinigten Staaten werden ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen und in ihren Beziehungen zu anderen Nationen diese ermutigen, ebenfalls ihre eigenen Interessen zu priorisieren.“ (Deutsche Übersetzung unter <https://www.cueni.ch/vollstaendige-deutsche-uebersetzung/> Seite 9).

65 NSS2025: „Wir stehen für die Souveränitätsrechte der Nationen, gegen die souveränitätsuntergrabenden Eingriffe der aufdringlichsten transnationalen Organisationen und für die Reform dieser Institutionen, damit sie die individuelle Souveränität unterstützen statt behindern und die amerikanischen Interessen fördern.“ (S. 9).

66 Joachim Bischoff / Friedrich Steinfeld: Die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika, in: Sozialismus, Heft 1-2026, S. 35-39, hier S. 36.

67 Gil Duran: Silicon Valley Apocalypse Capitalism (14.11.2025), <https://www.thenerdreich.com/silicon-valley-apocalypse-capitalism/>.

68 Thiel im Interview mit Peter Robinson [Fn. 32].



Trump2.0 und die widersprüchlichen Allianzen

ZWISCHEN TRANSNATIONALISTISCH-TRANSHUMANISTISCHEN TECH-OLIGARCHEN UND PROTEKTIONISTISCHEN NATIONALCHAUVINISTEN

Von Tino Heim

Angesichts eines über vier Dekaden verfestigten soziokulturellen Images des Silicon Valley verursachte die fast geschlossene Unterstützung führender Tech-Oligarchen für Trump2.0 ab 2024 ausgeprägte mediale Irritationen. Mit einigen Ausnahmen – v.a. des oft als Mastermind, Großfinanzier und Networker einer rechtslibertären Wende porträtierten Peter Thiel, der Trump ab 2015 finanziell und beraterisch unterstützte und zugleich J. D. Vance protegierte – galt ›das Valley‹ vor 2024 primär als ›freiheitlich‹, ›progressiv‹ und damit als irgendwie ›links‹. Zwar nie in Fragen von Lohnarbeitsinteressen, Gewerkschaften oder sozialer Umverteilung, dafür aber umso mehr in der Verbindung des freien Verkehrs der Waren und Arbeitskräfte mit diversitätsoffenem Lebensstilpluralismus, der eher ›linken‹ Idealen der Durchkreuzung von Grenzen verwandt schien als dem altbackenen Rassismus, Heterosexismus, Nationalchauvinismus und Protektionismus der MAGA-Bewegung. Auch Parteispenden von Tech-Giganten flossen vor 2024 eher den Demokraten zu. Prominente Charaktermasken des Tech-Kapitals, wie der »Genius Entrepreneur« (Bennett 2020) Elon Musk, figurierten in der Populärkultur zudem als Visionäre und praktische Vorreiter digitaler und ökologischer Kapitalismus-Updates, die mit Trumps Kampf für fossile Kapitalfraktionen unvereinbar schienen. Hagiographische Bilder störende Verhaltensauffälligkeiten von Musk wurden mit Autismus-Diagnosen entschuldigt und kaum mit faschistoiden Dispositionen in Zusammenhang gebracht.

Die Konversion der Tech-Kapital-Eliten zum Trumpismus – welche Trumps Amtseinführung, die eher als »inauguration

of the oligarchs« (Marcus 2025) erschien, ikonisch bezeugte¹ – galt so oft als Ausdruck einer abrupten Kehre. Dass Trump für Steuersenkung und Deregulierung stand, wo Demokraten im Wahlkampf Steuern für Superreiche, Monopolbekämpfung oder KI-Regulierung debattierten, verlieh den Allianz eine ökonomische Rationalität. Deren häufige Betonung erklärte aber kaum, warum Wortlaute diverser Tech-Bros MAGA in Puncto faschistoider Radikalität klar überboten, was auch für Musk-Auftritte im mediopolitischen Spektakel galt – als mit Hitlergruß und diamantbesetzter Kettensäge (ein Geschenk Mileis) gegen den ›woken Deep State‹ wütender Krieger. Behelfsmäßig überbrückten oft medienpsychologische Ferndiagnosen die Erklärungslücken.² Auch der Schutz vor Anschlägen auf Teslafahrzeuge qua Distanzierung von Musk verheißende Autoaufkleber eines Pforzheimer Onlineshops, die zum meistverkauften Produkt dieser Kategorie bei *Amazon* avancierten, adressierte verbreitete Wahrnehmungen, Musk (bzw. das ganze Valley) seien urplötzlich ›durchgedreht‹: »I BOUGHT THIS BEFOR ELON WENT CRAZY.«

Gegenüber solchen Reaktionen auf die »bizarre Bromance« (Havertz 2025) von Musk und Trump bzw. von Tech-Bros und MAGA-Bros sollen im Folgenden zunächst einige langfristige und systematische Schnittmengen tech-kapitalistischer Ideenwelten und Orientierungen mit (neo-)faschistischen Ideologemen und Dispositionen (1.) akzentuiert werden. Da die hier sichtbaren Konturen eines neuen Tech-Faschismus kaum politische Bewegungen oder Wahlmehrheiten mobilisieren können, boten erst pragmatische Allianzen mit Trump und

1 Platziert waren Elon Musk, Mark Zuckerberg, Sundar Pichai, Jeff Bezos und weitere Tech-Giganten bei der Amtseinführung in vorderster Reihe auf dem Podest der Kapitol-Rotunde – über den gewählten Volksvertretern im Parkett und noch vor den Mitgliedern des Kabinetts und der Trump-Familie.

2 Der ARD Podcast *Die Elon Musk Story* sorgte sich 2025 anlässlich der Wandlung Musks vom progressiven Visionär zum reaktionären Obertroll etwa: »Was ist da passiert, wie konnte aus dem coolen, aufregenden Supermilliardär so ein fieser Schulhofmobber werden?« Offeriert wurden v.a. psychologische Antworten.

der MAGA-Bewegung (2.) Chancen für stärkere realpolitische Einflussnahmen. Zugleich stehen Zukunftsvisionen sowie konkrete ökonomische und politische Interessen und Ziele der Eliten des Tech-Kapitals in Widerspruch zu denen anderer Fraktionen der Trump2.0-Administration und erst recht der MAGA-Basis. Insofern sind diese Allianzen von multiplen Konfliktlinien und Eskalationsdynamiken geprägt (3.). Dass diese Widersprüche die Allianzen nicht »sprengen«, wird einerseits auf vertiefte Kopplungen des IT-Sektors und seiner Innovationen mit dem Ausbau autoritärer Herrschaftspraxen zurückgeführt. Andererseits erlauben charakteristische Diskursstrategien, die Vorläufer in der faschistischen Propaganda des 20. Jh. haben, alle Widersprüche auf den Ebenen des Wirklichkeitsbezugs oder der logischen Kohärenz von Aussagensystemen zu übergehen. Abschließend (4.) ist zu fragen, wo gleichwohl Grenzen des Prozessierens sich zuspitzender Widersprüche liegen.

1. SCHNITTMENGEN TECH-OLIGARCHISCHER MINDSETS MIT (NEO-)FASCHISTISCHEN IDEOLOGEMEN

Mediopolitische Irritationen bezüglich der Rolle von Tech-Oligarchen für die Trump2.0-Administration zeugen von einer verbreiteten Ignoranz gegenüber politischen Gehalten früherer Äußerungen und Programmatiken aus der »Tech-Bubble«. Bevor etwa der mit dem *Netscape Navigator* reich gewordene IT-Pionier und Wagniskapitalgeber Marc Andreessen ein Trump-Berater wurde, kokettierte sein *Tech-Optimist Manifesto* offen mit einem Vordenker des italienischen Faschismus: Andreessen (2023) entlehnte Formulierungen dem *Manifesto del Futurismo* und listete dessen Autor (den Mussolini-Parteigänger Filippo Marinetti) als einen seiner »Patron Saints«. Der Amoklauf von Musks *Department of Government Efficiency* (DOGE) gegen den Verwaltungsstaat setzte nur ein Programm um, das der von Musk, Thiel, Andreessen usw. als Freund und Vordenker gewürdigte Informatiker Curtis Yarvin bereits 2012 im Akronym RAGE zusammenfasste, was »Wut« bzw. »wüten« und zugleich »Retire All Government Employees« bedeutete.⁴ Yarvin, der mit dem Blog *Unqualified Reservations* ab 2007 zum »Hofphilosoph im Thielverse« (Kofman 2025), bzw. zum »Silicon Machiavelli« (Blome 2024) aufstieg, gilt in vielen Aspekten als Inspirationsquelle von Trump2.0. Über die Zerschlagung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen hinaus bezieht sich das etwa auf Visionen eines Umbaus des Staats in eine CEO-Monarchie (vgl. u.a. Yarvin 2008), wobei Yarvin Trump bereits 2011 das »biologische« Zeug zum Monarchen zusprach.⁵ 2022 empfahl

er Musk für eine Rolle beim exekutiven Staatsumbau nach Trumps Wiederwahl.⁶

Antidemokratische Feindschaft gegen den Rechts- und Sozialstaat sowie Voten für autoritäre Staatlichkeit im Dienst ökonomischer Interessen verbinden sich oft mit Präferenzen für eugenische »Lösungen« sozioökonomischer Krisen und Probleme. Yarvin (2008) erwog dafür auch negativ-eugenische Selektionen – etwa die in halbironischer Larmoyanz formulierte »biodiesel solution« einer Verarbeitung unproduktiver, wertloser Massen zu Kraftstoff (ebd.: 28ff., 34f.). Musk und andere Tech-Bros propagieren bevorzugt eine positive Eugenik des selektiven Natalismus – Reproduktionsanreize für Reiche und gezielte Zuchtwahl qua In-vitro-Fertilisation, Embryoscreening und Bioengineering. Als zentraler Baustein der DNA tech-kapitalistischer »Mindsets« bleiben diverse Konzepte angewandter Eugenik aber stets auch für negativ-eugenische Konsequenzen offen.⁷

Im mediopolitischen Interdiskurs folgten der anfänglichen Irritation ab 2025 einige nachträgliche »Enthüllungen« solcher (vormals ignorierte) reaktionären bis faschistoiden Implikationen. Insider*innen wie die *Wired*-Autorin Paulina Borsook (2000) betonten entsprechende Dispositionen relevanter Milieus und Kapitalfraktionen jedoch seit den 1990er Jahren. Eine an Marx orientierte Kritik behandelte die *Californian Ideology* (Barbrook/Cameron 1996) früh als Cocktail aus Hippiekultur, radikalem Marktliberalismus und Einflüssen des militärisch-industriellen-Komplexes. Dieses hybride, politisch indifferente Ideensystem erlaube es zunächst, gleichzeitig an disparate Utopien der »New Left« und der »New Right« zu glauben, die im Glauben an technologische Lösungen für alle sozioökonomischen Probleme und Widersprüche konvergieren. In sozialen Kämpfen um die Überwindung der Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen von Klasse, »Rasse« und Geschlecht, welche die Basis der Privilegien der neuen »virtuellen Klasse« bleiben, erweise sich ihre Ideologie aber klar als reaktionär und prädisponiere in sich zuspitzenden sozioökonomischen Krisen und Konflikten zur Radikalisierung nach rechts. In den dieser Prognose von 1996 folgenden, späteren Ausformungen von Valley-Diskursen identifizieren jüngere Arbeiten von Timnit Gebru und Émile P. Torres (vgl. v.a. 2024) verschiedene miteinander verwobene Ideologieversatzstücke, die sie als TESCREAL-Bündel bezeichnen. Das Akronym aus den Begriffen *Transhumanism*, *Extropianism*, *Singularitarianism*, *Cosmism*, *Rationalism*, *Effective Altruism*, *Longtermism* verweist auf Konzepte, deren geteilte Quellen in den Diskursen der Eugenik des 20. Jh. liegen.

Mit dem Begriff **Transhumanismus** erklärte der Präsident der britischen Eugenik-Gesellschaft und erste UNESCO-Direktor

3 Neben Marinetti (und dem unvermeidlichen Nietzsche) zählt Andreessen (2023) auch Nick Land, den Vordenker einer antidemokratischen, sozialdarwinistischen »dunklen Aufklärung«, zu seinen heiligen Gewährsmännern.

4 Vgl. den unter dem Pseudonym Mencius Moldbug auf der BIL-2012 Konferenz gehaltenen Vortrag »How to Reboot the US Government«. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=ZluMysK2B1E&t=468s>.

5 Wörtlich schrieb Yarvin (2011), Trump sei »clearly biologically suited for the position«.

6 Vgl. zu diesen Ideentransfers und Netzwerken: Kofman 2025; zur Einordnung der Rezeption Yarvins: Mühlhoff 2025: v. a. 105–113. In Anerkennung prägender Einflüsse war Yarvin 2025 als »informal guest of honor« (Ward 2025) zum vom ultrakonservativen Verlag Passage Press ausgerichteten *Coronation Ball* anlässlich der Trump-Inauguration geladen. Indirekt zeigte selbst die Benennung der Veranstaltung als Krönungs-Ball die Rolle von Yarvins Neomonarchismus für Trump2.0. Yarvin machte jedoch mehrfach deutlich, dass Trumps Vorstöße zur Präsidialdiktatur und zur Zerschlagung des Rechts- und Verwaltungsstaats oder der Wissenschaftsfreiheit nicht radikal genug sind. (Vgl. u.a. die aufschlussreichen Auszüge aus einem Gespräch mit Yarvin in: Ward 2025).

7 Exemplarisch sind Musks Äußerungen im Podcast »The Joe Rogan Experience« am 28.2.2025.



E. Huxley (1957: 13ff.) die Selbstüberwindung der Menschheit in einer ›höherwertigen‹ Gattung zum Ziel medizinisch-technologischer Innovationen. Seit 1998 versammelt die *World Transhumanist Association* diverse Strömungen, die biophysische und psycho-kognitive Grenzen sowie Krankheit, Tod und die Geist-Körper-Bindung durch eugenisch optimierte und prothetisch erweiterte bio-technologische Hybridexistenzen überwinden wollen. Investments des tech-oligarchischen Who is Who (von Bezos über Thiel bis Zuckerberg) in Longevity-, Bioengineering-, Biohacking- und Cryostase sollen Unsterblichkeit für heutige Superreiche noch in deren Lebensspanne realisieren.⁸

Musks Firma *Neuralink* strebt mit Hirn-IT-Schnittstellen (jenseits bloßer Hirn-Optimierung) nach virtueller Unsterblichkeit digitalisierter Bewusstseins in der Cloud. Der v.a. bei M. Moore (2003) ausformulierte **Extropianismus** bietet den physiktheologischen Überbau solcher Bestrebungen: Als Oppositionskonzept zur Entropie markiert der Extropianismus primär eine Trotz-Haltung gegen den zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, demzufolge die Entropie (also der Grad der Unordnung) geschlossener Systeme langfristig zunimmt. Solange dieses physikalische Gesetz gilt, wäre die ›Extropie‹ von Teilsystemen aber stets nur zulasten steigender Entropie in anderen Teilsystemen (denen Energie entnommen wird) erreichbar. Letztlich geht es hier also um »kosmischen Darwinismus« (Mühlhoff 2025: 77; vgl. 76ff.).

Der metaphorisch an die Relativitätstheorie angelehnte **Singularitarismus** hofft demgegenüber auf eine technologische Singularität: Das Überschreiten einer Schwelle rekursiver Selbstoptimierung technologischer Systeme soll eine (für humanoide Hirne gar nicht fassbare) Explosion allgemeiner Intelligenz bewirken, die alle bisher geltenden Gesetze (ob der Physik oder der Ökonomie) außer Kraft setzt. Laut Ray Kurzweil (in ›*The singularity is near*«, u.a. 2005) steht dieser technologische ›Urknall‹ im KI-Sektor seit über 30 Jahren stets unmittelbar bevor.⁹ AGI führe dann zu Quantensprüngen in allen Forschungs- und Technologiesektoren.

Das Streben nach diesem ›Extropiesprung‹ technologischer Systeme lässt mit Sicherheit nur deren Energiebedarf weiter explodieren, der die Entropie irdischer Öko- und Klimasysteme bis zum Kollaps steigert. Diesbezüglich bietet der v. a. in Ben Goertzels (2010) *Cosmist Manifesto* ausbuchstabierte **Cosmism** einen Ausweg: Die Kolonisierung des Gesamtuniversums durch unsere transhumanen Nachkommen – eine Vision, die Musks *Space X* und Bezos *Blue Origin* in allen Konkurrenzen und persönlichen Fehden verbindet.

Oft spekulativen TESC-Visionen soll ein ›**Rationalismus**‹, der sich ausgehend von der Online-Plattform *LessWrong* ab 2009

im IT-Milieu verbreitete, eine ›REAL‹-Basis exakter Logik und rationaler Entscheidungen verleihen. Die Rationalitätsbehauptung richtet sich zugleich gegen vorgeblich ›irrationalen‹ (v.a. humanistische) Sozial- oder Moraltheorien. Wie in der Eugenik des 20. Jh. gelten etwa Sozialpolitik oder Empathie als Ursachen evolutiver Degeneration, die nur eine ›kalte‹ Rationalität aufhalten könne.¹⁰ In der Reproduktion maskulinistischer, rassistischer und misogynen Ressentiments überlappt sich dieser ›Rationalismus‹ ideell und personell mit neoreaktionären Bewegungen des ›Dark Enlightenment‹ sowie der INCEL- und Manosphere-Milieus.¹¹

Ein moralphilosophischer ›Zwilling‹ des Rationalismus (vgl. Gebru/Torres 2024) ist der **Effektive Altruismus** (EA) – ein Utilitarismus-Update, das v.a. Thinktanks, Stiftungen, Universitätsinstitute etc. produzieren, die direkt durch das Tech-Kapital finanziert sind und als sein »ethischer Arm« (Mühlhoff 2025: 86) agieren. Passend zu solutionistischen Politikstilen reduziert EA komplexe und dilemmatische Abwägungsfragen auf simple mathematische Optimierungsaufgaben und postuliert die technologische Lösbarkeit aller Probleme, deren gesellschaftsstrukturelle Ursachen als irrelevant behandelt werden, um zugleich politische Aushandlungsprozesse zu suspendieren.

Maximen des ›größtmöglichen Glücks für die größtmögliche Zahl‹ fungieren dabei auch als bestmögliche Philosophie, um systematische Verletzungen der Existenzinteressen und -rechte großer Gruppen im Namen rechnerisch noch größerer Zahlen zu rechtfertigen.

Der **Longtermismus** radikalisiert das, indem Visionen einer ultrafernen Zukunft heutige Entscheidungen bestimmen sollen. Wegweisend sind dafür Arbeiten Nick Bostroms (u.a. 2003), der bis 2024 das von Musk und Thiel finanzierte *Future of Humanity Institut* an der Universität Oxford leitete. Seine Kalkulation der Energie der Sterne im Virgo-Galaxienhaufen zeigt etwa, dass allein dieses koloniale Nahziel so vielen »nicht-biologischen Instanzierungen« digitaler Personen Energie für eine gute, fast unbegrenzte Existenz böte, dass »jedes Jahrhundert, um das sich die Kolonisierung [...] verzögert, das Potenzial für 10^{38} Leben« koste: »Der Verstand kann die Rate dieses Verlustes kaum erfassen« (ebd.: 2f.). Umgekehrt schenke ein bedingungsloses »Vorantreiben des technologischen Fortschritts« und »ökonomischer Produktivität«, das die »Kolonialisierung [...] um nur eine Sekunde beschleunigt«, 10^{29} Personen ein gutes Leben (ebd.: 3). Gegenüber dem Glück dieser im All prosperierenden Fantastilliarden fallen Kollateralschäden an einer von wenigen Milliarden bewohnten Ökosphäre an der Peripherie der Milchstraße kaum ins Gewicht, zumal die Vergleichszahl beliebig steigerbar ist.¹² Jenseits quantitativer Argumente versprach Jeff Bezos 2023 im

8 Einblicke in Longevitypraxen der Tech-Eliten bietet u.a. das Online-Magazin Business Insider.

9 Da Kurzweil die Prophezeiung seit den 1990ern regelmäßig erneuert, kursiert unter IT-Realist*innen ein Gag: Die Singularität ist von jedem beliebigen Punkt der Raumzeit stets nur exakt ein Kurzweil entfernt.

10 Exemplarisch vertritt Musk im Podcast »The Joe Rogan Experience« (vom 28.2.2025) solche Positionen.

11 Vgl. Mühlhoff 2025: 82ff. & 95–114. Ideologisch und praktisch zeigt den misogynen ›Drive‹ etwa auch die von Musk geförderte Firma EctoLife: Künstliche Uteri sollen die Produktion (bevorzugt männlicher) optimierter Babys unabhängig von ›unzuverlässigen‹ femininen Körpern und Sozialeigenschaften machen.

12 Das Virgo-Cluster umfasst schließlich »nur einen kleinen Teil der kolonialisierbaren Ressourcen im Universum« (Bostroms 2003: Fn. 6). Und warum soll uns ein Universum genügen?

Lex-Friedman-Podcast qualitativ in künftigen Weltraumkolonien allein in unserem Sonnensystem tausende Mozarts und Einsteins.

Demgegenüber gilt die heutige Menschheit aus tech-kapitalistischer Perspektive mehrheitlich als degenerierter, kaum überlebensfähiger oder -würdiger ›Thrash‹. Als Diktatur dieses minderwertigen ›irrationalen Mobs‹ behindere Demokratie die freie Entfaltung überlegener Individuen und damit von Kapital und Technologie, während Sozialpolitik eine Vermehrung nutzloser Massen fördere, die überlegene Minderheiten auszulöschen drohe. TESCREAL-Diskurse lassen hier eine Überwindung demokratischer und sozialstaatlicher Organisationsformen als rational und moralisch geboten erscheinen, um alle Ressourcen in den Dienst künftiger genetisch und technologisch optimierter transhumaner Rassen zu stellen.

Solche Narrative entfalteten bereits 1997 J. Dale-Davidson und W. Rees-Mogg in ihrem Buch »The Sovereign Individual«, auf das sich u.a. Peter Thiel (der 2020 ein Vorwort zur Neuausgabe beisteuerte) berief, um eine Unvereinbarkeit von Demokratie und Freiheit zu postulieren. Als aktuellen intellektuellen Gewährsmann entsprechender Äußerungen verweisen Andressen, Musk oder Thiel bevorzugt auf den Philosophen Nick Land (u.a. 2012), der im Kern jedoch nur Updates von Standardmustern sozialdarwinistisch grundlegender eugenischer Argumentationen seit dem späten 19. Jh. bietet.¹³

Dies genügt zur Plausibilisierung von Durchsetzungsrechten heutiger Kapitaleliten, um die sich intellektuelle Einlassungen von Tech-Oligarchen letztlich drehen. Ökonomischer Erfolg gilt ihnen dabei als Ausweis ihrer (auch ›biologischen‹) Höherwertigkeit und beruft sie zugleich zum Dienst an der künftigen Optimierung bzw. Überwindung der Gattung.¹⁴ Demokratische, sozial- und rechtsstaatliche Formen der Politik und ihnen korrespondierende Moraltheorien und Gerechtigkeitsvorstellungen stehen dem als *dysgenischer* Hemmschuh entgegen. Verdichtet ist all dies etwa in Musks Erklärung von Empathie zur Fundamentalschwäche des ›Westens‹, die zum zivilisatorischen Suizid führe.¹⁵

Ein Bewusstsein absehbarer ökologischer, sozioökonomischer und geopolitischer Katastrophen begünstigt apokalyptisch-eschatologische Zuspitzungen solcher Narrative. Vorbereitungen für ein »Survival of the Richest« (vgl. Rushkoff 2025) verbinden sich dabei mit einem ›effektiven Altruismus‹ letzter Konsequenz: Technologische Innovationen dienen einerseits der weiteren Bereicherung weniger und damit dem Überleben ›höherwertiger‹ Individuen und legen zugleich die technologischen Grundlagen künftiger Evolution. Sie sind mithin um

jeden Preis voranzutreiben, auch wenn dies irdische Katastrophen beschleunigt. Der nicht zu rettende Alt-Planet und die degenerierte Menschheit erfüllen so zumindest noch den Zweck auszubrennender und abzuwerfender Raketenstufen, die einige Auserwählte auf Fluchtgeschwindigkeit für den Aufbruch zu neuen Räumen und zu neuen Stufen der Evolution bringen.¹⁶

TESCREAL-Narrative klingen hier wie (mittelmäßige) SF-Plots und Tech-Bros nennen Genreliteratur als Inspiration.¹⁷ Entsprechende Diskurse adressieren dabei politische Dispositionen und Praxen, die zentrale Merkmale gängiger Faschismusdefinitionen erfüllen. Sozialdarwinismus und Eugenik sind zwar nicht genuin faschistisch, da sie als Moment normalistischer Dispositive auch sozialdemokratische Mindsets und Normaldemokratien prägen (vgl. Link 2013). Ihre Verbindung mit apokalyptischer Eschatologie, maskulinistischem Heroismus, kolonialen Raumforderungen usw. tendiert aber zur faschistischen Radikalisierung.

Auffallend sind zudem die Angst vor und die Ablehnung von Differenz, Ambivalenz, Ambiguität und demokratischem Streit sowie ein Streben nach autoritärer Durchsetzung eindeutiger (technischer) Lösungen – Charakteristika des »ewigen Faschismus« i.S. Ecos (1995). Ähnliche Aspekte betont anknüpfend an die kritische Theorie Mühlhoffs (2025) Einordnung von Tech-Ideologien als Faschismus i.S. einer »Charakterdisposition« mit spezifischer »politischer Wirkungsweise« (ebd.: 118; vgl. 119–139): Vereindeutigungswille und das Universalprinzip des ›Kampfs um Selbstbehauptung‹ verbinden sich mit Dispositionen zur Gewaltausübung und Herabwürdigung anderer sowie einer Verklärung von Technologie und ihrer Nutzung als Mittel entmenslichter Herrschaft, die Unterworfenen dehumanisiert und menschliche Abwägungen in einer instrumentell-rationalen, technologisch effizienten Politik ausschaltet. Auch ein auf Disruption und Akzeleration setzender destruktiver Politikstil fügt sich in diese Muster.

Als *politisches* Projekt hätte dieser »Endzeitfaschismus« (Klein/Taylor 2025) aber kaum Chancen für die (für Faschismen des 20. Jh. konstitutive) Resonanz in einer Massenbewegung, die heterogene soziokulturelle und politische Strömungen bündelt. Erst recht taugt kein Tech-Bro zum die imaginäre Einheit des ›Volks‹ verkörpernden ›Duce‹. Ideenwelten, die Bevölkerungsmehrheiten als transhumanen Zielen zu opfern ›Trash‹ behandeln, schließen beides aus. Ohne effektive politische Allianzen bliebe es so bei einem Nerd-Diskurs, in dem reiche Macker sich in der Echokammer von Online-Manifesten, Chatgruppen, gekauften Thinktanks und Uni-Insti-

13 Lands eigenwilliger Remix von Standard-Eugenik mit poststrukturalistischen und neomarxistischen Theorieversatzstücken sorgt für innovative postmoderne Sounds, nutzt aber primär seit Francis Galton altbekannte Melodien. Vgl. zur Analyse der Traditionen und Neuaufgaben der Eugenik und zu historischen Kontexten Link 2013.

14 Im Grenzfall gilt die ›Wetware‹ der biologischen Gattung nur mehr als *Bootloader* für digitale Superintelligenzen, nach deren Instanziierung die Menschheit als evolutionäre Zwischenstufe aussterben soll.

15 So Musk im Podcast »The Joe Rogan Experience« am 28.2.2025.

16 Musk erhob es schon 2015 zur allentscheidenden Frage, ob wir eine funktionierende Kolonie auf dem Mars etabliert haben, bevor der 3. Weltkrieg oder andere Katastrophen die Erde zerstören.

17 Auch soziale Netzwerke überschneiden sich mit SF-Communities. Erster Berater von Bezos *Blue-Origin* war z.B. Neal Stephenson. Anfangs ein Cyberpunk-Autor, der sich dann auf technologie- und wirtschaftshistorische Sujets verlegte, um ab 2010 in die SF zurückzukehren. Dabei wendete er sich von kapitalismuskritischen Implikationen seiner Frühwerke ab und TESCREAL-Szenarien zu, die bei aller gehaltvollen literarischen Reflexion ihrer Dilemmata als einzige Perspektive des Überlebens und der Entwicklung der Menschheit gelten.



tuten an ihren »Wenn ich mal groß bin, möchte ich Gott werden«-Fantasien berauschen (vgl. Flessner 2006).

Sich in Trump2.0 einzukaufen, war die beste Gelegenheit, um politischen Einfluss zu gewinnen und staatliche Ämter mit Valley-Kreaturen zu besetzen. Diskrepanzen zur MAGA-Bewegung waren dabei stets bewusst und Trump wird kaum als idealer Präsident, sondern eher als nützlicher »Clown« geschätzt (vgl. Cubela 2025), von dessen Interregnum (neben der Umleitung enormer Staatsmittel in eigene Unternehmen) nur eine Zerrüttung bestehender staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen erwartet wird, die Bahnen für künftige, *echte* Regimewechsel bricht.¹⁸ Diverse Clashes demonstrieren seit 2025 jedoch, wie widersprüchlich und konfliktträchtig diese Allianz bleibt.

2. SPANNUNGSGELADENE ALLIANZEN UND VERTIEFTE WIDERSPRÜCHE GEGENLÄUFIGER NEOFASCHISMEN

Das Verhältnis transnationalistisch, transhumanistisch, eskapistisch und anarchokapitalistisch orientierter Tech-Eliten zum Mix aus christlichem Fundamentalismus, Nationalchauvinismus, Queerfeindlichkeit und Protektionismus mit dem die MAGA-Bewegung »normale Massen« adressiert, bleibt zutiefst widersprüchlich: Nationalismus vs. Globalismus; Schutzzölle vs. Freihandel; autoritäre Übernahme vs. Zerstörung des Staats etc. markieren Strukturantagonismen – die die turbulente Romanze der Charaktermasken Musk und Trump auch in Yellow-Press-Variante illustrierte.

Selbst im Feld des Pronatalismus liegt (trotz geteilter Ziele positiver Eugenik) die Frage nahe, warum ein Bündnis »nicht unmittelbar auseinanderfliegt«, das eine derart »wilde Mischung« vereint (Arnold 2025: 14) – z.B. transhumanistische Optimierungsvisionen und religiöse Dogmatik, die schon Embryoscreenings ablehnt. Zudem richten Wiedergänger des »untoten Faschismus« (vgl. Canfora 2025) üblicherweise sozial- und identitätspolitische Angebote an Bevölkerungsteile, die sie als (ethnisch, kulturell, rassistisch etc.) überlegene Eigengruppe aufwerten und gegen »Feinde« zu verteidigen versprechen – v.a. gegen »Fremde« und das »internationale Finanzkapital«. In dieser Logik markiert etwa der Mastermind des nationalpopulistischen MAGA-Flügels, S. Bannon (2025), die »Tech-Feudalisten« selbst als potenzielle Feindgruppe: Transnationale Kapital-Eliten, die Arbeitsmigration ins Land ziehen und »normale« Amerikaner*innen transhumanistischen Ideen opfern.

Ohneinander kämen die gegenläufigen Fraktionen aber nicht aus: Jenseits des geteilten »Willens zur Bereicherung« (vgl. Slobodian 2025a), unterlegen erst Investitions- und Anwendungsfelder der »Zukunftstechnologien« die Trump2.0-Ver-

schuldungsökonomie mit positiven Anlageerwartungen und liefern technologische Mittel autoritärer Staatlichkeit. Umgekehrt fehlt endzeitfaschistischen Tech-Visionen eine tragfähige Hegemoniebasis, die *politischer* Faschismus in der ursprünglichen Wortbedeutung oder i.S. Gramscis voraussetzt.¹⁹ Ideell verklammert sind die aufeinander angewiesenen antagonistischen Fraktionen durch geteilte Feindbilder (»Wokeness«, »linker« Sozial- und Verwaltungsstaat, Differenzkultur etc.) und autoritäre Orientierungen (»Durchsetzungsrecht des Stärkeren« und Präferenz für »klare« technisch-expertokratische »Lösungen« komplexer Probleme). Konträr bleiben viele außen-, wirtschafts- und innenpolitische Ziele und Interessen:

Der Kern der MAGA-Formel, die Restitution eines imaginären goldenen Zeitalters für autochthone Bevölkerungsteile, verbindet sich mit Interessen fossiler Kapitalfraktionen und traditioneller, männlicher Industriearbeiter in Reindustrialisierungsprojekten, die Subventionsumlagerungen (von »progressiven« in fossile Wirtschaftssektoren) und protektionistische Zollpolitik erfordern. Diesen (auch von der religiösen Rechten getragenen) Strategien widerstreiten dem Interesse der Tech-Giganten an technologischen Sprunginnovationen, am Fluss globaler Waren- und Arbeitskraftströme sowie an einer freien Kapitalwirtschaft, die staatliche Fesseln sprengt. Dem korrespondieren zahllose soziokulturelle Gegensatzspannungen: Rückeroberung in mythische Vergangenheiten vs. Vorstöße zur KI-gelenkten Zukunft; Migrationsstopp vs. Anwerbung qualifizierter »Fremdarbeitskräfte«; populistische Anrufung des »gesunden Menschenverstands« vs. Glaube an die kognitive Überlegenheit von IQ-Eliten; ethnische Homogenisierung des »Volks« vs. Diversifizierung transhumaner Rassen; Rückzug in rurale religiöse Gemeinschaften vs. Kolonialisierung des Alls usw.²⁰

Die Spannungen kristallisieren sich an zahllosen Grundsatzkonflikten, die unlösbar und nur in je eine Richtung entscheidbar sind. Forderten nationalpopulistische MAGA-Fraktionen etwa ein Exempel der Migrationsbeschränkung bei Aufenthaltsgenehmigungen für Fachkräfte (H-1B-Visa), erklärten Tech-Bros Visa-Erleichterungen als alternativlos. Die Begründung, US-Arbeiter*innen seien allenfalls Mittelmaß, während Tech-Unternehmen Fachkräfte bräuchten, eskalierte den Konflikt. Gegen die empörte MAGA-Basis behielt Trump die (von ihm zuvor kritisierten) Visa bei (vgl. Mayer 2025). Unvereinbar blieben auch die Positionen im Zollstreit. Tech-Oligarchen votierten für »eine Null-Zoll-Situation« im Transatlantikhandel und Musk postete auf X, Trumps Wirtschaftsberater Navarro zeige, dass Harvard-Dokortitel dem Verstand schaden (vgl. u.a. Leggewie 2025).

In diesem Fall setzten sich protektionistische Flügel durch, da Hochzölle – als symbolische Geste an die MAGA-Basis wie als zentrales Erpressungsmittel der um Deals zentrierten

18 Exemplarisch bezeichnete Yarvin die Chancen, dass Trump2.0 einen echten Regimewechsel in seinem Sinne bewirken könne, als »very unlikely«, lobte aber die disruptiven »Vibes«, die von Trump, Vance und ihrem Team ausgehen und zumindest in die richtige Richtung weisen (vgl. das Gespräch in Ward 2025).

19 Dank verbreiteter Mischungen von techno-optimistischen mit sozialökologisch fatalistischen Zukunftserwartungen haben endzeitfaschistische SF-Plots und Computerspiele durchaus einen Massenmarkt, während das High-End-Segment der Hard-SciFi ihre Implikationen literarisch gehoben reflektiert. *Politisch* sind Sofa-Communities von SciFi- und Gaming-Nerds aber das Gegenteil einer Bewegung und als Gaming- oder Romanplot aufregende Szenarien laden kaum zum Mitwirken in absehbar letalen Realexperimenten ein.

20 Vgl. zu diesen und weiteren Widersprüchen u.a. auch: Rodrik 2025; Pausch 2025; Mayer 2025.

Außenpolitik – für Trump2.0 unverzichtbar sind, auch wenn das Zollchaos die US-Wirtschaft mehrfach einbrechen ließ. Auch die Hochzeit der DOGE-Kettensägenmassaker führte (statt zu verheißenen Einsparungen) zu Konflikteskalationen im Tagesrhythmus. Das v.a. aus Musk-Praktikant*innen zusammengestoppelte DOGE-Team sah befreiende Zerstörung als Wert an sich und verwüstete Behörden ohne jede Kenntnis der Aufgaben, Strukturen und Arbeitsabläufe. Angestellte, die akute Vogelgrippeausbrüche bekämpften, wurden ebenso gefeuert wie Expert*innen für Atomsicherheit. Konservative Regierungsmitglieder, denen innere Sicherheit als Staatsaufgabe galt, drängten, das Chaos rückgängig zu machen. Kahlschläge im Veteranenministerium trafen auf breiten Protest von rechts, da sie die Grundversorgung von Armeeveteranen gefährdeten usw. Trump pendelte in diesem Spannungsfeld zwischen Anfeuern und Zurückpfeifen des Sturmtrupps. (vgl. Buchter 2025)

Spätestens Breitseiten im Duell »Broligarchs vs. Populism« (Bannon/Douthat 2025) zeigten nach oben offene Eskalationsspiralen. Trumps Ex-Chef-Strategie Bannon, der kein Amt mehr hat, aber eine prominente MAGA-Stimme bleibt, verwies (jenseits gekränkter persönlicher Eitelkeiten) auf unaufhebbare Ziel- und Interessenkonflikte in der Sachdimension: Als »hardcore populist« vertrete er einen nationalen Protektionismus, der garantieren soll, dass elementare Lebensbedürfnisse durch Löhne gedeckt sind, basale staatliche Absicherungen für arbeitende US-Massen erhalten bleiben und öffentliche Bildung die Qualifikation und den Statuserhalt inländischer Arbeitskräfte garantiert. Demgegenüber drohten egomaniische Interessen und irre Tech-Utopien »technofeudalistischer Globalisten«, die USA sozioökonomisch zu verwüsten. Diese Bande eingewanderter atheistischer Transhumanisten kümmern sich einen »verfickten Scheiß« um menschliche Wesen und werde, wenn sie nicht gestoppt wird, das Land, ja die Welt zerstören.

Dieser unversöhnliche Kampf »rechts gegen rechts« (Pausch 2025) ist nicht entscheidbar, ohne entweder die politische Legitimitäts- und Bewegungsbasis oder ökonomisch-technologische Grundlagen von Trump2.0 zu untergraben. J.D. Vance empfahl sich als »stolzes Mitglied beider Stämme«²¹ (zit. in ebd.) für künftige Synthesen. Selbst bei gelingender »Thronfolge« dürften rechtshegelianische Illusionen, gesellschaftliche Widersprüche im Monarchen aufzuheben, aber nur ihre eigene Parodie hervorbringen. Trumps Irrlichtern zwischen allen Polen und Fronten ist die realistischere Form des Widerspruchsmanagements. Bannon ist dabei machtpolitisch kaltgestellt und der um arbeits- und sozialrechtliche Gehalte entkernte Nationalpopulismus weitgehend auf Legitimitätsbeschaffung qua Identitätsrhetorik und Fremdenabwehr reduziert.

Die verbleibende Aufgabe ist die Bearbeitung der Binnenkonflikte machttechnisch und ökonomisch relevanter Fraktionen in der Administration und ihrem Beratungs- und Unterstüt-

zungsumfeld. Hier unterscheidet Slobodian (2025a) drei Strömungen: Ein Wall-Street-Silicon-Valley-Nexus präferiert den »schlanken«, aber funktionsfähigen Staat zwecks Profitmaximierung; ultrakonservative Think-Tanks den machtpolitisch agilen, aber gegen soziale Gerechtigkeitsansprüche gefesselten Staat; anarcho-kapitalistische Tech-Idealisten zielen auf den zerrütteten Staat, der die politische Gewalt an frei konkurrierende, dezentrale Privatanbieter abtritt.

Gegensätzliche Ziele müssen situativ wechselnd befördert oder blockiert werden, auch da Tech-Oligarchen selbst zwischen Wall-Street-Silicon-Valley-Nexus und Anarcho-Kapitalismus pendeln. Sicher ist nur, dass Trump-Wählende aus dem prekarierten Proletariat die Verlierer bleiben, da keine Seite Konzepte verfolgt, die ihre Situation verbessern könnten (vgl. Rodkin 2025). Für die konkurrierenden Fraktionen der politisch-ökonomischen Macht- und Kapitaleliten sind fortgesetzte Konflikte und Fehden entlang der skizzierten Widersprüche zwar unvermeidbar, bleiben aber tolerierbar, solange alle Seiten vom gemeinsamen Projekt eines autoritären bis totalitären Umbaus des Staats profitieren und die fortbestehenden Widersprüche diskursiv gemanagt werden können.

3. DIE POLITISCH-ÖKONOMISCHE TOLERIERBARKEIT DER WIDERSPRÜCHE UND IHR MANAGEMENT

Offene Widersprüche und spektakuläre Schaukämpfe anlässlich der Gastspiele von Tech-Bros auf Vorderbühnen des Politspektakels (unvergessen: Musk als Kettensägenmann) ließen das Publikum der Trump2.0-Show früh den »Coming Showdown in Trumpworld« (Rodrik 2025) erwarten, der jedoch ausbleibt. Auch Erwartungen, Tech-Giganten könnten in der Einsicht, ökonomisch aufs »falsche Pferd gesetzt« (Leggewie 2025) zu haben, auf Pfade liberal-demokratischer Normalität zurückfinden, erfüllen sich nicht. Zwar führten Negativeffekte der Allianz mit Trump auf das Image und die Aktienkurse oder des Lieferketten störenden Zollchaos im ersten Quartal 2025 zu Kursverlusten von über 6 Billionen Dollar bei den 7 Branchenführern (Heißler 2025) und Musks Privatvermögen schrumpfte um 121 Milliarden (Havertz 2025). Jedoch knüpfen Tech-Branchen an Niedrigsteuern, Deregulierung und engere Wirtschaftsverflechtungen mit dem Staat deutlich längerfristige Erwartungen, für die gestandene Venture-Kapitalisten temporäre Verluste routiniert einplanen.

Schon Trumps erste Amtshandlungen am 21.1.2025 setzen mit der Aufhebung der von Biden erlassenen Sicherheits- und Kontrollregularien für KI und der Ankündigung des *StarGate*-Projekts mit Investitionen von 500 Milliarden Dollar in die KI-Infrastruktur klare Signale. Staatsausgaben zum Ausbau des Militärs, staatlicher Überwachungs- und Gewaltapparate oder der Raumfahrt garantieren zahllose Milliardenaufträge. Erst Megaaufträge und -subventionen geben Spekulationen auf den seit 60 Jahren ausbleibenden Durchbruch zur hypo-

21 Das verweist auf die Kindheit im konservativen Proletariat (bzw. Prekariat) sowie die Konversion zum Katholizismus und auf Vance Erfolge im Tech- und Wagniskapitalmilieu.



thetischen AGI²² oder auf Weltraumbergbau eine Finanzbasis. Zugleich bieten sie Felder staatsschuldbasierter Wachstumsanreizung, deren Zukunftsaussichten ungewiss sind, aber allemal besser als die der fossilen Reindustrialisierung. Zudem führen enorme Potenziale von KI für den Ausbau technokratischer Willkür- und Gewaltherrschaft zu expandierenden Aufträgen und Entwicklungsinvestitionen, die einen »Goldrausch« (Lindner 2026) in der Branche auslösen, der etwa den Kurswert von *Palantir* verdoppelte.²³

Verflechtungen von Tech-Kapital und Staat haben sich im Austausch von Millionenpenden gegen Milliardenaufträge und von Herrschaftstechnologien gegen politischen Einfluss kontinuierlich vertieft und auch Musks Privatvermögen erreicht wieder absolutes Rekordniveau.²⁴ Dass Strukturantagonismen und eskalierende Ziel- und Personalkonflikte die Trump2.0 Allianzen nicht sprengen, ist insofern klassisch marxianisch aus der Rolle wissenschaftlich-technischer Produktivkräfte als Herrschafts- und Gewaltmittel erklärbar, dank derer sich eine dominante und zukunftssträchtige Kapitalfraktion über aller Interessendivergenzen hinweg immer enger mit der Wirtschaftspolitik und den Staatshaushalten verzahnt. Darin erfüllen sich frühe Prognosen einer »oppressive vision of the digital future«, in der potenzielle »technologies of freedom« in neue »machines of dominance« umschlagen (vgl. Barbrook/Cameron 1996). Historisch waren solche engen Kopplungen zwischen autoritär-instrumentellen Herrschaftstechniken und privatwirtschaftlichen Innovationen in der Entwicklung technologischer Herrschaftsinstrumente oft wechselseitig produktiv.

Ein Beispiel ist die Kopplung privatwirtschaftlicher IT-Innovationen mit staatlicher Technologienachfrage und -förderung im NS-Faschismus, der als Avantgarde der internationalen eugenischen Bewegung dank informationstechnologischer Durchbrüche eine höher skalierte eugenische Praxis verwirklichte. 1935 führte das zum D 11 Tabulator der IBM Tochterfirma DEHOMAG, der für den Zensus von 1939 weiter optimiert wurde. Der über Steckplatten programmierbare automatische sequenzgesteuerte Rechner gilt als »Milestone in the history of Data Processing« (Kistermann 2000: 221–235) und einer der weltweit ersten Computer.

Die zitierte Würdigung beschweigt den Entwicklungs- und Anwendungskontext: Die NS-Genozide. Erst diese IT-Basis

erlaubte u.a. die effektive Identifikation nicht konfessionell registrierter sog. »Erbjuden« und weiterer, in der Verarbeitung von Massendaten nach definierten Merkmalsclustern »abgesonderter« Bevölkerungsteile.²⁵ Für die »Endlösung« war diese Technologie ebenso essenziell wie *Zyklon B* und die Mehrkammer-Krematorien von Topf & Söhne. Die Entwicklung erfolgte in enger Kooperation mit der US-Mutterfirma IBM – deren CEO, Thomas J. Watson, mehrmals nach Berlin reiste und 1937 von Hitler den Adlerorden mit Stern erhielt. Insofern war der Holocaust das Ergebnis einer (Prinzipien des Transhumanismus, des Rationalismus, des Effektiven Altruismus und des Longtermismus verpflichteten) fruchtbaren transatlantischen »Public-Private-Partnership«, in der sich klar definierte Ziele mit der Förderung von Spitzenforschung und der Anwendung neuester Technologien verbanden.²⁶

Eugenik-Visionen heutiger Tech-Eliten sind in den sozio-politischen Konstellationen der USA von vergleichbaren Möglichkeiten zur praktischen Umsetzung negativer Eugenik vorerst noch weit entfernt. Die Logiken statistisch-informationstechnischer Kalküle, die von jeder Betrachtung Einzelner absehen, um Alle auf abstrakte Merkmalsprofile und Durchschnittsgesetze nackter Zahlen und Wahrscheinlichkeiten zu reduzieren, bleiben jedoch grundlegend für eine moderne »differenzierte und effiziente Methodik der Herrschaftsausübung« (Aly/Roth 1990: 16). Die NS-Herrschaft repräsentiert dabei nur die »normalen, in extremer Weise genutzten, aber durchaus nicht anrühigen Methoden des modernen Staats« (ebd.: 163; vgl. v. a. 7–17 & 160ff.).

In diesem Kontext sieht der Mathematiker und Philosoph R. Mühlhoff (2025) in den neuen Formen instrumenteller Herrschaft auf KI-Basis Konturen eines »neuen Faschismus« (vgl. ebd.: 133ff.). Die disruptive Politik des u.a. durch DOGE exekutierten »digitalen Staatstreicks« (vgl. ebd.: 7ff.) eröffnet (mittels Zerschlagung rechtstaatlicher Institutionen und bisheriger Verwaltungsorganisation) einerseits neue Felder für flächendeckenden KI-Einsatz und greift nebenher vormals gegen externe Zugriffe geschützte personenbezogene Daten für sachfremde Auswertungen ab.

Andererseits bereitet sie den Boden gänzlich anderer Organisationsformen mit weitreichenden Konsequenzen. In der »technologischen Transformation« von US-Behörden gibt die Parole »AI first« dem »neutralen Code« Vorrang vor Beamten

22 Die im KI-Hype um 1960 für 1980 prognostizierte AGI, die Menschen jenseits beschränkter Funktionen (z.B. Bild- und Textverarbeitung) im allgemeinen Denkvermögen ebenbürtig wäre, bleibt weiter hochspekulativ. Die Mehrzahl der KI-Forschenden bezweifelt, dass heutige KI zur AGI führt. Vgl. u.a.: Mühlhoff 2025: 52–66.

23 Exemplarisch ist avancierte KI grundlegend für expansive Einsätze der im Modus einer »faschistischen paramilitärischen Organisation« agierenden ICE (Stanley 2024: 25f.). Große Teile des 75 Milliarden Dollar ICE-Sonderbudgets, fließen in digitale Überwachungs- und Analysetools. Davon profitiert v.a. *Palantir* – u.a. als Lieferant des *Investigative Case Management* (ICM), eine für ICE angepasste Spezialversion des Datensortiersystems Gotham. Hinzu kommen hochdotierte Aufträge für die Entwicklung des alle Personendaten zusammenführenden Systems *Immigration OS*, das Erfassungen und Zugriffe noch effizienter machen soll. Die ebenfalls für *Palantir* entwickelte Elite-App zeigt mutmaßliche Wohnorte und (dank Auswertung von Bewegungsprofilen) die Anwesenheit potenzieller Opfer auf einer digitalen Karte. Ob vieler Verhaftungen und -abschiebungen ohne Rechtsgrundlage, anlassloser schwerer Körperverletzungen und Folterpraxen sowie der Ermordung mehrerer (mutmaßlich) illegaler Migrant*innen bzw. mit ihnen (mutmaßlich) solidarischer US-Bürger*innen durch die ICE fragen inzwischen langjährige *Palantir*-Mitarbeiter*innen, ob ihre Arbeit ethisch noch vertretbar sei. Vgl. Lindner 2026.

24 Musk knackte Mitte Dezember 2025 weltweit erstmals die 600-Milliarden-Dollar-Marke beim Privatvermögen, das nur eine Woche später auch die 700-Milliarden-Schwelle überschritt (vgl. dpa, Reuters, vha 2025).

25 Bereits die Auswertung des 1933er Zensus erfüllte das DEHOMAG-Werbeversprechen »Übersicht« und erhöhte die Zahl identifizierter »Erbjuden« von zuvor nur ca. 400.000–600.000 auf ca. 2 Millionen. Der NS-Staat wurde in der Folge zweitgrößter IBM-Kunde außerhalb des US-Markts. Optimierte Methoden der Datenerhebung und -verarbeitung führten dann in der Volkszählung von 1939 zu jener »fast perfekte Lückenlosigkeit«, die den »reibungslosen Ablauf der »Evakuierung« (Aly/Roth 1990: 33, vgl. 26–34; 67–104) erlaubte.

26 Vgl. ausführlicher Aly/Roth 1990; Blacke 2012 sowie Heim 2025: 12–15.

(Lichtblau 2025). Laut Mühlhoff (2025) markiert dies »keine Optimierung *innerhalb* [...] desselben Verwaltungssystems«, sondern den »Übergang zu einem antirechtsstaatlichen, probabilistischen Administrationsprinzip« (ebd.: 142, vgl. 36–51). Die Logik, Menschen auf Basis der Wahrscheinlichkeitskalküle selbstlernender Algorithmen »automatisiert zu sortieren und in Kategorien einzuteilen«, um sie entsprechend zu behandeln, verleiht der Technologie selbst (unabhängig vom politischen Systemkontext) »faschistoide Potentiale« (ebd.: 136):

KI begünstigt Verwaltungsabläufe, die Abwägungsspielräume, Aushandlungen zwischen verschiedenen Instanzen sowie die Begründungspflicht, Nachvollziehbarkeit und Anfechtbarkeit des Verwaltungsausgangs suspendieren: Anstelle aufwendiger und schlecht skalierbarer, dafür aber kontrollierbarer, anfechtbarer und revidierbarer sachbearbeiterischer *Fallentscheidungen* treten in Millisekunden prozessierte *Fallketten* (vgl. ebd.: 39ff.) auf Basis definierter Merkmalscluster und bedingter Wahrscheinlichkeiten. Nicht definierte Merkmale und seltene Kombinationen können nicht berücksichtigt werden und generative Prozesse selbstlernender Systeme sind nicht nachvollziehbar. Das Blackbox-Problem macht KI-basierte Entscheidungen (über die Vergabe von Krediten und Medikamenten, über Polizeiüberwachung, Behördenleistungen und -sanktionen etc.) unüberprüfbar, während juristische Grundlagen für ihre Anfechtung fehlen.

Ableitungen von Fallurteilen aus statistischen Verteilungen sind dabei stets *Stereotypisierungen* und Trainingsdaten, Kontrollmethoden und Lernziele für KI sind durch strukturelle Ungleichheiten und verfestigte Diskriminierungsmuster geprägt. Statt zu neutralen Urteilen führen algorithmische Biases zur automatisierten Vertiefung von Rassismus, Sexismus, Klassismus etc. Da Diskriminierungsbetroffene administrative Entscheidungen seltener und mit geringeren Erfolgschancen anfechten oder für Minderheiten Vergleichsdaten fehlen, bleiben auch negative Feedbacks und Korrekturimpulse aus (vgl. ebd.: 48ff.).

Für eine Politik, die an die Naturgegebenheit sozialer Ungleichwertigkeit, das Durchsetzungsrecht Stärkerer und die positive Kraft ökonomischer und biologischer Selektion glaubt, sind faschistoide Potentiale der Technologie keine zu korrigierenden Risiken, sondern Teil ihres Nutzwerts. Dass der KI-Einsatz bei DOGE oder zur Verfolgung von (*wahrscheinlich* illegalen) Migrant*innen durch die ICE massenhaft rechtswidrige und unsinnige Entscheidungen generiert, sind positive Nebeneffekte für Shock-and-Awe-Strategien.

Datensätze und Rechenleistungen heutiger Plattformunternehmen und Behörden bieten dabei alle NS-Träume überbietende Möglichkeiten, Gesundheitsdispositionen, Sexualverhalten, ethnische, politische, ökonomische usw. Merkmale der Bevölkerung wirklich bis in die letzten »Splitter und Partikel aufzulösen« (H. Himmler zit. in Aly/Roth 1990: 14f.). Es ist eine Frage des politischen Willens, ob und wie diverses Recht so gebrochen oder beseitigt wird, dass zusammengeführte Daten für neue Zweckbestimmungen nutzbar werden. Die Form,

in der DOGE sich Zugriff auf sensibelste Daten staatlicher IT-Systeme verschaffte (u.a. um Musk-Unternehmen Wettbewerbsvorteile zu verschaffen) oder in der für die ICE entwickelte Tools auch genutzt werden, um z.B. als regimekritisch wahrgenommene Individuen als potenzielle »inländische Terroristen« zu markieren (vgl. Lindner 2026), lässt wenig Gutes erwarten.

Im selben Maße, in dem staatliche und semistaatliche Überwachungs- und Gewaltapparate so eine ungekannte Kontrolltiefe für Vorfeldbekämpfungen potenziell nicht regimekonformen Verhaltens erlangen, eröffnen sich ökonomisch neue Profitmöglichkeiten inmitten einer anhaltenden Akkumulationskrise. Die diskursive (nie ökonomische) Distanz des Tech-Kapitals zum Staat ist daher endgültig Geschichte. Der langjährige Google-CEO Eric Schmidt wirbt für die Abkehr der Branche von der Logik des Wagniskapitals zugunsten von Entwicklungsperspektiven, die nur langfristige Staatsinvestments eröffnen.

Derweil propagiert der Mitgründer und CEO von *Palantir* die Vorbereitung neuer kalter und heißer Kriege, um Staat und Tech-Kapital in neuen »Manhattan-Projects« noch enger zusammenzuschweißen, und verspricht, militärische, polizeiliche und geheimdienstliche »Kill-Chains« und »Kill-Decisions« durch KI stetig schneller und effizienter zu machen. (Vgl. Karp/Zamiska 2025). Etliche Start-Ups drängen auf Zukunftsmärkte für autonome Waffensysteme und Killerroboter, während *Google* und *OpenAI* alle früheren Prinzipien aufgeben, um lukrative Verträge mit dem Pentagon, diversen Armeen und semistaatlichen Gewaltdienstleistern einzugehen (vgl. Blome 2025). Die Potentiale des ökonomisch-technologischen Erfolgskurses der Trump2.0-Allianzen sind dabei noch nicht annähernd ausgeschöpft und werden durch Widerstände der US-Bevölkerung und vermehrte geopolitische Konflikte weiter erhöht.

Obwohl die flachen Charaktere in »Trump2.0-World« selbst den plattesten Ökonomismus oft bestätigen,²⁷ reicht der dickste ökonomisch-technologische Kitt nicht aus, um die Widersprüche auch kommunikationsstrategisch und diskursiv zu prozessieren. Angesichts jüngster Triumphzüge der Faschismuswiedergänger richten sich linke Hoffnungen darauf, dass diese sich mediopolitisch »selbst zerlegen«: Wenn sie lange genug »ihre eigenen Widersprüche inhalieren« (Pausch 2025), könne das in jene Autoperforationsartistik führen, die Linke von sich selbst kennen. Dies übersieht jedoch Unterschiede zwischen den Formen linker Streitkultur und faschistischer Agitation:

Bei allen Borniertheiten und Dogmatismen, die auch Kombattant*innen in linken Diskursarenen stets ausagieren, drehen sich die Debatten oft um die logische Konsistenz von Aussagesystemen, die Überprüfbarkeit von Fakten und die Aussichten und Risiken von Strategien. Widersprüche der Analysen und Ziele treten hier klar hervor und fördern die oft karikierten Spaltungsorgien. Demgegenüber bündeln rechte Diskursstrategien disparate Themen und Positionen in plakativen

27 Als Trump etwa (als Geste an das Kabinett und die MAGA-Basis) dem weithin verhassten Musk im September 2025 drohte, Milliardenaufträge für *SpaceX* zu canceln, konterte dieser, die NASA sei auf ihn längst stärker angewiesen als umgekehrt. Es folgten neue wechselseitige Liebesbekundungen zwischen Trump und Musk.



Empörungsnarrativen, deren inhaltliche und logische Widersprüche irrelevant sind, da es nicht um Analyse oder Lösung von Problemen geht, sondern um deren *Nutzung*.

Löwenthal und Gutermann (1966) zeigten das an faschistischen Agitationsreden aus den USA der 1930er Jahre: Redundante Agitationsmuster verbinden Hinweise auf bekannte Missstände mit politisch-moralischen Klagen zu einem diffusen »Katalog der Beschwerden« (ebd.: 10). Vagheit und Elastizität der Problemschilderungen und Parteinahmen erlaubt es, disparate sozialstrukturelle Gruppen und gegensätzliche Interessenlagen gleichzeitig zu adressieren. Größere Konkretion erreichen nur die stereotypisierten Feindsetzungen, wobei vier Feindbildkomplexe unterscheidbar sind: »Rote« (radikale, naive, gewalttätige und verweichlichte Linke); »Plutokraten« (durch Negativattribute von Gier und Parasitentum charakterisierte, einflussreiche Kapitaleliten); der »korrupte Staat« und sein Personal sowie schmutzige, faule und als Konkurrenz agierende »Fremde« (vgl. ebd.: 32ff.). Heutige rechte Feindsetzungen folgen diesen Mustern unverändert. Gegenwärtige Trump2.0-Frakturen teilen die Feindbilder »korrupter Staat«, »Linke« und (mit kleinen Abstrichen) »Fremde«.²⁸ Dissens droht beim Feindbild »Plutokrat«, das auch TechBros treffen *könnte*. Selbst Bannons (2025) Wutrede nutzte aber keine dafür üblichen Negativattribute. Er würdigte die Kritisierten vielmehr als geniale Ingenieure und Investoren, die nur leider die politisch-soziale Kompetenz von 11-Jährigen hätten. Insofern ging es um den (erfolglosen) Versuch, einen direkten politischen Einfluss zurückzudrängen, ohne relevante »Leistungsträger« und Bündnispartner ganz auszuzugrenzen.

Jenseits konvergierender Feindbilder erlaubt es die Vagheit geteilter Mythen, einige Widersprüche zu überbrücken. Eine zentrale Klammer der Trump2.0-Allianzen bilden Bezüge auf US-Gründungsmythen. Barbrook und Cameron (1996) sahen den Frontiermythos des weißen Siedlerkolonialismus des 19. Jh. als politischen Fluchtpunkt der *Californian Ideologie*, die von der Entfaltung von individueller Freiheit, Unternehmertum und Erfindergeist in einer Art »High-Tech-Jeffersonianismus« träume. Das teilt vieles mit MAGA-Visionen: Welt-raumbergbau oder Konzessionen an anarcho-kapitalistische Wünsche nach von staatlichen Regularien freien Sonderzonen (»Freedom Cities«), fügten sich so unter dem Schlagwort »Reopen the Frontier« bruchlos in Trumps Antrittsrede vom 20.1.2025. Pläne, Grönland (als Rohstoffquelle und idealen Standort für kühlungsbedürftige Mega-Server-Farmen) zu annektieren, bedienen dasselbe ideologische Muster und zugleich konkrete Tech-Kapital-Interessen. So viel Verbindendes lässt manche Gegensätze übersehen.

Fortbestehende Widersprüche sind für faschistische Agitationen unproblematisch, da sie nicht auf ideologischer Kohärenz oder argumentativer Konsistenz gründet, sondern auf »vagen Anspielungen« und »un- oder halbexplizierten Inhalten« (Löwenthal 1989: 183). Ihr Rohstoff sind aus Krisenerfahrungen resultierende Gefühlskomplexe (Desillusionierung, Verwundbarkeiten, Ausschluss- und Ersetzbarkeitserfahrungen oder -ängste etc.), die sich in Ressentiments und Aggressionen verdichten, die die Agitation nicht auflösen, sondern in Feindbil-

dern bündeln soll, um sie in bestimmte Angriffsrichtungen zu lenken. Analysen und Lösungsstrategien sind hier nicht nur unnötig, sondern kontraproduktiv, da sie die Quellen des Faschismus austrocknen.

Ein kleinster gemeinsamer Nenner heterogener Faschismustheorien bleibt diesbezüglich, dass faschistische Dispositionen auf psychosoziale Effekte kapitalistischer Krisen reagieren. Die Agitation findet nur Widerhall, wo sie »auf eine drückende Wirklichkeit Bezug nimmt« und durch »entstellte Versionen echter sozialer Probleme« an »Wunden unserer Gesellschaft rührt«. Sie »aktiviert also die primitivsten und bedrängendsten Reaktionen [...] auf allgemeine Krisenentwicklungen« (ebd.: 180f.).

Absehbar wird das Trump2.0-Regime nicht nur langfristige ökologische, sondern auch akute sozioökonomische Krisen zuspitzen – gerade auch in der Konsequenz einer Wirtschaftspolitik im Interesse tech-kapitalistischer Partner. Da der einen national-sozialen Ausgleich befürwortende MAGA-Flügel realpolitisch einflusslos ist, sind gerade Trump-Wählende aus dem wachsenden Prekariat die Leittragenden der Trump2.0-Politik, die so den Rohstoff adressierbarer Aggressionen und Ressentiments reichlich selbst produziert. Bannons (2025) Kritik, dass der Einfluss der Tech-Oligarchen in der Trump2.0-Regierung zum Verrat an der MAGA-Basis und nationalpopulistischen Grundprinzipien führe, ist hier durchaus zutreffend, ändert aber nichts daran, dass Interessen unmittelbarer Bündnispartner schwerer wiegen als die sozio-ökonomisch fernstehender und einflussloser Bevölkerungsteile. Managen lässt sich der Widerspruch nur, indem Ressentiments des »Wahlvolks« durch verstärkte Feindpropaganda auf Außengruppen gelenkt werden. Als psychosozialer Ausgleich für die Verschlechterung von Lebenslagen bleibt nur die Option eines stets noch härteren Vorgehens gegen zu Fremd- und Feingruppen erklärte Bevölkerungsteile.

4. GRENZEN DER VEREINBARKEIT ESKALIERENDER WIDERSPRÜCHE

Ob angesichts fortschreitend verschlechterter Lebensbedingungen die skizzierte Umlenkung der durch Trump2.0 verstärkten Aggressionen auf Fremdgruppen genügt, werden kommende Wahlen zeigen (wenn sie denn stattfinden und halbwegs fair verlaufen). Sollten die Demokraten eine Chance erhalten, 4 Jahre ihre Variante der Krisenverwaltung zu praktizieren, wird auch das den Grundwiderspruch nicht aufheben, der multiple Kriseneskalationen antreibt und faschistische Krisenreaktionen befördert: Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist schlicht zu reich und zu produktiv geworden, um den Selbstzweck der Verwertung von Arbeitskraft und Ressourcen für die endlose Kapitalakkumulation ohne wachsende Destruktiveffekte zu prozessieren. Produktivitätsschübe beschleunigen nur mehr die Produktion überflüssiger, zu vernichtender Waren neben einer als Arbeitskraft ökonomisch überflüssigen Menschheit. Gerade KI wird daraus resultierende Probleme nicht lösen, sondern die

²⁸ Im H-1B-Visa-Streit, schlug Musk schließlich versöhnend vor, gemeinsam die 95% »nutzloser Fremder« aus dem Land zu schaffen, statt sich um die 5% verwertbarer Arbeitskräfte zu streiten.

Überflüssigmachung auch höchstqualifizierter Arbeitskräfte beschleunigen.

Immer höherstufige Staatsverschuldungsexzesse, die Akkumulationskrisen seit den 1970er Jahren durch immer neue Investitions- und Wachstumspakete auszugleichen suchen, haben ökologische Katastrophendynamiken ebenso verschärft wie die mit den Staatschuldenkrisen verwobenen sozialen Krisen. Kapitalistische Wettbewerbsstaaten und Bevölkerungsgruppen konkurrieren daher längst nicht mehr um eine bessere Zukunft, sondern um die Abwälzung akuter Krisenlasten. Die Blüte von Endzeitfaschismen hat hier ihre zynische Binnenrationalität: Das Töten oder massenhafte Sterbenlassen abgewerteter ›Anderer‹, um als ›höherwertig‹ imaginierte Eigengruppen gegen Katastrophen abzuschirmen, ist die letzte Aufgabe der Staaten und Staatenverbünde, wo die Rückkehr zur ›Normalität‹ einer ›goldenen Ära‹ des Industriekapitalismus unmöglich ist. Die EU-Wertegemeinschaft, die den Export ökonomischer und ökologischer Krisen in andere Weltregionen systematisiert und mit dem Ausbau tödlicher Außengrenzen dafür sorgt, dass davor Flüchtende möglichst weit vor der Tür des ›europäischen Hauses‹ verrecken, agiert hier nicht anders als Trump2.0.

Faschistische Gewaltanbieter sind das ›politische Subjekt‹, das den Globaltrend zu ›Mehr Barbarei wagen‹ besonders konsequent zu exekutieren verspricht. Tech-Projekte, die die überflüssige Menschheit und den Planeten zu opfern bereit sind, wenn das dem Aufbruch einer Elite zur Zerstörung neuer Welten dient, stellen sich offen den Konsequenzen des ›Endkampfes Aller gegen Alle‹. Letztlich sind das zur Kenntlichkeit entstellte Varianten der normalistischen Politik der ›Mitte‹, die die politisch-ökonomischen Parameter, die den globalen Katastrophendynamiken zugrunde liegen, um jeden Preis zu erhalten sucht. Auch weitere Interregien normalpolitischer Varianten solutionistischer Technokratie verschärfen dabei jene Krisen, die faschistischen Agitationsmaschinen die Betriebsmittel und den Treibstoff liefern, um auch Widersprüche abstrusester Allianzen zu prozessieren, zumal normalpolitische Alternativen sich als kaum weniger bizarr herausstellen.

Eine Grenze der Vereinbarkeit widersprüchlicher Allianzen läge hier erst in der Zerstörung der Grundlagen menschlicher Existenz. Für diesen Fall ist dem Universum und möglichen anderen Ökosphären zu wünschen, dass daran auch die Flucht von Tech-Eliten zu neuen Welten scheitert. Alternativen, die offen bleiben, solange irdische Ökosysteme noch nicht irreversibel destabilisiert sind, lägen in der Überwindung der destruktiven Logik der Kapitalverwertung durch andere globale Organisationsformen zur bedürfnisorientierten Verteilung des stofflichen Überflusses.

Das erfordert keine technologischen Quantensprünge. Materielle und soziale Bedürfnisse aller lebenden Menschen wären auf dem erreichten Niveau technologisch-organisatorischer Produktivkräfte durch Bruchteile heutiger Überflussesproduktion zu befriedigen – nur nicht in der Vermittlung über die Geld- und Kapitalform (vgl. Drobot/Heim 2019). Jenseits destruktiver Verwertungslogiken wären große Teile der für nachhaltiger Bedürfniserfüllung überflüssigen und ineffizienten Güterproduktion einstellbar. Das bremst ökologische Zerstörungen und befreit zugleich menschliche Lebenszeit für sinn-

volle Tätigkeiten jenseits der bornierten Logik von Kapitalverwertung und Lohnarbeit: Nach den Zerstörungssorgen der letzten Dekaden gäbe es genügend aufzuräumen. Und die Zeit zugleich zu nutzen, um bessere Formen des Zusammenlebens zu erfinden oder sich in allen Konflikten auch emphatisch am Miteinander zu freuen, ist allemal sinnvoller, als weitere Technologien zur Interessendurchsetzung gegeneinander zu entwickeln. Statt auf die erlösende technologische Singularität zu hoffen, ginge es also um die kollektive Gestaltung einer sozialen Singularität.

LITERATUR:

- G. Aly / K.-H. Roth 1990: Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern. Frankfurt a. M.
- M. Andreessen 2023: The techno-optimist manifesto. <https://a16z.com/the-technooptimist-manifesto/>
- G. Arnold 2025: Big Tech goes MAGA. Allgemeine KI als reaktionäre Utopie. DISS Journal Nr. 49, 11-17.
- S. Bannon/R. Douhat 2025: »Broligarchs vs. Populism«. In: New York Times 31.1.2025.
- R. Barbrook/A. Cameron 1996. The Californian ideology. *Science as Culture*, 6(1), 44–72.
- C. Bennet 2020: Elon Musk: Biography of a Genius Entrepreneur. Independently published.
- E. Black 2012: IBM and the Holocaust. Dialog Press.
- E. Black 2012: IBM and the Holocaust. Dialog Press.
- T. Blome 2024: Silicon Machiavelli. In: ZEIT-Online 4.11.2024.
- T. Blome 2025: Wie das Silicon Valley lernte, die Bombe zu lieben. In: ZEIT-Online 21.3.2025.
- N. Bostrom 2003: Astronomische Verschwendung: Die Opportunitätskosten verzögerten technologischen Fortschritts [Ursprünglich in: *Utilitas*, Vol. 15, No. 3 (2003): pp. 308–314] PDF der deutschen Übersetzung unter: www.nickbostrom.com..
- H. Buchter 2025: Ein Kahlschlag, der Widerstand auslöst. In: ZEIT-Online 27.2.2025.
- L. Canfora: Der untote Faschismus. Mussolini und der fruchtbare Schoß der »freien Welt«. Köln 2025.
- S. Cubela 2025: Die Nerds und der Clown. In: *Analyse&Kritik* Nr. 712.
- M. Drobot/T. Heim 2019: Scarcity Inc. Die Knappheitsparadoxie als ein Hintergrundproblem pluraler Ökonomie. In: D. Petersen et al. (Hg.): *Perspektiven einer pluralen Ökonomik*. Wiesbaden, 69–106.
- U. Eco 1995: Der ewige Faschismus. München.
- B. Flessner 2006: Wenn ich mal groß bin, möchte ich Gott werden. Transhumanisten und Extropianer auf ihrem Weg zu Allmacht und Unsterblichkeit. In: *Kursbuch* 164 (2/2006).
- T. Gebru/ É.P. Torres 2024: The TESCREAL bundle: Eugenics and the promise of utopia through artificial general intelligence. *First Monday* 29 (4).
- B. Goertzel 2010: A cosmist manifesto: Practical philosophy for the posthuman age. Lexington/Kent.
- D. Golumbia 2024: Cyberlibertarianism: The Right-Wing Politics of Digital Technology. Minneapolis.



- R. Havertz 2025: Diese bizarre Bromance. In: ZEIT-Online 13.3.2025.
- T. Heim 2025: Die fragile (B)Romanze zwischen transnationalistisch-transhumanistischen Tech-Oligarchen und protektionistischen Nationalchauvinisten. In: kulturRRRevolution Nr. 89, 7-18.
- J. Heißler 2025: All das Schmeicheln hat nichts genutzt. In: ZEIT-Online 8.4.2025.
- L. Hermsmeier 2025: Ein amerikanisches Produkt. Ist Trump ein Faschist? In: Analyse&Kritik Nr. 713.
- A. Karp/N. Zamiska 2024: The Technological Republic: Hard Power, Soft Beliefs and the Future of the West.
- F. W. Kistermann 2000: The DEHOMAG D 11 Tabulator. A Milestone in the History of Data Processing. In: R. Rojas/U. Hashagen: The First Computers: History and Architectures. Cambridge/London, 221–235.
- N. Klein/A. Taylor: Die Politik mit dem Untergang – und wie wir sie noch stoppen können. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 6/2025.
- A. Kofman 2025: Der neue Reaktionär. Curtis Yarvin und die Versuchung der smarten Tyrannei. In: Essay & Diskurs. DLF 28.9.2025: <https://www.deutschlandfunk.de/curtis-yarvin-demokratie-jd-vance-peter-thiel-trump-usa-100.html>
- R. Kurzweil 2005 The singularity is near: When humans transcend biology. New York.
- N. Land 2012: Dark Enlightenment. In: thedarkenlightmend.com
- Q. Lichtblau 2025: Der elektronische Staatsstreich und seine Wurzeln. In: ZEIT-Online 11.3.2025.
- R. Lindner 2026: »Weil wir eine hübsche kleine Datenbank haben – und sie gelten jetzt als Terroristin.« In: FAZ 31.1.2026.
- J. Link 2013: Normale Krisen? Normalismus und die Krise der Gegenwart. Konstanz.
- L. Löwenthal, 1989: Falsche Propheten. Studien zur faschistischen Agitation. In: Untergang der Dämonologien. Studien über Judentum, Antisemitismus und faschistischen Geist. Leipzig, 144–217.
- L. Löwenthal/N. Gutermann 1966: Agitation und Ohnmacht. Neuwied/Berlin.
- R. Marcus 2025: Big Tech's power surge. In: Washington Post 20.1.2025.
- M. Mayer 2025: »Da muss man richtig um die Ecke denken«. In: Analyse&Kritik Nr. 714.
- M. More 2003: Principles of Extropy / Version 3.1. Extropy Institute.
- R. Pausch 2025: Rechts gegen rechts. In: ZEIT Nr. 15/2025.
- D. Rushkoff 2025: Survival of the Richest. Berlin.
- D. Rodrik 2025: The Coming Showdown in Trumpworld. In: The Independent 7.3.2025.
- Q. Slobodian 2025a: MAGA-Loyalität speist sich aus einem Willen zur Bereicherung. In: ZEIT-Online 17.4.2025.
- Q. Slobodian 2025b: Speed Up the Breakdown. In: The New York Review 15.2.2025.
- J. Stanley 2024: Wie Faschismus funktioniert. Neu-Isenburg.
- I. Ward 2025: Curtis Yarvin's Ideas Were Fringe. Now They're Coursing Through Trump's Washington. In: Politico. 30.1.2025.
- C. Yarvin [alias Mencius Moldbug] 2008: A Political System for the 21st Century. PDF unter: <https://dokumen.pub/patchwork-a-political-system-for-the-21st-century.html>
- C. Yarvin [alias Mencius Moldbug] 2011: Carlyle and Froude on monarchy and religion. Online: <https://www.unqualified-reservations.org/2011/05/carlyle-and-froude-on-monarchy-and/>

Im Kampf mit Babylon

FOLGENREICHE ERZÄHLMOTIVE AUS WEIßER FRAUENBEWEGUNG UND CHRISTLICHER FÜRSORGE

Von Zoe Luginsland und Ruby Rebelde

Für die Dominanz der politischen Rechten in der Gegenwart ist eine Offenheit für scheinbar unwahrscheinliche Koalitionen von herausragender Bedeutung. Ein wichtiges Element dafür ist die Nutzung von Mythen als vereinigender Bezugspunkt. W.T. Steads ‚The Maiden Tribute to Modern Babylon‘ aus dem Jahr 1885 und die begleitende ‚Purity Campaign‘ sind ein frühes Beispiel, wie ein scheinbar unwahrscheinliches Bündnis aus weißer Frauenbewegung und einer christlichen Fürsorge- und Wohlfahrtslandschaft Wirkmacht erlangen konnte. Ähnliche Kampagnen lassen sich bis heute beobachten und spielen eine bedeutende Rolle in der Etablierung einer Mosaik-Rechten. Der Film ‚Blinder Fleck‘ bietet dafür ein anschauliches Beispiel aus der Gegenwart. In beiden Dokumenten finden sich Motive wie Rettung, geflüchtete Errettete und ein Panorama aus Sünde und Läuterung.

EINLEITUNG: DIE NEUEN RECHTEN CHRIST*INNEN

Die politische Landschaft der Gegenwart prägt eine dominante Rechte, der es gelungen ist, in neue gesellschaftliche Mili-eus vorzudringen. Von zunehmender Bedeutung sind dabei Gruppen, die sich stark mit dem Christentum identifizieren, aber Distanz zu Amtskirchen aufweisen, denen ein zu großes Maß an Liberalität nachgesagt wird. Das Wahlprogramm der AfD Sachsen spricht dementsprechend gar von einer kulturellen Wende:

Das Christentum ist nicht nur ein wesentlicher Teil unserer Europäischen Kultur, es bietet auch Halt im Glauben und jenseitige Orientierung. Wer sich zum Christentum und der christlichen Ethik bekennt, handelt nachhaltiger und leistet einen wertvollen Beitrag zu unserem Gemeinwesen. Dass wir die Privilegien der Kirchensteuerkirchen abschaffen wol-

len, bedeutet nicht, dass wir den christlichen Glauben ablehnen – im Gegenteil. Gerade weil wir um die Bedeutung des Christentums wissen, greifen wir die Kirchensteuerkirchen an, denn die großen Kirchen schaden dem Glauben. Sie verlieren nicht ohne Grund immer mehr Mitglieder, während sich in vielen kleinen Kirchen und Glaubensgemeinschaften eine wahre Renaissance des Christentums abspielt. Wir werden Instrumente entwickeln, um diese kleinen Kirchen zu fördern. In Freikirchen, Baptistengemeinden und orthodoxen Kirchen wird ein authentischer und vitaler Glaube praktiziert, der die kulturelle Wende, die wir anstreben, vielfältig unterstützt.¹

Diese Christliche Rechte lässt sich im Paradigma der Mosaik-Rechten begreifen.² Religion wird darin zum Vorfeld rechter Politik. Eine dieser Vorfeld-Funktionen ist die Mobilisierung von Menschen durch medial inszenierte Kulturkämpfe, die mit Glaubensinhalten verschwimmen können. Sie dienen einer Konstruktion von Identität durch Emotionalisierung und durch eine dämonisierende Abgrenzung von nicht-christlichen, unmoralischen oder vermeintlich *kulturfremden* Gruppen, die als Feind markiert werden. Sie können auf die Durchsetzung spezifischer Ziele ausgerichtet werden und üben durch effektive Kampagnenarbeit Anziehungskraft auf Menschen aus, die sich gesellschaftliche Veränderungen erhoffen. Kulturkämpfe öffnen oft auch Türen für Bündnisse zwischen säkularen Gruppen und ultra-konservativen oder rechtsextremen Akteur*innen.

In den USA wurde die Entwicklung einer solchen kulturkämpferisch orientierten Christlichen Rechten angesichts der Entwicklungen innerhalb der Republikanischen Partei, aber auch aufgrund der bedeutenderen gesellschaftlichen Rolle

¹ AfD Sachsen-Anhalt (2026): *Entwurf eines Regierungsprogramms vom 23.01.2026*, Magdeburg, S. 54.

² Vgl. für eine nähere Erläuterung dieses Begriffs etwa: Helmut Kellershohn (2022): *Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten*, in: *DISS-Journal* 44, S. 11–14.



charismatischer Freikirchen intensiv dokumentiert und gilt als ein bedeutender Faktor für den Aufstieg und die Wiederwahl Donald Trumps.³ Brad Christerson und Richard Flory analysierten diese Entwicklung 2017, ein Jahr nach dem ersten Wahlsieg Trumps, in ihrem Buch *The Rise of Network Christianity*.⁴

Dort beschreiben sie zum einen das Wirken zentraler Figuren der neo-charismatischen Szene, wie C. Peter Wagner, bekannt für den Begriff der *New Apostolic Reformation* (NAR), oder Bill Johnson, Leiter der Bethel-Church und bekannt für das sogenannte *7 Mountain Mandate* (7MM). Beide Begriffe beschreiben die politisch-theologische Zielsetzung eines christlichen *Dominionismus*, also der Durchsetzung von christlicher Hegemonie in der Gesellschaft mittels der Überwindung der Trennung von Staat und Religion und des Zusammenwirkens verschiedener christlicher Strömungen.

Das Buch analysiert außerdem zentrale neo-charismatische Mega-Churches und ihre Organisationsstruktur und prägt dafür den Begriff *Independent Network Christianity* (INC). Dieser Begriff hebt insbesondere den dezentralen und offenen Charakter dieser Organisationsstrukturen hervor und ermöglicht so eine Abgrenzung von Konzepten wie *Sekte* oder *konfliktträchtige Gruppe*, denen in einigen älteren Modellen von religiösem Radikalismus eine wichtige Rolle zukam. Der Begriff der INC hat grundsätzlich einige Überschneidungen mit dem der *konfliktträchtigen Gruppe*. In beiden Fällen handelt es sich um religiöse Strömungen, die durch charismatische Führung, absolute Wahrheits- und Erlösungsansprüche und hohe Erwartungen an das Engagement von Mitgliedern, sei es durch Arbeit oder finanzielle Unterstützung, geprägt sind. Während im Falle *konfliktträchtiger Gruppen* allerdings eine scharfe Differenz von innen und außen relevant ist, die etwa auch mit der sozialen Isolation von Mitgliedern einher gehen kann und eine lokale Bindung impliziert, sind INC-Strukturen offener gestaltet. Die klare Abgrenzung einer Gruppe oder Gemeinschaft ist in der Regel nicht möglich. Identifikation findet auf einer abstrakteren Ebene statt. Identitätsstiftende Kulturkämpfe können dabei eine entscheidende Rolle spielen.

Entsprechende Entwicklungen sind nicht auf die USA begrenzt. In einem zunehmenden Maße formiert sich auch in Europa eine Christliche Rechte.⁵ In ihrer 2024 erschienenen Dissertation *Visionen eines neuen Christentums* schließt Maria Hinsenkamp an die Analyse von Christerson und Flory an und arbeitet heraus, dass sich in Deutschland ein vergleichbares neo-charismatisches Netzwerk entwickelt hat.⁶

Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit von Dokumentation, Monitoring und Recherche, um der Vereinnahmung etwa zivilgesellschaftlicher Strukturen oder des Sozialstaats ent-

gegenwirken zu können. Entsprechende Projekte zu Rechtsextremismus untersuchen das weitverzweigte und heterogene Feld der Christlichen Rechten bislang nicht hinreichend. Mit der 2024 gegründete Rechercheplattform *FundiWatch* versuchen wir diese Lücke zu schließen. Forschung, Recherche und Ausstiegsprogramme, die Rechtsextremismus adressieren, tendieren mithin zur Fokussierung auf ein stark männlich geprägtes Bild der Rechten.⁷ *FundiWatch* bemüht sich um die Sichtbarmachung weiblicher Formen im rechtsextremen, hochreligiösen und ultra-konservativem Spektrum. In diesem Artikel fokussieren wir uns auf die Rolle von kursierenden Mythen und Erzählungen für die Christliche Rechte und wie diese durch Storytelling erschaffen und strategisch genutzt werden.

KINGDOM-MINDED-NETWORK-CHRISTIANITY, FUNDAMENTALISMUS ODER CHRISTLICHE RECHTE?

In der Analyse gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen stellt sich die Frage nach einer angemessenen Sprache zu ihrer Beschreibung immer wieder neu. Begriffe wie NAR oder 7MM haben den Vor- und Nachteil von Selbstbezeichnungen. Während das Aufgreifen von Selbstbezeichnungen der Erzeugung von Feindbildern oder der Etablierung von Schimpfwörtern in der Beschreibung gesellschaftlicher Gruppen entgegenwirken kann, reproduziert es auch die Perspektiven dieser Gruppen und kann dadurch verklärend wirken oder mit einer mangelnden kritischen Distanz verbunden sein. Durch einen für die Mehrheitsgesellschaft nicht automatisch bekannten Bezugsrahmen sind sie für Außenstehende oder Laien oft eher unzugänglich.

Der Begriff Fundamentalismus hat die gegenteilige Wirkung. Auch er war zunächst als Selbstbezeichnung in Verwendung, um so eine biblizistische Gegenposition zur historisch-kritischen Theologie⁸ zu bezeichnen; später wurde er aber zur Chiffre für ein naives und unaufgeklärtes Religionsverständnis. In diesem Sinne wurde und wird er besonders auf den Islam übertragen und reproduziert so zum Teil auch rassistische Narrative.⁹ Christoph Urban zufolge lässt sich der Begriff trotz dieser Problematik als Abgrenzungsbegriff in religionspolitischen Debatten nutzen, um eine ethische Grenzüberschreitung innerhalb religiöser Vorstellungswelten zu markieren.¹⁰ Die Auflösung der Grenzen von Religion und Staat können dafür ein Indikator sein, ebenso ein absoluter Wahrheitsbegriff, der sich etwa als Biblizismus oder als Traditionalismus ausgestalten kann. Durch seine breite gesellschaftliche Verwendung scheint der Begriff leicht zugänglich, birgt aber auch Potential für Missverständnisse.

3 Vgl. etwa: André Gagné (2023): *American Evangelicals for Trump*, London: Routledge.

4 Brad Christerson und Richard Flory (2017): *The Rise of Network Christianity*, Oxford: Oxford University Press.

5 Vgl. Gionathan Lo Mascolo (2023): *The Christian Right in Europe*, Bielefeld: transcript, Neil Datta (2025): *The next wave*, Brüssel: EPF.

6 Maria Hinsenkamp (2024): *Visionen eines neuen Christentums*, Bielefeld: transcript.

7 Vgl. etwa: Sarah Vespermann (2016): „Unsichtbare“ Frauen, Aachen: RWTH Aachen, abgerufen unter: <https://publications.rwth-aachen.de/record/672947>, zuletzt am 19.01.2026.

8 Reuben Archer Torrey (1909): *The Fundamentals: A Testimony of Truth*, Delaware: Delmarva Publications.

9 Vgl. etwa: Martin Riesebrodt (1993): *Islamischer Fundamentalismus aus soziologischer Sicht*, in: APuZ (33), abgerufen unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/536605/islamischer-fundamentalismus-aus-soziologischer-sicht/#footnote-target-1>, zuletzt am 19.01.2026.

10 Christoph Urban (2019): *Fundamentalismus*, Wiesbaden: Springer.

Maria Hinsenkamp schlägt für die Beschreibung derjenigen Strömungen, die sich selbst vor allem mit NAR oder 7MM bezeichnen oder diesen strukturell ähneln, den Begriff der Kingdom-Minded-Network-Christianity (KiNC) vor und entwickelt damit Christersons und Florys Konzept der INC weiter. Der Begriff KiNC unterstreicht die politisch-theologische Vision eines Königreich Gottes. Der Aufbau dieses *Reichs* fungiert in KiNC-Spiritualitäten als identitätsstiftender Bezugspunkt und kann sich auf verschiedenen Ebenen (kulturell, ökonomisch, sittlich etc.) abspielen. Durch eine militaristische Metaphorik und die Dämonisierung von Feinden des *Königreichs* kommt dieser Vision auch eine kulturkämpferische Dimension zu.

Auf der anderen Seite beschreibt er, wie der Begriff INC die Organisationsstruktur dieser Form von Religiosität als offenes Netzwerk und verbindet die ideengeschichtliche Analyse mit einer Medien- und Bewegungsanalyse. Abzugrenzen ist die Verwendung des Netzwerk-Begriffs hier von Konzepten eines geschlossenen Netzwerks, wie sie teils in der Kriminologie (*Täternetzwerk*),¹¹ aber auch in Verschwörungserzählungen anzutreffen ist. Wir halten den KiNC-Begriff für äußerst relevant in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema, sehen ihn aber für die Bereiche der Wissenschaftskommunikation und Recherche-Arbeit oft als zu sperrig und voraussetzungsan.

Gionathan Lo Mascolo nutzt in seiner Beschreibung der genannten Entwicklungen den Begriff der Christlichen Rechten. Die Christliche Rechte ist ein Lager innerhalb der politischen Rechten, das Nationalismus, Antifeminismus, White-Supremacy und Antisemitismus mit einem fundamentalistisch anmutenden Bezug auf das Christentum, die Bibel und christliche Traditionen und Kultur verbindet. Religion nimmt dabei eine vergleichbar identitätsstiftende Rolle ein, wie innerhalb der Völkischen Rechten die *Rassenideologie*. Der Begriff der Christlichen Rechten hebt besonders das Zusammenspiel von radikaler Politik und Religiosität hervor. In der Beschreibung von Kulturkämpfen ist dieser Begriff daher nützlich. Wo Kulturkämpfe christliche oder rechtsradikale Milieus überschreiten, entstehen für seine Verwendung jedoch einige Herausforderungen. Wir werden im Weiteren ein Beispiel einer solchen Überschreitung in einem Kulturkampf untersuchen, der zwischen der Christlichen Rechten und der weißen Frauenbewegung zu verorten ist. Für die Beschreibung von radikaleren Formen der Religiosität, die aber nicht unmittelbar politisch auftreten, ist der Begriff unpassend.

Den Begriff Kulturkampf nutzen wir einerseits in Übersetzung des Englischen *Culture War* zur Beschreibung medialer und gesellschaftlicher Mobilisationen, denen ein konflikthafter Charakter zukommt und die mit Dämonisierungen verbunden sind. Zugleich nutzen wir den Begriff aber auch in Anlehnung an den Kulturkampf im 19. Jahrhundert. Dort beschreibt er den Konflikt zwischen der preußisch-protestantischen Hegemonie im Zweiten Kaiserreich und dem katholischen Ultramontanismus und Zentrismus. Die Verblendung

beider Begriffe erlaubt eine vergleichende Perspektive und ermöglicht das Hervorheben von Kontinuitäten, die bei einem einfachen Begriffs-Import leicht verlorengehen können. Kulturkämpfe sind nicht neu.

DIE ROLLE VON MYTHEN IM KULTURKAMPF

Der Christlichen Rechten gelingt es immer wieder, Bündnisse und Koalitionen mit säkularen Bewegungen einzugehen und diese an sich zu binden. Wir argumentieren, dass der Begriff auch in diesen Fällen sinnvoll angewendet werden kann, insofern das Christentum einen Korpus aus Mythen und Bildern bereitstellt, auf die auch säkulare Akteure zugreifen. Als Mythen verstehen wir dabei kulturell überlieferte Bündel von Assoziationen, die sich durch Storytelling reproduzieren: Indem eine Erzählung eine bekannte Landschaft von Assoziationen neu interpretiert, ohne sie bis zur Unkenntlichkeit zu verändern, ist sie durch einen Mythos geformt. Mythen prägen als Erzählform politische und gesellschaftliche Bewegungen und sind auch im Journalismus oder in den Sozial-Medien von Bedeutung. Unabhängig von einem religiösen Bekenntnis können sie säkulare Kräfte mit religiösen verbinden. Anhand der folgenden Beispiele werden wir untersuchen, wie solche Mythen das scheinbar unwahrscheinliche Bündnis aus Christlicher Rechten und Teilen der Frauenbewegung begünstigt. Um konservative, rechtsoffene Strömungen der Frauenbewegung begrifflich vom Feminismus abzugrenzen, nutzen wir den Begriff Frauen-RECHTS-Bewegung.¹²

Das Buch von Lance Wallnau und Bill Johnson, welches die Idee des 7MM popularisierte, trägt den Untertitel *Invading Babylon*. Dieses Konzept verweist auf einen Mythos. In der Johannesoffenbarung fungiert *Babylon* in Form der *Hure Babylon* als Chiffre für das – in der Immersion des Textes – dem Untergang geweihte Römische Reich, das zugleich ein Platzhalter für alle weltlichen Reiche und die Feinde des Christentums ist. In Offenbarung 17,5 wird beschrieben, wie die *Hure Babylon* auf sieben Bergen sitzt,¹³ was in der Interpretation von Wallnau und Johnson für die Kontrolle über sieben Teilbereiche der Gesellschaft steht.

Was *Babylon* selbst allerdings sein soll, lässt das Buch zunächst lange offen und thematisiert es nur als dasjenige, was Ziel der *Invasion* sein soll. *Babylon* fungiert damit als Chiffre bzw. als leerer Signifikant. Erst auf Seite 147 wird *Babylon* näher beschrieben:

EXTREME PROPHETIC TELEVISION

I felt the Holy Spirit say, "Take this up as a prophetic mandate." He then gave me the strategy: Produce a program called Extreme Prophetic that would be filmed right in Hollywood, the birthplace of most programming that dictates many of the images and mindsets of society. The Lord said, "Go right to the jugular of the Babylonian system of the entertainment industry: In the Bible, the Babylonian

11 Vgl. für eine kritische Betrachtung des Netzwerk-Begriffs etwa: Katharina Vogel (2023): Machtvolles In-Beziehung-Stehen, in: Christiana Bers et al.: *Personen, Institutionen, Netzwerke*, Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.

12 Ruby Rebelde (2025): Wen fickt das Nordische Modell wirklich?, abgerufen unter: <https://steady.page/de/friedlichesabotage/posts/a1e05201-ce04-4d84-bc07-dbf31771ad29>, zuletzt am 02.02.2026.

13 Deutsche Bibelgesellschaft (2017): *Offenbarung 17,5*, in: Lutherbibel, Stuttgart.



system speaks of seduction, man's agenda, pride, and a worldly love of money. In other words, it's all about man's name and fame. Seductive evil spirits, such as Jezebel and Leviathan, lurk around the Babylonian kingdom seeking to destroy lives. Hollywood is controlled and influenced significantly by these two dark spirits. Over the years, many Christians have faithfully stood in the gap to dismantle this evil grip over the entertainment industry. As a result of their persevering faith, the Babylonian strongholds are coming down! Ministry gatherings like 'The Call: Hollywood' and other organized intercessory events and groups have literally broken ground and prepared the way."¹⁴

Ich fühlte, wie der Heilige Geist sprach, „Nimm dieses prophetische Mandat an.“ Er gab mir sodann diese Strategie: Schaffe ein Programm namens Extrem Prophetisch, das mitten in Hollywood gefilmt wird, der Geburtsstätte der meisten Programmierungen, die viele der Bilder und Mindsets der Gesellschaft diktieren. Der Herr sagt, „Geh genau zu dieser Pulsschlagader des Babylonischen Systems der Unterhaltungsindustrie: In der Bibel, steht das Babylonische System für Verführung, den Plan des Menschen, Stolz und weltliche Liebe zum Geld. In anderen Worten, es geht um den Namen des Menschen und Ruhm. Verführerische böse Geister, wie Isebel oder Leviathan lauern im Babylonischen Königreich und suchen Leben zu zerstören. Hollywood ist von diesen beiden dunklen Geistern kontrolliert und sehr stark beeinflusst. Über die Jahre haben sich viele Christen treuherzig in die Bresche geworfen, um den Griff des Bösen über die Unterhaltungsindustrie zu lösen. Als Ergebnis ihres ausdauernden Glaubens fallen die Festungen Babylons! Versammlungen zum Gottesdienst wie ‚Der Ruf: Hollywood‘ und andere organisierte Fürbitten-Events und Gruppen haben den Boden aufgerissen und den Weg bereitet.“ [Übersetzung: Zoe Luginsland]

Babylon wird in diesen Ausführungen nicht klar definiert, durch eine Reihe von Assoziationsbrücken aber charakterisiert. Zum einen wird ein Zusammenhang zur Unterhaltungsindustrie hergestellt, die mit *Mindcontrol* in Zusammenhang gebracht wird, d.h. mit der Macht, Gedanken und Begehren von Menschen formen und programmieren zu können. Dieses Narrativ schließt an Verschwörungserzählungen an, die sich in den USA ab den 1970ern etablierten und die Position einnehmen, dass psychologisch zweifelhafte Forschungsprojekte, die von der CIA im Rahmen von MKULTRA zu Themen wie *Mindcontrol* oder *Brainwashing* betrieben wurden, nicht, wie es der offiziellen Linie entsprach, aufgrund ihrer Erfolglosigkeit eingestellt, sondern auf eine neue Stufe gehoben wurden. Die CIA würde nun nicht mehr einzelne Psycholog*innen dabei unterstützen, Psychiatrie-Insassen durch LSD und gruselige Audiotapes Badtrips zu induzieren, sondern die gesamte Gesellschaft vermittelt Drogen und Popkultur programmieren.¹⁵ *Mindcontrol* wird nebulösen Gruppen mit bösen Absichten (Sekten, Satanist*innen etc.) oder in Form einer Dämonisierung *dark spirits* (bösen Geistern) zugeschrieben.

Weiterhin werden Assoziationen mit Verführung, Stolz und Geld hergestellt, die wiederum das Bild der *Hure* abrufen. In einer großzügigen Lesart könnte man die Stelle als Kritik an einer auf dem Lustprinzip aufbauenden Gesellschaft verstehen und damit als Plädoyer für eine Gesellschaft, die keusch und enthaltsam nach höheren Zielen strebt. Mit einer solchen Interpretation bleibt aber die Frage offen, warum eine derartig exotisierende Sprache gewählt wird, die von übernatürlichen Mächten, Geistern und göttlichen Offenbarungen spricht. Wallnau und Johnson scheinen die Strategie, die sie dem *babylonischen System* unterstellen, zu spiegeln. Wenn *Hollywood* von bösen Geistern besessen ist, die den Geist der Gesellschaft negativ prägen, ist die Antwort eine gegenkulturelle christliche Medienlandschaft. Durch deren Exotisierung wird den Verführungen des *Babylonischen Systems* die Verführung zum Christentum entgegengestellt.

Der hier konstruierte Mythos ist für verschiedene gesellschaftliche Strömungen anschlussfähig. Durch seine moralische Verurteilung von Geld und Begehren erweckt er einen antikapitalistischen Anschein. Durch die Andeutung verschiedener Verschwörungserzählungen werden Personen aus neureligiösen Gegenkulturen adressiert. Auch *Babylon* selbst taucht als Motiv und Metapher immer wieder auf, wenn es um Großstädte, Dekadenz oder Sexualität geht. Sei es in Alfred Döblins Roman *Babylonische Wandlung oder Hochmut kommt vor dem Fall* oder in Filmen und Serien der Gegenwart wie *Babylon Berlin* oder *Babylon Rausch der Ekstase*. Eine Anschlussfähigkeit für den Antifeminismus erschließt sich aus den misogynen Untertönen rund um *Huren* und Verführung intuitiv. In der Praxis lässt sich aber auch eine Koalition mit der Frauen-RECHTS-Bewegung beobachten. Um diese Verbindung zu verstehen, lohnt sich der Blick auf ein älteres Beispiel.

BEISPIEL I: THE MAIDEN TRIBUTE TO MODERN BABYLON

Der Mythos eines *Kampfs gegen Babylon* ist nicht neu. 1885 taucht er in einer wirkmächtigen Artikelserie mit dem Titel „The Maiden Tribute to Modern Babylon“ auf. Dieser Text gilt heute als eines der frühesten Beispiele für Skandal-Journalismus. Der Journalist William T. Stead beschreibt darin seine Vorstellungen des Leidensweges englischer Jungfrauen in den Bordellen Kontinentaleuropas und bezeichnet dies als „international slavetrade“. Steads Artikelserie ist für sich genommen Ausdruck des Frauenbilds und des Verständnisses von sexualisierter Gewalt im 19. Jahrhundert. Sexualisierte Gewalt galt vor allem dann als problematisch, wenn sie eine Gefährdung der Ehe oder der weiblichen Ehre darstellte. Dies traf besonders dann zu, wenn die Ehre einer unverheirateten Jungfrau durch sexualisierte Gewalt verletzt wurde und sie dadurch ihren Status als potenzielle Ehefrau verlor.¹⁶ Stead spricht in diesem Sinne von einer *Ruinierung der Jungfrauen*.¹⁷

14 Lance Wallnau, Bill Johnson (2013): *The 7 Mountain Mandate*, Shippensburg: Destiny Image, S. 147.

15 Vgl. für eine Übersicht zu Mindcontrol-Verschwörungserzählungen: Bernd Bösel & James Kennaway (2025): *Mind Control. Einleitung in den Schwerpunkt*, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 17 (1), S. 10-22.

16 Vgl. etwa: Erin Spampinato & Doreen Thierauf (2023): *Rape*, in: *Victorian Literature and Culture* 51 (3), S. 491-494.

17 William T. Stead (1885): *How girls are bought and ruined*, in: *The Maiden Tribute to Modern Babylon I*, abgerufen unter: https://en.wikipedia.org/wiki/The_Maiden_Tribute_of_Modern_Babylon#HOW_GIRLS_ARE_BOUGHT_AND_RUINED, zuletzt am 04.02.2026.

Christliche Frauenrechtlerinnen dieser Zeit, wie Jane Ellice Hopkins fassten diese Vorstellung der Gefährdung der weiblichen Ehre weiter. In ihrer Petition *A Plea for the Wider Action of the Church of England in the Prevention of the Degradation of Women* begreift sie *Prostitution* allgemein unter dem Paradigma der *Erniedrigung von Frauen* und verbindet dies mit einer grundsätzlichen Gefährdung der christlichen Zivilisation und dem "göttlichen Ideal der Weiblichkeit", wie es durch die Jungfrau Maria repräsentiert werde.¹⁸ In beiden Perspektiven ist die gefährdete weibliche Ehre entscheidend.

Durch die Begrifflichkeit „Sklaverei“ bemüht sich der Artikel Steads um Anschlussfähigkeit an abolitionistische Kreise. Die Erfahrungen im Abolitionismus, der für die Abschaffung der Sklaverei eintrat und seinen Höhepunkt im US-amerikanischen Sezessionskrieg fand, waren prägend für die frühe US-amerikanische Frauenbewegung. Auch in Großbritannien wurden diese Debatten rezipiert. Übertragungen des Begriffs finden sich damals auch für andere Beispiele, so wurde etwa auch die Ehe zuweilen als Sklaverei beschrieben.¹⁹

Die Verbindung zwischen Frauenbewegung und Abolitionismus bedeutete jedoch nicht, dass die Frauenbewegung frei von Rassismus war. Um die Frage, ob die Abschaffung der Sklaverei oder das Wahlrecht der weißen Frau Priorität hätten, kam es zu komplexen Aushandlungsprozessen.²⁰ Bei der Übernahme und metaphorischen Übertragung des Worts „Sklaverei“, handelt es sich zudem um einen Akt der Aneignung. Während die Übertragung auf die Ehe eine falsche Identifikation schafft, äußern sich in der Darstellung von Sexarbeiter*innen und Betroffenen von Menschenhandel als *white slaves* Fantasien der Rettung, von denen freilich auch der ursprüngliche Abolitionismus nicht frei war. Dieser Prozess der Aneignung setzt sich bis in den gegenwärtigen Neo-Abolitionismus fort. Stead zitierte mit der Formulierung außerdem die, für die damalige Leser*innenschaft erinnerliche, *White slave trade affair* von 1880-81 und bezieht sich so auf die christliche Feministin Josephine Butler. Sie hatte damals in einem offenen Brief mit dem Titel *The modern slave trade*²¹ eine Reihe von Fällen öffentlich gemacht, in denen minderjährige Engländerinnen gegen ihren Willen zur Prostitution in Belgien genötigt wurden.

Die Artikelserie Steads entwickelte eine enorme Wirkmacht. Die ausgelöste Debatte und gesellschaftliche Mobilisierung zog die Einführung des Criminal Law Amendment Acts nach sich, der die Erhöhung des Schutzes von Mädchen von 13 auf 16 Jahren beinhaltete. Neben solchen Errungenschaften enthielt er weitgehende Verbote von Bordellbetrieben und eine verschärfte Diskriminierung männlicher Homosexualität.²² Das Gesetz wurde zwar von der Frauenbewegung be-

grüßt, sollte aber auch der Kontrolle proletarisch weiblicher Sexualität dienen und war mit der Aufrechterhaltung eines engen Bilds weiblicher Opferschaft verbunden. Nach der Einführung des Gesetzes ging die Zahl der Verurteilungen in Vergewaltigungsfällen folglich sogar zurück.²³

Um diese Wirkmacht, aber auch die Grenzen der Reformen zu begreifen, hilft es, das Netzwerk zu betrachten, das die Artikelserie und ihren Erfolg ermöglichte. Eine wichtige Rolle spielte Josephine Butler. Diese Galionsfigur der Ersten Frauenbewegung vertrat einen Christlichen Feminismus, der weibliche Handlungsmacht erzeugte, indem er sich mit dem viktorianischen Frauenbild arrangierte, ohne die mit ihm verbundene Passivität anzunehmen. Er betonte weibliche Werte wie Unschuld, Reinheit und (weibliche) Ehre und entwickelte daraus Reform-Ideen, im (Sexual-)Strafrecht oder in der Gesundheitspolitik. Ihr Ansatz ließe sich aus der heutigen Perspektive als eine typische Form der Respectability Politics begreifen. Damals trat ihre Bewegung unter dem Namen *Social-Purity-Movement* auf. Ziele waren neben einem Verbot von Sexarbeit und der Erhöhung des Schutzes auch ein Verbot von Alkohol, die Zensur von Pornografie, die geschlechtliche Segregation in Gefängnissen, ein Verbot von Abtreibungen und strikte Regulierungen gegen sexuell übertragbare Krankheiten. In ihrer späteren Phase wandte sich die Bewegung verstärkt eugenischen Gedanken zur Geburtenkontrolle und Biopolitik zu.²⁴ Im Wesentlichen handelt es sich bei den Positionen Josephine Butler also um die Verbindung von *Purity Culture* und Feminismus zu einem *Purity Feminism*.

Butler und das *Social-Purity-Movement* flankierten die Artikelserie mit einer *Purity Campaign* als Teil derer Butler eine öffentliche Rede in der Exeter Hall hielt, in der sie ein Gesetz "for the protection of young girls from the evil lust of wicked men, which shall rise the age of protection" forderte.²⁵ Eine weitere wichtige Akteurin dieser Kampagne war Jane Ellice Hopkins. Die Mitgründerin der *White Cross Army* sicherte mit ihrem guten Verhältnis zum hochrangigen Klerus der anglikanischen Kirche den Rückhalt dieser und mobilisierte auch andere christlichen Kirchen für die *Purity Campaign*. Die Kirchen erhofften sich davon ein religiöses Revival.²⁶

Eine weitere Bündnispartnerin war Florence Booth. Die Schwiegertochter des Heilsarmee-Gründer und General William Booth war selbst Lieutenant der Heilsarmee und leitete das erste Schutzhaus der Heilsarmee in London. Sie unterstützte Stead bei der Recherche und Konstruktion bei seiner Artikelserie. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Eliza Armstrong Case. William T. Stead und Florence Booth kauften ein 13-jähriges Mädchen für £5 von ihrer alkoholabhängigen

18 Jane Ellice Hopkins (1879): *A Plea for the Wider Action of the Church of England in the Prevention of the Degradation of Women*, London: Hatchard, Picadilly.

19 Vgl. Angela Davis (1981): *Women, Race and Class*, New York: Random House, S. 33.

20 Vgl. Angela Davis (1981): *Women, Race and Class*, New York: Random House, Kapitel 4.

21 Josephine Butler (1880): *The modern slave trade*, in: Jane Jordan: *Josephine Butler and the Prostitution Campaigns*, London: Routledge, S. 20-24.

22 Parliament of the United Kingdom (1885): *Criminal Law Amendment Act*, abgerufen unter: https://www.swarb.co.uk/acts/1885Criminal_Law_AmendmentAct.shtml zuletzt am 30.01.2026.

23 Vgl. Victoria Bates (2019): *Forensic Medicine And Female Victimhood In Victorian And Edwardian England*, in: *Past & Present* 245 (1), S. 117-151, S. 120.

24 Vgl. Linda Gordon (2002): *The moral property of women*, Urbana und Chicago : University of Illinois Press, S. 72-75.

25 Vgl. Helen Mathers (2014): *Patron saint of prostitutes*, Stroud, Gloucestershire : The History Press, S. 154.

26 Vgl. Sue Morgan (1998): *Knights of God*, in: *Studies in Church History* 34, S. 431-445.



Mutter, betäubten sie mit Chloroform und brachten sie nach Frankreich. In einem der Artikel wird sie als *Betroffene* inszeniert, während die tatsächlichen Hintergründe ihres Falls verschleiert werden. Schlussendlich wurde Stead für die Entführung zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, die seiner gesellschaftlichen Wirkmacht und der *Purity Campaign* allerdings nicht schadeten.²⁷

Die Hintergründe dieser Aktivistinnen zeigen, dass sich die Gesetzesreform nicht zuvorderst an den Interessen der Betroffenen dieser Reform orientierte. Butler versprach sich durch die Aneignung des restriktiven Frauenbilds ihrer Zeit Möglichkeiten weiblicher Handlungsmacht, die aber kaum auf die konkrete Verbesserung der sozialen Umstände von Frauen abzielte. Hopkins Aktivismus nährte vor allem Hoffnungen auf das Wiedererstarken religiöser Kräfte, und die Entführung Eliza Armstrongs zeigt, wie leicht sich das Unrecht gegen eine einzelne *Betroffene* durch einen Blick aufs große Ganze der politischen Reformbemühung rechtfertigen ließ. Der *Kampf gegen Babylon* fand so Eingang in die Frauenbewegung. Er ermöglichte Sichtbarkeit und Handlungsmacht für weiße Frauen der bürgerlichen Schichten auf Kosten proletarischer und rassifizierter Weiblichkeiten. Vor Gericht wurden diese nach der Reform schlicht auf anderen Wegen diskriminiert. Sei es durch Pathologisierungen wie *Hysterie*, Vorwürfe der Verführung oder durch die Infragestellung ihrer Glaubhaftigkeit aufgrund eines schlechten Rufs (Bescholtenheit).²⁸

BEISPIEL II: BLINDER FLECK

Betrachten wir nun mit dem Kinofilm *Blinder Fleck* von Liz Wieskerstrauch²⁹ ein Beispiel aus der Gegenwart. Es zeigt, wie sich der Mythos des *Kampfs gegen Babylon* aktualisiert hat und von neuen Bündnissen fortgesetzt wird. In der (Pseudo-) Dokumentation berichtet eine Reihe von *Betroffenen* über ihre Erfahrungen mit sogenannter *Ritueller Gewalt* in verschiedenen *Sekten*. Vage als Roter Faden fungiert das Reenactment des *Betroffenenberichts* eines jungen Mädchens, der den Rahmen für die übrigen Berichte bildet. Neben *Betroffenen* kommen auch *Expert*innen* aus Strafverfolgung und Psychotherapie zu Wort, die die Berichte der *Betroffenen* einordnen und Kontextwissen bereitstellen. Zwischen die einzelnen Interview-Szenen sind immer wieder assoziative Standbilder und Kamerafahrten geschnitten, die an die Motive und Symbolsprache *Blue Velvet* erinnern.

Der Film bleibt raunend und hält sich mit klaren Äußerungen zurück, auch eine Stimme aus dem Off, die eine bestimmte Interpretation nahelegt, existiert nicht. Die Berichte haben außer einer geteilten Bildsprache und der Thematisierung der Diagnose der Dissoziativen Identitätsstörung (DIS) kaum Ge-

meinsamkeiten. Die Bildsprache ist archaisierend und religiös geprägt. Eine *Betroffene* berichtet von Männern in Kutten und dunklen Kapuzen, eine von *Orgien*, eine von einem geheimen Folter- und Trainingslager, eine von der heimlichen Fortsetzung der Experimente Mengeles und eine weitere vom Verkauf ihres erstgeborenen Kindes an einen Pfarrer sowie einen rituellen Kindsmord.

Die Frage, warum keines dieser Verbrechen durch die Polizei aufgeklärt wurde, wird von den Expert*innen mit der Theorie beantwortet, dass ein gut organisiertes *Täternetzwerk* bei den *Betroffenen* gezielt eine DIS erzeuge. *Betroffene* litten aufgrund dieses psychologischen Zustands an Amnesien und der Fragmentierung ihrer Erinnerungen. Vor Gericht würden sie pathologisiert und ihre Aussagen durch psychiatrische Gutachter*innen als unglaublich eingestuft. Die Regisseurin befasst sich in *Blinder Fleck* nicht zum ersten Mal mit dem Themenfeld: Bereits in den frühen 2000ern entstanden die Filme *Die Seele brennt* sowie *Höllenleben I* und *II*,³⁰ die etwa Verschwörungserzählungen über *Rituelle Gewalt* durch satanistischen Sekten in der Wewelsburg, einem früheren Hauptquartier der SS, enthielten.

Die Filme von Liz Wieskerstrauch weisen Parallelen zum *Kampf gegen Babylon* bei Johnson und Wallnau wie auch zu Steads Version des Mythos auf. In seinen psychologisch fragwürdigen Vorstellungen zur DIS spiegeln sich Narrative älterer Mindcontrol-Verschwörungserzählungen, die von der systematischen Programmierung *Betroffener* durch geheime Sekten ausgehen.³¹ Die Filme nehmen zahlreiche Anleihen an die, in der US-Geschichte als *Daycare Ritual Abuse Moral Panic* bekannt gewordene, christlich-konservative Mobilisierung der 1980er und 1990er.³² Darin nährte das Misstrauen gegenüber der Erziehung in Kindertagesstätten, Kindergärten und Grundschulen in Kombination mit medialen Mobilisierungen rund um die Themen *Sekten* und *Satanismus* Gerüchte um systematische *Rituelle Gewalt*, die zu Gerichtsprozessen gegen zahlreiche Einrichtungen führte.

Um entsprechende Gerüchte hat sich seither auch in Deutschland eine Szene gebildet, die sich über den Begriff der *Rituellen Gewalt* definiert. Der Begriff aktualisiert in Deutschland auch ältere Formen der Ritualmordlegende, wie sie die NS-Propaganda prägten. Während dort allerdings stets von jüdischen Täter*innen ausgegangen wird,³³ identifizieren sich *Betroffene* von *Ritueller Gewalt* in den Filmen von Liz Wieskerstrauch oft selbst als Opfer von Nazis. Etwa indem die Wewelsburg als Ort genannt oder indem Bezug auf Mengele und Nazi-Experimente genommen wird.

In einem Interview Michaela Hubers, einer anderen Szene-Größe, spricht diese davon, wie *Betroffene* durch Tä-

27 Ruby Rebelde (2025): *Warum sie uns hassen. Sexarbeitsfeindlichkeit*, Münster: Edition Assemblage, S. 123.

28 Vgl. Victoria Bates (2019): *Forensic Medicine And Female Victimhood In Victorian And Edwardian England*, in: *Past & Present* 245 (1), S. 117-151.

29 Liz Wieskerstrauch (2025): *Blinder Fleck*.

30 Liz Wieskerstrauch (2000): *Die Seele brennt*, WDR, Liz Wieskerstrauch (2001): *Höllenleben I*, NDR u. BR, Liz Wieskerstrauch (2003): *Höllenleben II*, NDR.

31 Ina Schmied-Knittel (2008): *Satanismus und ritueller Missbrauch*, Würzburg: Ergon Verlag, S. 33-44.

32 Vgl. dazu etwa: Mary deYoung (2008): *The Day Care Ritual Abuse Moral Panic*, in: *Sociology Compass* 6 (2), S. 1719-1733.

33 Vgl. etwa: Dennis E. Showalter (1982): *Little man, what now? Der Stürmer in the Weimar Republic*, Hamden: Archon Books, S. 257.

ter*innen als jüdisch markiert würden und *Opferanteile* mit jüdischen Namen entwickeln.³⁴ Diese Identifikation mit dem Jüdischen als Symbol des Opfers schlechthin, fügt sich in philosemitische Muster, die besonders innerhalb der Christlichen Rechten in Deutschland stark zu beobachten sind. Wie im Falle der *white slavery* handelt es sich um eine Form der kulturellen Aneignung, die Antisemitismus, wie er in Vorstellungen um *Rituelle Gewalt* durchaus auch offen zutage treten kann, unsichtbar werden lässt und unverständlich macht.

Auch in diesem Beispiel sind sowohl der Entstehungsprozess des Films wie auch sein Netzwerk interessant. Eine Recherche der *ZEIT* kam zu dem Ergebnis, dass es sich beim zentralen nachgestellten Bericht um einen Fall handelt, der 2019 und 2021 vor dem Amtsgericht Schwäbisch Hall und dem Oberlandesgericht Stuttgart verhandelt wurde.³⁵ In dem komplexen Fall wurde über das Sorgerecht für ein Kind verhandelt, dessen Vater durch die Mutter Missbrauch vorgeworfen wurde, dessen Mutter aber zugleich selbst mit Vorwürfen der Misshandlung konfrontiert war. Die Seite der Mutter wurde dabei durch die Emanuel-Stiftung und die katholische Opferschutz- und Lobby-Organisation SOLWODI unterstützt. Der Sorgerechtsstreit wurde vor Gericht gegen die Mutter entschieden, die daraufhin das Kind entführte. Diese Entführung kommt im Film nicht vor. Stattdessen werden eine Fehlentscheidung des Gerichts beklagt und Vorwürfe der Vertuschung von Pädosexualität und der *Rituellen Gewalt* erhoben.

Neben den Recherchen zu den Hintergründen des Gerichtsprozess gibt seine Aufführung bei zwei Fach-Kongressen Aufschluss über das beteiligte Netzwerk. Der Film wird 2026 einerseits bei der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Trauma und Dissoziation (DGTD e.V.) in Münster und andererseits beim Freiheits-Kongress in Schwäbisch Gmünd gezeigt. Bei der DGTD handelt es sich um einen Fachverband von Psychotherapeut*innen mit einem Schwerpunkt auf Trauma-Psychologie.

Zwischen diesem Fachverband und den Expert*innen im Film gibt es erhebliche Überschneidungen. Sowohl der Erste Vorstand des Vereins Harald Schickedanz wie auch die Anwältin des Vereins Ellen Engel, die auch in den Prozessen in Schwäbisch Hall und Stuttgart mitwirkte, treten im Film als Expert*innen auf. Die frühere Vorständin, die Psychotherapeutin Michaela Huber, hat die Produktion des Films mit einer Spende unterstützt und verschiedene ihrer Angebote werden auf der Website des Films als Unterstützer*in beworben. Die DGTD vertritt eine feministische Traumatherapie, die verdrängten Erinnerungen an sexuellen Missbrauch ein großes Maß an Bedeutung zumisst und sich in die Tradition der *Verführungstheorie* Freuds stellt.

Auch der Tagungsort ist vermutlich nicht zufällig gewählt. 2025 wurde ein Bericht der Bistümer Münster und Essen sowie dem Erzbistum Köln öffentlich, der Vorwürfe Rituellicher Gewalt durch Geistliche der Katholischen Kirche, unter anderem zu Folterungen in einem geheimen Keller der Wewelsburg untersucht hatte und zu dem Ergebnis kam, dass die Vorwürfe unplausibel seien.³⁶ In Münster existierte bis 2023 eine Beratungsstelle für *Betroffene* Rituellicher Gewalt, die entsprechende Verschwörungserzählungen vertrat. In einem pseudo-dokumentarischen Film über Rituelle Gewalt, den das Bistum 2014 veröffentlichte, trat die Leiterin der Beratungsstelle gemeinsam mit Michaela Huber auf.³⁷ Von verschiedenen Betroffenen-Organisationen wurde der Bericht scharf kritisiert³⁸ und es scheint, als sei mit der Schließung der Beratungsstelle ein Vakuum entstanden, das die DGTD zu füllen versucht.

Beim Freiheits-Kongress in Schwäbisch Gmünd handelt es sich um eine klar christlich ausgerichtete Veranstaltung. Das Veranstaltungszentrum Schönblick ist ein Zentrum des württembergischen Pietismus und dient regelmäßig als Raum für kulturkämpferisch orientierte Veranstaltungen. Unter dem Motto *Gemeinsam gegen moderne Sklaverei* wird auf dem Kongress für eine Kriminalisierung der Nachfrage in der Sexarbeit aber auch gegen Pornografie mobilisiert. Getragen wird der Kongress vor allem vom Netzwerk-Verein *Gemeinsam Gegen Menschenhandel* (GGMH). Der Verein bündelt zumeist religiös geprägte und sozialarbeiterisch überformte Strukturen in Deutschland, die sich für eine Kriminalisierung der Nachfrage nach Sexarbeit einsetzen.

Die meisten Mitgliedsorganisationen weisen einen christlich charismatischen Hintergrund auf. Mit SOLWODI ist auch ein großer katholischer Träger vertreten, und auch die freikirchlich geprägte Heilsarmee ist Teil des Netzwerks. Innerhalb des Vereins wird die Kampagne rund um *The Maiden Tribute to Modern Babylon* als positiver Bezugspunkt diskutiert. Der Vorstand des Vereins, Frank Heinrich, spricht in Bezug auf die Artikelserie etwa von einer „erfolgreichen Presse-Kampagne“ und beschreibt sie als Inspiration für sein politisches Wirken im Bundestag innerhalb der CDU.³⁹

Wie im Falle des ersten Beispiels begleitet der Film die Debatte um eine konkrete Gesetzesreform und fungiert selbst als Element einer größeren Kampagne. Für diese schließen sich auch hier verschiedene Akteur*innen mit ungleichen Interessen zu einem Bündnis zusammen, das seine Kraft aus Mythen speist. Daraus entsteht ein politisches Vorfeld der Rechten, indem sich Religion und Kulturkampf verschränken und das auch auf säkulare Milieus anziehend wirken kann. Um die diskursive Dominanz der Rechten zu überwinden, wird es von entscheidender Bedeutung sein, Gegenstrategien zu entwickeln, die eine Solidarität jenseits der Mythen ermöglicht.

34 Paul Brandeburg (2025): *Im Gespräch: Michaela Huber*, abgerufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7diM406ygYE>, zuletzt am 04.02.2026, Min. 18:00 – 22:00.

35 Alexander Rupflin & Eva Sudholt (2025): *Erinnerst du dich?*, in: *ZEIT Verbrechen* 35, abgerufen unter: <https://www.zeit.de/zeit-verbrechen/2025/35/manipulierte-erinnerungen-missbrauch-opfer-therapie> zuletzt am 30.01.2026.

36 Matthias Sartorius & Niklas Kindhäuser (2025): *Bericht über die Untersuchung zu Vorwürfen Rituellicher Gewalt in den Bistümern Münster und Essen sowie dem Erzbistum Köln*.

37 Bistum Münster (2014): *Im Namen des Teufels*.

38 Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (2025): *Stellungnahme*, Eckiger Tisch (2025): *Stellungnahme zum "Bericht über die Untersuchung zu Vorwürfen Rituellicher Gewalt"*.

39 Frank Heinrich, Uwe Heimowski (2016): *Der verdrängte Skandal*, Moers: Brendow, S.11.



LITERATUR:

- AfD Sachsen-Anhalt (2026): *Entwurf eines Regierungsprogramms vom 23.01.2026*, Magdeburg.
- Bates, Victoria (2019): Forensic Medicine And Female Victimhood In Victorian And Edwardian England, in: *Past & Present* 245 (1), S. 117-151.
- Bistum Münster (2014): Im Namen des Teufels.
- Bösel, Bernd / James Kennaway (2025): *Mind Control. Einleitung in den Schwerpunkt*, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 17 (1), S. 10-22.
- Brandeburg, Paul (2025): *Im Gespräch: Michaela Huber*, abgerufen unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7diM406ygYE>, zuletzt am 04.02.2026.
- Butler, Josephine (1880): The modern slave trade, in: Jane Jordan: Josephine Butler and the Prostitution Campaigns, London: Routledge, S. 20-24.
- Christerson, Brad / Richard, Flory (2017): The Rise of Network Christianity, Oxford: Oxford University Press.
- Datta, Neil (2025): The next wave, Brüssel: EPF.
- Davis, Angela (1981): *Women, Race and Class*, New York: Random House.
- Deutsche Bibelgesellschaft (2017): *Offenbarung 17,5*, in: Lutherbibel, Stuttgart.
- DeYoung, Mary (2008): The Day Care Ritual Abuse Moral Panic, in: *Sociology Compass* 6 (2), S. 1719-1733.
- Eckiger Tisch (2025): Stellungnahme zum "Bericht über die Untersuchung zu Vorwürfen Rituellicher Gewalt".
- Gagné, André (2023): American Evangelicals for Trump, London: Routledge.
- Gordon, Linda (2002): *The moral property of women*, Urbana and Chicago : University of Illinois Press.
- Heinrich, Frank / Uwe Heimowski (2016): *Der verdrängte Skandal*, Moers: Brendow.
- Hinsenkamp, Maria (2024): Visionen eines neuen Christentums, Bielefeld: transcript.
- Hopkins, Jane Ellice (1879): *A Plea for the Wider Action of the Church of England in the Prevention of the Degredation of Women*, London: Hatchard, Picadilly.
- Kellershohn, Helmut (2022): *Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten*, in: *DISS-Journal* 44, S. 11-14.
- Lo Mascolo, Gionathan (2023): The Christian Right in Europe, Bielefeld: transcript.
- Mathers, Helen (2014): Patron saint of prostitutes, Stroud, Gloucestershire : The History Press.
- Morgan, Sue (1998): *Knights of God*, in: *Studies in Church History* 34, S. 431-445.
- Rebelde, Ruby: (2025) Warum sie uns hassen. Sexarbeitsfeindlichkeit, Münster: Edition Assemblage.
- Dies.: (2025): Wen fickt das Nordische Modell wirklich?, abgerufen zuletzt am 02.02.2026 unter: <https://steady.page/de/friedlichesabotage/posts/a1e05201-ce04-4d84-bc07-dbf31771ad29>.
- Rupflin, Alexander / Eva Sudholt (2025): Erinnerst du dich?, in: ZEIT Verbrechen 35, abgerufen unter: <https://www.zeit.de/zeit-verbrechen/2025/35/manipulierte-erinnerungen-missbrauch-opfer-therapie> zuletzt am 30.01.2026.
- Sartorius, Matthias / Niklas, Kindhäuser (2025): Bericht über die Untersuchung zu Vorwürfen Rituellicher Gewalt in den Bistümern Münster und Essen sowie dem Erzbistum Köln.
- Schmied-Knittel, Ina (2008): *Satanismus und ritueller Missbrauch*, Würzburg: Ergon Verlag.
- Showalter, Dennis E. (1982): *Little man, what now? Der Stürmer in the Weimar Republic*, Hamden: Archon Books.
- Spampinato, Erin / Doreen Thierauf (2023): Rape, in: *Victorian Literature and Culture* 51 (3), S. 491-494.
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs (2025): Stellungnahme.
- Stead, William T. (1885): *The Maiden Tribute to Modern Babylon I*, abgerufen unter: https://en.wikisource.org/wiki/The_Maiden_Tribute_of_Modern_Babylon zuletzt am 04.02.2026.
- Torrey, Reuben Archer (1909): The Fundamentals: A Testimony of Truth, Delaware: Delmarva Publications.
- Urban, Christoph (2019): Fundamentalismus, Wiesbaden: Springer.
- Vespermann, Sarah (2016): „Unsichtbare“ Frauen, Aachen: RWTH Aachen, abgerufen unter: <https://publications.rwth-aachen.de/record/672947>, zuletzt am 19.01.2026.
- Vogel, Katharina (2023): Machtvolles In-Beziehung-Stehen, in: Christiana Bers et al.: *Personen, Institutionen, Netzwerke*, Göttingen: Universitätsverlag Göttingen.
- Wallnau, Lance / Bill Johnson (2013): The 7 Mountain Mandate, Shippensburg: Destiny Image.
- Wieskerstrauch, Liz (2000): Die Seele brennt, WDR.
- Dies. (2001): Höllenleben I, NDR u. BR.
- Dies. (2003): Höllenleben II, NDR.
- Dies. (2025): Blinder Fleck.

Die gerechte Gesellschaft

GRUNDZÜGE JÜDISCHER SOZIALETHIK

Von Jobst Paul

EINFÜHRUNG

Meine Bemerkungen zu jüdischen Gerechtigkeitstraditionen¹ gehen auf ein diskurshistorisches Projekt am DISS vor 15 Jahren zurück. Damals untersuchten wir, welche Positionen jüdische Publizisten im 19. Jahrhundert in die nicht-jüdische Öffentlichkeit trugen.²

Dabei muss man den Hintergrund mitdenken: Letztlich seit Beginn der Emanzipation um 1780 und bis 1938 stand die jüdische Minderheit immer wieder unter antisemitischem Beschuss. Die intensive jüdische Gegenpublizistik wollte diesen Kampagnen über die „verderbten Juden“ die tatsächlichen ethischen Grundlagen des Judentums entgegenhalten.

Dieser Gegendiskurs blieb erfolglos. Er wurde sogar als Versuch der „Reinwaschung“ des Judentums diskreditiert, während sich ab den 1860er Jahren – verstärkt nach der Reichsgründung – ein demagogischer Antisemitismus organisierte, der alte Schmähschriften recycelte und damit die Öffentlichkeit flutete. Antisemitismus bildete letztlich einen Hauptfaktor in der christlich-nationalen Identität des Kaiserreichs und wurde die ideologische Basis des Nazismus. In der Schoah wurde das deutsche Judentum und mit ihm seine kulturelle und gesellschaftspolitische Tradition vernichtet.

Was bedeutet dies für unsere Gegenwart und für unser Thema? Seit 1945 ist ein zur Schau getragener Antisemitismus des politischen Spitzenpersonals weggefallen.

Inzwischen gibt es einen institutionalisierten „Kampf gegen Antisemitismus“, der in Verwaltung, Wissenschaft und Recht verankert wird. Aber heißt das, dass auch die gesellschaftspolitischen Traditionen des Judentums, die über Jahrhunderte Ziel von kirchlichem und politischem Hass waren, heute rehabilitiert oder überhaupt diskutiert werden? In der *Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben* (NASAS)³, verkündet im November 2022 von der Bundesregierung und ihrem Antisemitismusbeauftragten, Felix Klein, zum Beispiel nicht, in dem von Judentum als einer ethischen Kategorie an keiner Stelle die Rede ist.

Gewiss – von jüdischer Seite meldet sich kraftvoll eine junge Generation zurück, die die inhaltlichen Positionen des Judentums in die Öffentlichkeit trägt.⁴ In den Synagogen werden die Wochenabschnitte der Thora heute wie vor 150 Jahren selbstverständlich ethisch ausgelegt. Aber wie steht es mit der Mehrheitsgesellschaft?

Eine im DISS im letzten Jahr abgeschlossene Diskursanalyse⁵ hat mehrere Hundert Presseartikel ausgewertet, die innerhalb von zehn Wochen im Februar und März 2021, u.a. also im Gefolge der Eröffnung des Festjahrs „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ in allen verfügbaren deutschen Medien zum

1 Vgl. die Hinweise zu weiterführender Lektüre am Ende des Artikels.

2 Paul, Jobst (2010) Kirchliche Macht oder jüdische Ethik? Jüdische Publizisten des 19. Jahrhunderts zum christlich-jüdischen Verhältnis. In: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.): Der christlich-jüdische Dialog. Heidelberg, S. 17-42; ders. (2009) Visionen der gerechten Gesellschaft. In: DISS-Journal 18/2009, S. 21. Vgl. auch die Editionen *Deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft* (Anthologien und Werkausgaben) beim Verlag Vandenhoeck-Ruprecht / Böhlau [<https://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com>].

3 https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/BMI22029-nasas.pdf?__blob=publicationFile&v=9.

4 Dobrovych, Vyacheslav (2023) Das kann Schule machen. In: Jüdische Allgemeine vom 31.8.2023 [<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/das-kann-schule-machen/>].

5 Zum Forschungsbericht: <https://diss-duisburg.de/forschungsnetzwerk-antisemitismus-april-2024/>.



Stichwort „Judentum“ erschienen.⁶ Der diskursive Grund: Erstmals in dieser Dichte und Fülle fanden sich dabei Äußerungen aller politischen, kirchlichen und amtlichen Eliten in Deutschland zum Thema ‚Judentum‘.

Das Ergebnis in aller Kürze: Es fanden sich keine Indizien für platt-antisemitische Stereotypen, dafür aber ein musealer, philosemitischer Hype um das *vergangene* Judentum. Und vor allem: Kein einziges Mal – auch nicht andeutungsweise – brachten (nicht-jüdische) Kommentatoren oder politische, kirchliche und amtliche Repräsentanten Judentum mit ethischen Kategorien zusammen. Oder anders: Der einst antisemitisch, d.h. mit der Diskreditierung des Judentums als ‚unethisch‘ gefüllte Raum existiert weiter – nun als Raum des Nicht-Sagbaren, als gesellschaftliche Amnesie, als etwas angestrengt Ausgespartes.⁷

Dies schlug sich in dem in unserer Studie untersuchten medialen (und politischen) Diskurs in paradoxer Form nieder: So beschworen viele prominente SprecherInnen die Bedeutung des Judentums (‚über Jahrhunderte‘) für „unsere“ Kultur, versäumten es allerdings, auch nur ein einziges Mal konkrete Inhalte und Werte zu nennen. Von daher verwundert es nicht, wenn jüdische SprecherInnen bundesdeutsche ‚Erinnerungskultur‘ als eine zutiefst bevormundende und selbstzentrierte Praxis erleben und einschätzen⁸ und der ‚Kampf gegen Antisemitismus‘ über Sicherheitsaspekte hinaus in tatsächlich kultureller Hinsicht bisher offenbar wenig ausgerichtet hat.

Von jüdischen Werten, hier von Gerechtigkeitsvorstellungen, zu sprechen, heißt daher, in einen offenbar noch immer tabuisierten, zerklüfteten Raum deutscher Befindlichkeit vorzudringen.

DIE GERECHTE GESELLSCHAFT: ETHISCHE MAXIMEN

Ich will daher kurz auf die paradoxe Spannung zwischen ‚Fremdheit‘ und ‚Nähe‘ in Bezug auf Judentum als einem inhaltsethischen Traditions- und Erfahrungsbereich eingehen. Auf den ersten Blick – lässt man den jüdischen Ritus einmal beiseite und legt den Maßstab des rabbinischen Judentums zugrunde – scheint es ja Gründe für ‚Fremdheit‘ diesem Bereich gegenüber zu geben. Denn die Entwicklungslinien des rabbinischen Judentums verlaufen neben und außerhalb der griechisch-römischen und dann christlich-antiken Traditionslinien: Seine Prämissen heben sich dezidiert ab von den

platonischen oder aristotelischen Lehren vom Staat, die zum dogmatischen Kern der europäischen Kultur- und Bildungstradition wurden.

Demgegenüber hat das Judentum eigentlich gar keine ‚Staatslehre‘ hervorgebracht, sondern eher Prinzipien einer machtkritischen, von unten nach oben orientierten Selbstorganisation⁹ – gegründet auf eine Anthropologie, die ebenfalls der christlich-antiken Tradition dezidiert entgegensteht (dazu gleich mehr).

Eine weitere, kategoriale Differenz betrifft die Methode der Wissensproduktion, bzw. des Erkenntniserwerbs¹⁰, wie er im Mainstream der europäischen ‚Geistesgeschichte‘ zum Ausdruck kommt. Diesen kann man beschreiben als ständigen Versuch, die statischen, idealistisch und rational konstruierten Wissensordnungen zunächst griechisch-römischer und dann christlich-antiker Provenienz zu ‚transformieren‘ oder zu ‚überwinden‘, sei es als ‚Säkularisierung‘ oder als ‚Moderne‘, oder sie zu restaurieren, etwa in Form eines ‚christlichen Abendlandes‘.

Demgegenüber bezieht sich die ‚jüdische Hermeneutik‘ in ihrem Wissens- und Erkenntniserwerb bis heute auf den gleichen, von vorn herein dialogisch konzipierten Basistext der Tora, auf die fünf Bücher Moses. Der Text bildet zwar einen unverrückbaren Rahmen, übt aber keine statischen Denkwänge aus. Oder anders: Zum ‚religiösen Band‘ gehört nicht nur der Text selbst, sondern auch die – kontrovers ausgetragene – Anstrengung, in der Vieldeutigkeit von Wortlauten und Kontexten – immer wieder neu – differenzierte, lebensnahe wie prinzipielle Antworten zu finden.¹¹

Nun scheint aber gerade die ‚Bibel‘, worunter hier der jüdische *Tanach*, christlich das *Alte Testament* zu verstehen ist, für eine innige christlich-jüdische ‚Nähe‘ zu sprechen, zumal über den Juden Jesus. Doch die Nähe trügt: Ein Bonmot lautet, die jüdische und die christliche Bibel hätten zwar denselben Text – es handle sich aber um zwei ganz verschiedene Bücher.¹² Und tatsächlich schrieb die christliche Theologie das jüdische Dokument in eine ‚Vorausdeutung‘ des kommenden Christus um (und erklärte sich selbst zum Erben¹³): Es diskreditierte damit einerseits das Judentum als ‚minderwertig‘ und stellte so die Weichen zum Antisemitismus,¹⁴ übernahm dazu an-

6 Vgl. die kritische Analyse der Festjahr-Rhetorik: Klingenberg, Darja (2023) Grosse Zahlen, Erfolgsgeschichten und was man anders erzählen könnte. In: *Jalta* 8, S. 73-91.

7 Paul, Jobst (2024) Tausend feine Risse – Forschungsbericht zu Judentum in der deutschen Alltagspresse erschienen [<https://www.fona21.org/veranstaltungen/veranstaltungsdetails/tausend-feine-risse-forschungsbericht-zu-judentum-in-der-deutschen-alltagspresse-erschienen>].

8 Vgl. dazu aktuell: Ross, Sarah M. (2024) The moralization of Jewish heritage in Germany. New York etc.

9 Brumlik, Micha (2015) Politische Theologie des Judentums. In: Zentralrat der Juden in Deutschland; Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (2015): Ethik im Judentum. Berlin, S.205-213; Klapheck, Elisa (2016) Die politische Tradition des Judentums. In: Klapheck, Elisa; Kramer, Stephan J.; Stein, Hannes (2016): Bürgerschaftliches politisches Engagement als jüdische Praxis. Berlin, S. 7-17.

10 Amsler, Monika (2023) Knowledge Construction in Late Antiquity, Berlin, Boston, [<https://doi.org/10.1515/9783111010311>].

11 Vgl. Blättel, Richard (2016) Das Geheimnis der Wiederholung, Bielefeld, S. 25: „Anything goes. Minimal eingreifend würde ich sagen, dass bei der jüdischen Hermeneutik fast alles geht – und dadurch selbst das anarchische Moment des Widerfahrenden birgt. Natürlich ändert auch dieses bescheidene Korrektiv nichts am Eindruck einer gewissen Willkürlichkeit, die der propagierten anarchischen Freiheit anhaftet. Das anarchische Moment als kreative Freiheit scheint jedoch auf, wenn wir den שמד Midrasch als Herzstück jüdischer Hermeneutik genauer in seine Wortwörtlichkeit vernehmen.“

12 Als Quelle der Sentenz wird häufig auf Jon D. Levenson verwiesen (The Hebrew Bible, the Old Testament, and Historical Criticism: Jews and Christians in Biblical Studies, 1993).

13 Tabor, Nick, Replacement theology. In: Encyclopaedia Britannica [<https://www.britannica.com/topic/Replacement-theology>].

14 Vgl. Maccoby, Hiam (2020) Der Antisemitismus und die Moderne. Berlin, Leipzig.

dererseits (bis hin zum „Gott des Aristoteles“¹⁵) eine – dem Judentum zutiefst entgegengesetzte – griechisch-dualistische Dogmatik.¹⁶

Ein weiterer Aspekt zu Nähe und Fremdheit führt ins 19. Jahrhundert zurück: So demonstrativ die jüdische Minderheit ignoriert und „draußen“ gehalten wurde, so akribisch wurde sie beobachtet und dies ausgerechnet in sozialem Hinsicht: Denn die – oft erzwungene – soziale Selbstorganisation und die engagierte Bildungsarbeit der jüdischen Gemeinden wurden, im Maß, wie sie Grundlage einer bürgerlichen jüdischen Identität wurden¹⁷, andererseits zur Herausforderung der nicht-jüdischen konservativen Eliten: Ihnen wurde vor Augen geführt, was Kirchen und (christliche) Obrigkeiten breiten Schichten der ‚eigenen‘ Bevölkerung vorenthielten (und in welchem Maß sie das Massenelend der industriellen Revolution zu verantworten hatten).

Doch zurück zum Stichwort ‚Fremdheit‘, d.h. zur Differenz zwischen jüdischer und christlich-aristotelischer Anthropologie, die sich in konträren Basis-Narrativen niederschlägt, aus denen wiederum unterschiedliche sozioethische Prinzipien, oder schlicht: die Prinzipien von Gut und Böse abgeleitet werden.

So fußt der christliche Gut/Böse-Dualismus auf aristotelischen Kopf/Körper-, bzw. Mensch/Tier-Dichotomien, auf der Zuschreibung von egoistischer Körper- und Triebabhängigkeit als dem Bösen und auf der Zuschreibung von ‚selbstloser‘ Rationalität als dem ‚Guten‘. Dabei kann das ‚Böse‘ externalisiert werden: Die Eliten der griechischen Demokratie schreiben sich als politische Elite selbstlose Rationalität zu, dagegen Frauen, Sklaven, natürlich den Barbaren, Behinderten und politischen Gegnern die Verstrickung in ‚körperlichen‘ Egoismus. Die ganz frühe christliche Kirche hat dieses externalisierbare Böse noch theologisch in Form des *Satan* in eine apokalyptische Dimension gesteigert.¹⁸

In der jüdischen Erzählung dagegen, die sinngemäß übrigens auch den Islam bestimmt, hat die Schöpfung jeden Menschen mit einem guten und einem bösen Trieb ausgestattet. Daher lässt sich das Böse nicht externalisieren¹⁹, und hat sogar Sinn: Es ist das von jedem Einzelnen immer wieder zu überwindende Hindernis auf dem Weg zum Guten, zu *Tikkun Olam*²⁰, zur

‚Heilung der Welt‘, zu sozialem Handeln und sozialer Gerechtigkeit. Das Narrativ setzt also ethische Energie frei (oder soll sie freisetzen), weckt aber auch die euphorische Vorstellung einer dereinst intakten Welt – wenn da nicht immer die böse Abweichung wäre.

Den Kontrast zur christlichen Tradition zeigt sich besonders in der Rolle Satans: In der jüdischen Erzählung ist er, in Entsprechung zum ‚bösen Trieb‘, lediglich eine ‚göttliche Petze‘, die über ‚Sünden‘ Buch führt, bzw. immer wieder für Nachschub an Versuchungen sorgt, damit die Menschen was zu tun haben. Man vergleiche, welche furchtbare ideologische Waffe die christliche Tradition daraus gemacht hat.²¹

Der Kontrast wird aber auch mit Blick auf die Kategorie ‚Körper‘ deutlich: Während er christlich-aristotelisch als Wohnung des Bösen oder gar des (christlichen) Satans gelten kann, ist er in jüdischer Sicht Teil der Schöpfung. Eine sinnfällige rabbinische Kurzformel lautet: Ohne Mehl gibt es keine Tora!²² Sprich: Ohne körperliches Wohlergehen kann niemand seinen ethischen Pflichten nachkommen, und von daher gelten demonstrative Askese und Selbstschwächung als unethisch.

Daher ist eine Formel zentral, die die Mitte der Tora bildet, und die doch seit 2000 Jahren rigoros als christliches Eigentum reklamiert wird: Liebe deinen Nächsten – *wie dich selbst*. Der zweite Teil, der in christlichem Kontext gern unkommentiert bleibt, ist kein Aufruf zum Egoismus. Im Gegenteil meint die Formel in jüdischer Perspektive, dass die Selbstachtung Voraussetzung der Nächstensorge ist, dass ein volles Menschsein und soziale Beziehungen zusammen gehören.

Daher werden nicht nur Körperfeindschaft und ‚Weltabgewandtheit‘ abgelehnt, sondern auch die christliche Überhöhung der ‚Armut‘²³, da damit ein Zustand verherrlicht wird, in dem keine Selbstsorge mehr möglich ist und damit die Würde verloren geht – während Ursachen und Verursacher letztlich unangetastet bleiben. Damit jene, die in Not geraten sind²⁴, mental nicht die Identität eines ‚Armen‘ entwickeln, sondern stets an einem ‚vollen Menschsein‘ orientiert bleiben, empfehlen Rabbiner²⁵ sogar, sie sollten angehalten werden, ihrerseits, und sei es symbolisch, anderen in Not zu helfen.

15 Vgl. Ratzinger, Joseph (2006) Der Gott des Glaubens und der Gott der Philosophen: Ein Beitrag zum Problem der theologia naturalis, Trier.

16 Vgl. Stemberger, Günter (1979) Das klassische Judentum. Kultur und Geschichte der rabbinischen Zeit. München.

17 Vgl. Wolff, Eberhard (2014) Medizin und Ärzte im deutschen Judentum der Reformära. Göttingen.

18 Vgl. Pagals, Elaine (1995) The Origin of Satan. New York.

19 Vgl. Buber, Martin (1951) Drei Bilder von Gut und Böse. In: Theologische Zeitschrift, 7/1, S.1-17 [<https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=thz-001%3A1951%3A7%3A3A6>]; Aitken, J. K.; Patmore, Hector M.; Rozen-Tsevi, Yishai (Hg.) (2021) The evil inclination in early Judaism and Christianity. Cambridge etc. [<https://dokumen.pub/the-evil-inclination-in-early-judaism-and-christianity-9781108470827-9781108557153-2020028438-2020028439.html>]; die Frage der ‚Externalisierbarkeit‘, u.a. in kabbalistischen Traditionen diskutiert insbesondere: Rosenberg, Shalom (1989) Good and Evil in Jewish Thought. Tel Aviv.

20 Sacks, Jonathan (2005) To Heal a Fractured World. The Ethics of Responsibility. New York; vgl. auch: Schmidt-Hirschfelder, Katharina (2015) Jeden Tag ein bisschen besser. In: Jüdische Allgemeine vom 16.02.2015 [<https://www.juedische-allgemeine.de/unsere-woche/jeden-tag-ein-bisschen-besser/>].

21 Vgl. Anm. 17.

22 Vgl. Klapheck, Elisa (2014) Wenn es kein Mehl für Brot gibt, gibt es auch keine Tora. [<https://www.salonamgrindel.de/programm/2014-04-06/wenn-es-kein-mehl-fur-brot-gibt-gibt-es-auch-keine-tora>].

23 Vgl. aktuell: Papst Leo XIV. „Dilexi te“, die sich emphatisch den ‚Armen‘ zuwendet. [<https://press.vatican.va/content/salastampa/it/bollettino/pubblico/2025/10/09/0722/01290.html#ted>].

24 Vgl. Rosenzweig, Rachel (1978) Solidarität mit den Leidenden im Judentum. Berlin / New York.

25 Im Anschluss an eine Aussage im Babylonischen Talmud, Traktat Gittin 7b.



Im Kontrast zu einer Nächstenliebe, die im Bereich von individueller Gesinnung und Mitleid verbleibt, zielt die jüdische Nächstensorge – über Mildtätigkeit (*chesed*)²⁶ weit hinaus – auf eine durch Pflichtbewusstsein und Gerechtigkeit (*Zedaka*)²⁷ motivierte Sozial- und Wirtschaftsordnung. In ihr sind Armut und ‚die Armen‘ als **Systemstelle** eigentlich von vornherein nicht vorgesehen – aber eben auch nicht extremer Reichtum.

Das ausgleichende Prinzip ist das der Subsidiarität: Menschen in Not haben Anrecht auf Hilfe, und zwar aus Mitteln, die durch Arbeit, Handel, Handwerk, Unternehmen erwirtschaftet werden. Zugleich ist die Sozialbindung der Gewinne nicht an einen Sozialstaat geknüpft, sondern an genossenschaftliche Strukturen von unten nach oben. Und tatsächlich schaffen es viele jüdische Gemeinden im 19. Jahrhundert, diesen kleinen Kosmos institutionell zu verstetigen, zugeschnitten auf vielfältige Not, Krankheit, und eben Armut.

Dass dies gelingen konnte, liegt gewiss an den zwei anderen Säulen dieser Sozialordnung.

Das eine ist institutionelle Bildung²⁸ als Voraussetzung und Grundlage für ethisches Handeln: Arbeit (wie zuvor ‚Armut‘) darf nicht zur sozialen Reduktion führen, darf nicht gedacht werden ohne Fortbildung, ohne Studium, ohne Gelehrsamkeit, ohne Regeneration. Aber daher können auch „Holzhauer und Wasserträger“²⁹ so gelehrt wie Rabbiner sein. Symbol ist der Schabbat, die Ruhe am siebten Tag, um zu studieren und zu lernen, und – neben Arbeit und Beruf – soziale Verantwortung zu übernehmen.

Und schließlich die dritte Säule: das Recht.³⁰ Wahrscheinlich keine andere Religion ist so durchdrungen von der möglichst praktischen rechtlichen Klärung aller nur denkbaren Fragen

im Zusammenhang gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens, u.a. auch zum Verhältnis Arbeitgeber-Arbeitnehmer, zu fairem Lohn, zu Mieten, Verkäufen, Eigentum, Diebstahl, Übervorteilung u.v. m. – gesammelt in schriftlichen und mündlichen Sammlungen, voran dem Talmud.³¹ Dabei soll stets – über den Ausgleich zwischen richterlicher Strenge und richterlicher Barmherzigkeit – der Einzelfall im Mittelpunkt stehen.³²

Die unmittelbar praktische Ausrichtung von Recht und Sozialethik geht u.a. daraus hervor, dass von den 613 Weisungen, die orthodoxe Juden ein gottgefälliges Leben ermöglichen sollen, allein 120 das ethische Verhalten im wirtschaftlichen Bereich behandeln.³³ Im Verlauf des 19. Jahrhunderts werden die jüdischen Rechtstraditionen erstmals in deutschsprachigen Kompendien zusammengestellt.³⁴

Die lange Tradition enthält erstaunliche Regelungen, so das sogenannte Schabbatjahr, dem jeweils 7. Jahr, in dem die Landwirtschaft ruhen soll und die Feldfrüchte von jedermann geerntet werden dürfen³⁵, oder im jeweils 50sten, dem sogenannten ‚Heimbringer-Jahr‘³⁶, in dem alle territorialen Besitz- und Lehensverhältnisse wieder auf Null zurückgefahren werden sollen – u.v.m.

Der einzige Nachteil: Diese Konzeption als umfassende Gesellschaftsordnung hatte nach der jüdischen Zerstreuung unter die Völker keine Chance der Realisierung, aber auch nicht der Bewährung, wenn man absieht von der israelischen, genossenschaftlichen Kibbuzbewegung nach 1949.³⁷

Und doch hat das Konzept gerade in jener Kultur, die sich nicht erst mit Beginn des Kaiserreichs aufs Ego-Ideal eines ‚christlichen Staats‘ fixierte, der deutschen nämlich, markante Spuren hinterlassen.

26 Deusel, A. Yael (2014) Chesed. Jüdische Allgemeine vom 17.6.2014. [<https://www.juedische-allgemeine.de/glossar/chesed/>].

27 Brenner, Michael (2017) Bei der Hilfe für Bedürftige geht es nicht um Almosen, sondern um Gerechtigkeit. In: Jüdische Allgemeine vom 4.9.2017 [<https://www.juedische-allgemeine.de/politik/recht-auf-zedaka/>]. Vgl. auch: Grözinger, Karl E. (2006) Hesed und Zedaka als göttliche Attribute in der Kabbala. In: Walter, Jakob; Homolka, Walter (Hg.) Hesed and Tzedakah. From Bible to Modernity. Berlin, S. 47-66. [https://tobias-lib.uni-tuebingen.de/xmlui/bitstream/handle/10900/139936/Gr%C3%B6zinger_227.pdf?sequence=1&isAllowed=y].

28 Bernstein, Julia (2021) Lebenslanges Lernen. In: Jüdische Allgemeine vom 16.5.2021 [<https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/lebenslanges-lernen/>].

29 Entsprechend Dtn 29,10.

30 Einen Überblick zur Rechtsauffassung in verschiedenen jüdischen Strömungen gibt: Homolka, Walter (2015) Das Jüdische Recht als pluralistisches Phänomen. Halacha und Autorität im Judentum der Neuzeit. In: Kampling, Rainer; Buschmeier, Alice; Han, Sara; Jünger, David (Hrsg.) Aspekte des Religiösen. Leipzig, S. 61-84..

31 Ladeur, Karl-Heinz; Augsberg, Ino (2013) Talmudische Tradition und moderne Rechtstheorie. Kontexte und Perspektiven einer Begegnung. Tübingen: „Die jüdische Rechtstradition besitzt kein institutionelles Fundament im Sinne eines eigenen, dem des modernen Staats vergleichbaren Justizapparats, sondern ist um einen Text und dessen immer neue, vielfältige Auslegung zentriert. Damit zeigt sie sich als Alternative zum klassisch-nationalstaatlich geprägten Rechtsmodell“ (Abstract).

32 Grözinger, Karl E. (1980) Middat ha-din und Middat ha-rahamim. Die sogenannten Gottesattribute ‚Gerechtigkeit‘ und ‚Barmherzigkeit‘ in der frühen rabbinischen Literatur. In: Frankfurter judaistische Beiträge 8 (1980), S. 95–114 [<https://publishup.uni-potsdam.de/opus4-ubp/frontdoor/deliver/index/docId/1717/file/groezinger1980.pdf>].

33 Kaplan, Nathan Lee (2015) Wirtschaftsethik. In: Zentralrat der Juden in Deutschland; Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (2015): Ethik im Judentum. Berlin, S. 188-204. Vgl. u.a. auch: de Wolf, Abraham; Klapheck, Elisa (2012) Geld und gute Worte. Geld wächst nicht in der Erde, sondern muss erwirtschaftet werden. Markt, Zins und Finanzkrise aus Sicht der Rabbinen. Jüdische Allgemeine vom 10.01.2012 [<https://www.juedische-allgemeine.de/religion/geld-und-gute-worte-2/>].

34 Hirsch, Samson Raphael (1837) Horeb: Versuche über Jissroëls Pflichten in der Zerstreuung. Altona; Saalschütz, Joseph Leopold (1846) Das Mosaische Recht mit Berücksichtigung des spätern jüdischen. Berlin.

35 Almekias-Siegl, Salomon (2021) Ein ganzes Jahr Schabbat. Warum das Schmitta-Gebot zweimal in der Tora steht. In: Jüdische Allgemeine vom 7.5.2021 [<https://www.juedische-allgemeine.de/religion/ein-ganzes-jahr-schabbat/>].

36 Ahren, Yizhak (2015) Zurück an den Besitzer. In: Jüdische Allgemeine vom 11.5.2015 [<https://www.juedische-allgemeine.de/religion/zurueck-an-den-besitzer/>].

37 Zur komplexen Thematik vgl.: Wieler, Danny (2012) Kibbuz – eine Utopie? Israel Office. Friedrich-Ebert-Stiftung [<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/israel/09876.pdf>], sowie: DeMalach, Daniel (2018) Die politische Ökonomie der Kibbuz-Bewegung. Israel Office. Rosa Luxemburg Stiftung [<https://www.rosalux.org.il/artikel/die-politische-oekonomie-der-kibbuz-bewegung/>].



REZEPTION, ABWEHR UND VERDRÄNGUNG

A) DIE „GOLDENE REGEL“

Die grundsätzlichsste Spur, in Form eines Kernsatzes der Aufklärung, stelle ich an den Beginn. Er symbolisiert zugleich das Potenzial, das in einem immer neu befeuerten Prozess der Diskreditierung in der nachfolgenden deutschen politischen und kulturellen Geschichte zerrieben wurde.

Der Satz nimmt seinen Ausgang von 3. Mose 19,18 „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ und führt zunächst zur ‚Goldenen Regel‘ des jüdischen Lehrers Hillel (der zur Zeit von Jesus wirkte): „Was dir nicht lieb ist, das tue auch nicht deinem Nächsten. Das ist die ganze Tora. Alles andere sind Erläuterungen. Geh hin und lern sie!“ Von hier geht es zur ‚Bergpredigt‘ (Mt 7,12), dann aber vor allem zu Moses Mendelssohn.

In seiner Schrift *Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum* (1782) variiert er die Aussage zu: „Wollet ihr gehegt, geduldet und von anderen verschonet sein; so heget und duldet und verschonet euch untereinander! Liebet; so werdet ihr geliebet werden!“ und beschließt die Schrift dann unmittelbar mit Hillels Originalaussage: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Dieses ist der Text des Gesetzes; alles übrige ist Kommentar.“³⁸

Immanuel Kant kommentiert 1783³⁹: „Herr Friedländer wird Ihnen sagen, mit welcher Bewunderung der Scharfsinnigkeit, Feinheit und Klugheit ich Ihren Ierusalem gelesen habe. Ich halte dieses Buch vor die Verkündigung einer großen, obzwar langsam bevorstehenden und fortrückenden Reform, die nicht allein Ihre Nation, sondern auch andere treffen wird.“ Danach formt Kant (in Schriften von 1785, 1788 und 1797) seine ‚Universalisierungsformel‘: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“

Die von Kant in den Raum gestellte, auf der goldenen Regel des Hillel fußende weltumfassende ‚fortrückende Reform‘ hat es bekanntlich nicht gegeben. Doch in dem auf Kant stattdessen folgenden Jahrhundert der anti-jüdischen Repression und auch danach finden sich tiefe Spuren jüdischer AkteurInnen mit nachhaltigen Wirkungen. Beispielhaft seien drei Beispiele genannt.

B) JOHANN JACOB

Am Beginn soll Johann Jacoby⁴⁰ stehen, der über 40 Jahre (1830-1870) eigentlich nonstop als radikaler Bürgerrechtler

und als Motor der Arbeiterbewegung wirkte, überzogen mit Prozessen und Kerkerhaft, bis er schließlich zum Gegenspieler Bismarcks wurde.

Geboren am 1. Mai 1805 als Sohn eines jüdischen Geschäftsmannes in Königsberg besucht er – als einer der ersten Juden überhaupt – das Friedrichskolleg, studiert Medizin und eröffnet im Jahr 1830 gerade seine ärztliche Praxis, als ihn – wie eine ganze Generation – die Pariser Julirevolution in die politische Arena wirft. In der Programmatik, die er bis zu seinem Tod 1877 in unzähligen Reden, Artikeln⁴¹ und seiner konkreten gewerkschaftlichen Vernetzungsarbeit⁴², voranbringt, finden sich alle Prinzipien, über die wir schon sprachen – nur vermeidet es Jacoby, sein Judentum nach vorn zu stellen.

Zentral ist für ihn der Grundsatz, dass Gerechtigkeit beim Einzelnen anfängt und endet – jeder Einzelne hat die Pflicht, die göttliche Vollkommenheit nachzuahmen: hinsichtlich des Nächsten, dann der Gemeinschaft und schließlich der Menschheit – und er ist es, der Gerechtigkeit einklagen kann. In dieser Dynamik von unten und in dieser Kooperation entsteht Gerechtigkeit. Daher haben umgekehrt Kollektive, Staat, Kirche, Nation weder die moralische Legitimation, sie zu entziehen, noch sie zuzuteilen, also dem Einzelnen paternalistisch die ethische Autonomie zu nehmen. Schon hier wird deutlich, wie verfehlt Jacoby die Bismarck'sche Sozialpolitik hielt – doch dazu gleich mehr.

Für ihn bilden sich Kollektive, wenn eine Gesellschaft intakt ist, von unten nach oben als Teile und Kooperationspartner im Prozess der Gerechtigkeit heraus. Und – ganz wichtig – Gerechtigkeit darf nicht dem Gutdünken Einzelner ausgeliefert sein: sie fußt auf verbrieften Rechten, einer am konkreten Fall orientierten, ausgleichenden Rechtsprechung und vor allem: auf der Bildung und Weiterbildung.

Aus dieser radikaldemokratischen Perspektive heraus kann Jacoby einer binären Freund/Feinddefinition der ökonomischen Verhältnisse, z.B. dem ewigen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wenig abgewinnen. Deshalb lässt sich Jacoby von niemandem in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vereinnahmen. Wie erfolgreich, zeigt sein Begräbnis in Königsberg 1877⁴³, bei dem sich etwa 5000 Trauergäste versammeln (in ganz Deutschland noch einmal 5000 bei lokalen Feiern): Abordnungen verschiedenster Vereinigungen kämpfen um die Plätze hinter dem Sarg und reklamieren Jacoby für sich – die Sozialistische Partei Deutschlands, Arbeitervereine vieler Städte, Arbeiterfrauen Berlins, demokratische Vereine von Berlin und Frankfurt a. M., der Königsberger Handwerkerverein, die schwäbische Volkspartei und viele mehr. Man kann sagen: Jacoby hatte es geschafft, sie alle zu vereinen, ohne je an ihrer Spitze gestanden zu haben.

38 Mendelssohn, Moses [2005] *Jerusalem oder über religiöse Macht und Judentum*. Hrsg. von Michael Albrecht, Hamburg, S. 27 / S. 103.

39 Brief 206 an Mendelssohn vom 16. Aug. 1783 [https://www.korpora.org/kant/briefe/206.html].

40 Vgl. Silberner, Edmund, „Jacoby, Johann“ in: *Neue Deutsche Biographie* 10 (1974), S. 254-255 [https://www.deutsche-biographie.de/sfz49382.html#dbcontent].

41 Vgl. Jacoby, Johann (1872) *Gesammelte Schriften und Reden*. Hamburg. [https://archive.org/details/gesammelteschri02jacogoog/page/n10/mode/2up] [https://archive.org/details/gesammelteschri01jacogoog].

42 Vgl. u.a. die Darstellung: Mayer, Gustav (1911) *Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863-1870)*. In: Grünberg, Carl (hrsg.) *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* 2/1. Leipzig, S. 1-67. [https://library.fes.de/gruenberg/gruenberg%20archiv%2002_1912.pdf].

43 Die Begräbnisfeier Johann Jacoby's in Königsberg i. Pr. am 11. März 1877 Berlin 1877 [https://books.google.de/books?id=q11kBJlNY-AC&pg=PP1&hl=de&source=gbs_selected_pages&cad=1#v=onepage&q&f=false].



Wenn Jacoby bereits die Vision von Sozialpartnern verfolgt, so führen seine Grundsätze, seine fundamentale Kritik am „Lohnarbeitssystem“ und an der Ausbildung von „Großgewerbebetrieben“ zu einer Vision, die ich schon erwähnte: zur Genossenschaftsidee – der Einbindung von Kapital, Gewerbe, Arbeit und sozialer Gerechtigkeit in einem.

In seinem Vortrag unter dem Titel *Das Ziel der Arbeiterbewegung* vor Berliner Wählern am 7. Juni 1870 hat Jacoby diese Konzeption im Detail formuliert, übrigens in empörter Abgrenzung zu einer auf Aristoteles basierten europäischen Sozialdoktrin. Der Text wurde in vielen demokratischen und sozialistischen Zeitungen abgedruckt⁴⁴ und zeigt Jacobys Position zwischen den diversen –ismen der Zeit. Dies allerdings führte nicht nur dazu, dass ihm die verschiedenen Lager wechselnde, oft nicht schmeichelhafte Labels umhängten, sondern auch, dass die spezifisch jüdischen Quellen dieses Ansatzes nie thematisiert wurden – auch nicht durch Jacoby selbst, der offensichtlich antisemitische Reflexe fürchtete.

C) DIE JÜDISCHE FRAUENBEWEGUNG NACH 1870

Mit dem zweiten Beispiel bleiben wir in der Bismarck-Ära, in der die vielfältigen Fürsorgeeinrichtungen und Sozialkassen innerhalb der deutschen jüdischen Gemeinden in gewissem Maß etabliert waren. Die historische Entwicklung dorthin ist jedoch von einem komplexen Wechselspiel zwischen rechtlicher Gleichstellung, faktischer Exklusion und bewusster Autonomie gekennzeichnet. Während Juden ab dem preußischen Emanzipationsedikt von 1812 formal Anspruch auf kommunale Armenfürsorge besaßen, verwehrten lokale Behörden ihnen diesen Zugang oft bis weit ins 19. Jahrhundert hinein. Gleichzeitig bevorzugten viele jüdische Gemeinden aus religiösen und / oder kulturellen Gründen ein eigenständiges, auf dem Prinzip der *Zedaka* basierendes Wohlfahrtssystem. Das Ergebnis war ein differenziertes System der Fürsorge, das erst 1917 durch die Gründung der *Zentralwohlfahrtsstelle* zentralisiert wurde.⁴⁵

Damit sind die antisemitischen, u.a. völkischen Angriffe, die die Entwicklung begleiteten, schon angedeutet, konnte man die genossenschaftliche Praxis doch als Nachweis des ‚jüdischen Egoismus‘ und des fehlenden Patriotismus deuten. Jüdische Publizisten antworteten aber mit einer Gegenrech-

nung – und trugen so zur Entstehung einer spezialisierten, statistisch unterfütterten „jüdischen Sozialwissenschaft“ bei. Sie konnten nämlich nachweisen, dass die Sozialpraxis in den jüdischen Gemeinden im Vergleich zur (christlichen) Gesellschaft zu weniger Kriminalität, zu intakteren Ehen und stabileren Familienstrukturen unter Juden führte – im Gegensatz zu dem durch die Industrialisierung potenzierten Elend und zur Bildungsmisere im ‚christlichen Staat‘.⁴⁶

Susanne Zeller⁴⁷ hat darauf aufmerksam gemacht, wie die Sozialarbeit dort organisiert war, nämlich in „jahrhundertealten, kommunal-polizeilich geprägten Armenpflegestrukturen“, hauptsächlich ausgefüllt „mit unausgebildeten, ehrenamtlich tätigen Armen- und Polizeipflegern“ (also Männern), die lediglich ‚aufbewahrende‘ und ‚disziplinierende‘ Funktionen hatten.

Auf jüdischer Seite tat sich etwas anderes: Eine jüdische Frauenbewegung baute zwischen 1870 und letztlich bis 1933 in Deutschland Strukturen einer professionellen Sozialhilfe, d.h. auch der Ausbildung auf, die bis heute nachwirken. Zeller nennt Lina Morgenstern, Jeanette Schwerin, Alice Salomon und andere⁴⁸, die der Sozialarbeit nunmehr gesellschaftliche Gerechtigkeitsmaximen zugrundlegten und daher die auf ‚Mitleid‘ aufgebauten bürgerlichen Wohltätigkeitsformen wie Basare oder Benefizveranstaltungen ablehnten.⁴⁹

Die egalitäre Dynamik rief aber auch die höchste politische Ebene auf den Plan, in Form der sozialpolitischen Initiativen Bismarcks und Wilhelms I. (1881-1889). Vorbild waren ursprünglich die Maßnahmen Napoleons III., der staatliche Sozialleistungen gezielt einsetzte, um bürgerliche Abhängigkeiten vom Staat herzustellen und so die soziale Dynamik von unten einzufangen. Ähnliche Ideen verfolgte Carl Ludwig Baare⁵⁰, Bismarcks Berater und Generaldirektor des Bochumer Vereins, eines großen Montan-Unternehmens: Er etablierte einen mit Sozialdiensten ausgestatteten Arbeiterstadtteil, um die Arbeiter familiär und ideologisch an den Konzern zu binden.

Bismarcks Sozialgesetzgebung folgte diesen Leitlinien eines obrigkeitlich geprägten ‚praktischen Christentums‘. Sie waren aber zugleich eine kulturkämpferische Maßnahme gegen die egalitäre Dynamik, die von jüdischer Seite ausging. Dies zeigt sich an Bismarcks Berufung (1881) des Juristen Theodor

44 Vgl. https://books.google.de/books?id=iQ1eAAAAcAAJ&pg=PA1&hl=de&source=gbs_selected_pages&cad=1#v=onepage&q&f=false. Eine englische Übersetzung erschien 1870 [<https://catalog.hathitrust.org/Record/011623827>], eine Übersetzung für die USA 1887 [https://en.wikisource.org/wiki/The_Object_of_the_Labor_Movement].

45 Eine eingehende Darstellung ist an dieser Stelle allerdings nicht möglich. Vgl. Hering, Sabine; Maierhof, Gudrun; Stascheit, Ulrich u.a. (Hrsg.) Schriftenreihe des Arbeitskreises Geschichte der jüdischen Wohlfahrt in Deutschland. Frankfurt/Main) [<https://akjw.hypotheses.org/publikationen>].

46 Schüler-Springorum, Stefanie (2021) Soziale Ungleichheit und Wohlfahrt 1800 bis 1945. Bundeszentrale für Politische Bildung [<https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/juedischesleben/juedisches-leben-videos/337684/soziale-ungleichheit-und-wohlfahrt-1800-bis-1945/>].

47 Zeller, Susanne (1999) Nicht Almosen, sondern Gerechtigkeit. In: VIA REGIA. Blätter für internationale kulturelle Kommunikation 64/65, S. 14-20; dies. (1997) Soziale Arbeit und Judentum. In: Soziale Arbeit 46, S. 110-121.

48 Hering, Sabine; Knobloch, Charlotte (2007) Jüdische Wohlfahrt im Spiegel von Biographien. Frankfurt a.M.: Toppe, Sabine (2024) Zur Rolle jüdischer Frauen in der Entwicklung Sozialer Arbeit als (Frauen-) Beruf, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv [<https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/zur-rolle-juedischer-frauen-der-entwicklung-sozialer-arbeit-als-frauen-beruf>].

49 Vgl. Seemann, Birgit (2012) „Mit den Besiegten“. Hedwig Lachmann (1865-1918) – deutsch-jüdische Schriftstellerin und Antimilitaristin. Lich bei Gießen; dies. (1996): Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung. Opladen.

50 Däbritz, Walter (1953) Baare, Louis. In: Neue Deutsche Biographie 1, S. 477-478 [<https://www.deutsche-biographie.de/pnd117534501.html#ndbcontent>].

Christian Lohmann (1831-1905)⁵¹ als erstem Berater: Er war protestantischer *Präsidenten der Gesellschaft zur Beförderung des Christentums unter den Juden* (1876-1898) und Funktionär der *Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden*.

D) FRANZ OPPENHEIMER

Schließlich die dritte Spur, die mit dem Namen Franz Oppenheimer (1864–1943) verknüpft ist, aber pessimistischer als die Beispiele zuvor endet. Wie Johann Jacoby zunächst Mediziner, politisiert sich Oppenheimer angesichts der sozialen Bedingungen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts und legt sich auf volkswirtschaftlich-praktische Themen. In vielen seiner wirtschaftswissenschaftlichen Titel⁵² kehren nun schon bekannte Themen wieder, die Genossenschaftsidee (Oppenheimer experimentiert mit Projekten in Brandenburg und beteiligt sich später an zionistischen Projekten)⁵³, das Thema der gerechten Verteilung der Güter⁵⁴ und sein Versuch, zwischen Kapitalismus und Kommunismus den Mittelweg eines ‚liberalen Sozialismus‘ zu konzipieren.⁵⁵ Hinzu kommt Oppenheimers schon fast anarchistische Staatskritik.⁵⁶

Wie viele andere⁵⁷ unterschätzt Oppenheimer, der wissenschaftlich und politisch engagiert zwischen Palästina, Europa und den USA pendelt, die Radikalität des NS-Regimes und kehrt trotz vielfältiger Warnungen 1936 nach Deutschland zurück. Im letzten Moment gelingt ihm (und seiner Tochter) im Januar 1939 die Flucht zuerst nach Japan, dann weiter nach Schanghai und von dort – bereits schwer krank – nach Los Angeles, wo er 1943 stirbt.

Kurz vor der Flucht aus Deutschland schafft es – so der Bericht der Tochter⁵⁸ – ein früherer Doktorand noch, sich von Oppenheimer zu verabschieden. Es ist Ludwig Erhard, der ein nahezu freundschaftliches Verhältnis zu Oppenheimer entwickelt hatte und der anlässlich Oppenheimers 100. Geburtstag

im Jahr 1964⁵⁹ sehr ausführlich seine tiefe persönliche und politische Verankerung in Oppenheimers Wertewelt unterstrich: „Ich denke auch noch mit Wehmut und Trauer an den Abschied. Er hatte Tränen in den Augen, als er sagte: ‚Nun muß ich mein Vaterland verlassen.‘“⁶⁰

Erhard deutet das von ihm vertretene Konzept der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ als Versuch, Oppenheimers Forderung nach einem „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus („fast seinem Auftrag gemäß“) umzusetzen, nimmt aber zugleich erhebliche Abstriche vor: So habe er Oppenheimers Formel „eines liberalen Sozialismus“ eher als ‚sozialen Liberalismus‘ ausgelegt. Als ‚Neoliberaler‘ zu gelten, weist er zudem nicht wirklich zurück, sondern meint, „Gelehrte, von Walter Eucken angefangen über Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow zu Hayek und Franz Böhm“ hätten „im tiefsten Grunde Oppenheimersches Gedankengut in sich aufgenommen“.

Erhard rechtfertigt eine solche Vereinnahmung nicht nur durch seinen und der Genannten Kampf für freien Wettbewerb und gegen Monopole, der sich in Erhards Antikartellgesetzen niedergeschlagen habe: Er verweist auch auf Oppenheimer selbst, dem der tiefe Graben zwischen der „reinen und der politischen Ökonomie“, d.h. zwischen theoretischen Konzepten und gegebenen sozialen und geschichtlichen Verhältnissen, insbesondere in Form „der Interessenlage der einzelnen Gruppen“, sehr bewusst gewesen sei.

Dennoch: Erhards Vereinnahmung Oppenheimers für das bundesdeutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft⁶¹ trägt alle Merkmale von Reduktion, Verfremdung und Verdrängung und steht noch einmal – und hier besonders markant – für den Umschlag von vermeintlicher ‚Nähe‘ in ‚Fremdheit‘: Es ist nicht erkennbar, dass Erhard den spezifisch jüdischen Kontext der Konzepte Oppenheimers je thematisiert (oder überhaupt wahrgenommen oder anerkannt) hätte, obwohl letzterer mit Bezug auf seine deutschen Genossenschaftsexperimente und seine zionistischen Aktivitäten⁶², aber auch hin-

51 Zitt, Renate (1997) Zwischen Innerer Mission und staatlicher Sozialpolitik. Der protestantische Sozialreformer Theodor Lohmann (1831-1905). Heidelberg.

52 Kruck, Werner (2006) Franz Oppenheimer Bibliographie o.O. [<http://www.franz-oppenheimer.de/fobib.htm>]; ebenso: [<https://www.franz-oppenheimer.de/>].

53 Die Siedlungsgenossenschaft. Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage. Leipzig 1896 - Die soziale Bedeutung der Genossenschaft. Berlin 1899 – Freier Handel und Genossenschaftswesen. Berlin 1918.

54 Großgrundeigentum und soziale Frage. Berlin 1898 - Gemeineigentum und Privateigentum an Grund und Boden. Berlin 1914.

55 Weder Kapitalismus noch Kommunismus. Stuttgart 1962.

56 In: The Idolatry of the State. In: Review of Nations, Band 2, 1927, S. 13-26 [<https://www.franz-oppenheimer.de/fo27a.htm>]. Der Artikel erschien nicht auf Deutsch.

57 Vgl. zum folgenden die detaillierte Biografie: Lichtblau, Klaus (2015) Chronik Franz Oppenheimer (1864 –1943) [https://www.fb03.uni-frankfurt.de/54043985/Oppenheimer_Chronik_06_02_2015.pdf].

58 Vgl. Anm. 55, S. 150.

59 Erhard, Ludwig (1988) [1964] Franz Oppenheimer, dem Lehrer und Freund. In: Ludwig Erhard, Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Düsseldorf etc., S. 858 – 864. [<https://www.franz-oppenheimer.de/le64a.htm>].

60 Vgl. Anm. 57 (am Schluss).

61 Peretz, Dekel; Kotowski, Elke-Vera (2016) Franz Oppenheimer. Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Leipzig. Schöpfer des Begriffs war Erhards „Mitarbeiter Alfred Müller-Armack, ehemaliger Berater des NS-Regimes, anfänglicher Bewunderer seiner Arbeitsbeschaffungspolitik und seit dem Jahr 1940 Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.“ (Rhonheimer, Martin (2017) Ludwig Erhards Konzept der sozialen Marktwirtschaft und seine wettbewerbstheoretischen Grundlagen. In: Journal for Markets and Ethics/Zeitschrift für Marktwirtschaft und Ethik, 5(2) [<https://wirtschaftundethik.de/wp-content/uploads/2022/03/GWE-39.pdf>], hier S. 85/86).

62 Zu Oppenheimers – auch widersprüchlichen zionistischen Anschauungen vgl. Peretz, Dekel (2022): Zionism and Cosmopolitanism. Franz Oppenheimer and the Dream of a Jewish Future in Germany and Palestine. Berlin/Boston; ders. (2017) Franz Oppenheimer: A Pioneer of Diasporic Zionism. In: Brunotte, Ulrike; Mohn, Jürgen; Späti, Christina (Hg.) Internal outsiders - imagined orientals? Antisemitism, colonialism and modern constructions of Jewish identity. Würzburg, S. 187–200.



sichtlich der Last des Antisemitismus aus seinem jüdischen Kontext keinen Hehl machte.⁶³

Es ist daher recht zweifelhaft, ob Erhard – über seine sehr knappe Dissertationsarbeit⁶⁴ zu einem Detailaspekt hinaus – überhaupt Schriften Oppenheimers wissenschaftlich rezipiert hat: Dessen eigentlich zentralen (und eigentlich revolutionären) Forschungsthesen zum Konnex zwischen ‚Kapitalismus‘ und ‚Bodenmonopolen‘ und zu seiner daraus folgenden Konzeption von ‚Genossenschaft‘ haben in Erhards Schriften keine Spuren hinterlassen. Sie wurden, wie Erhards Biograf Volker Hentschel⁶⁵ höflich schreibt, „von Erhards wirtschaftspolitischen Konzept nicht miteinander vermittelt“, vielmehr habe Erhard das, was er möglicherweise von Oppenheimer aufnahm, schon nach seiner Dissertation (1925) „gründlich vergessen“.

Stattdessen vereinnahmte Erhard (in seiner großen Laudation des Jahres 1964) Franz Oppenheimer für das ‚reine Deutschtum‘ – und hielt so dessen Judentum hinter dem ‚Schirm der Unsichtbarkeit‘: „Denn er fühlte sich als Deutscher. Er verkörperte im reinsten und edelsten Sinne deutschen Geist und deutsche Kultur.“⁶⁶

Doch hinderte diese Unsichtbarkeit Erhard nicht, die viel-sagenden Hinweise auf seinen ‚jüdischen Lehrer‘ nicht nur während seiner Bonner Zeit (insbesondere 1965 und 1967) im Verhältnis zu Israel als diplomatisches Instrument einzusetzen: Der Hinweis diente ihm nach 1945 auch als Nachweis seiner vorgeblichen Integrität während der NS-Zeit. Recherchen von Ulrike Herrmann⁶⁷ zeigen Erhard dagegen schon 1933 im gut dotierten Dienst eines in die NS-Verwaltung integrierten *Instituts für Wirtschaftsbeobachtung*, ab 1935 als Mitbegründer einer *Gesellschaft für Konsumforschung (GfK)*, 1938/39 als Wirtschaftsberater eines Reichskommissars hinsichtlich der „wirtschaftlichen Eingliederung Österreichs“ und ab 1940 als Gutachter zur ökonomischen Ausbeutung der annektierten Gebiete in Polen und Lothringen. Als daher Erhard im Januar 1939 den Lehrer Oppenheimer vermeintlich so empathisch (im letzten Moment vor der Festnahme durch die Nazis) in die dramatische Flucht nach Japan verabschiedet, tut er dies bereits als Rädchen und Nutznießer im NS-Staat.

SCHLUSSBEMERKUNG

In der vorausgehenden Skizze wurden – u.a. mit Johann Jacoby, mit Lina Morgenstern, Jeanette Schwerin, Alice Salomon und Franz Oppenheimer – Persönlichkeiten hervorgehoben, an deren Seite Hunderte anderer Jüdinnen und Juden stehen könnten, die sich bis zur Shoah nicht weniger in den Kampf um Gleichheit und Gerechtigkeit geworfen haben. Gewiss – manche von ihnen – wie Rosa Luxemburg – haben den Zugang zum kulturellen Gedächtnis der Deutschen gewonnen. Aber selbst sie teilen – soweit ich dies einschätzen kann – das Schicksal vieler anderer: Ihr Judentum bleibt im öffentlichen, teilweise auch linken Verständnis eine eher abstrakte Zugehörigkeit:

Die Wahrnehmung der Differenz zwischen egalitären jüdischen und ‚christlich-abendländischen‘ Prinzipien des Sozialen bleibt verschüttet und damit sind auch die frischen, neuen, unkonventionellen sozialpolitischen Inspirationen noch weitgehend unsichtbar, die sich aus jüdischen Perspektiven aufs Soziale ergeben. Die zu Beginn vor allem mit Blick auf Deutschland diagnostizierte Amnesie geht nicht zuletzt daraus hervor, dass von den vielen, weltweit rezipierten Werken des 2020 verstorbenen britischen Oberrabbiners Jonathan Sacks (zu grundsätzlichen Perspektiven des zeitgenössischen Judentums) keine deutschen Übersetzungen existieren.⁶⁸

Mit dem Band *Ethik im Judentum*⁶⁹ haben der Zentralrat der Juden in Deutschland und der Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund im Jahr 2015 daher ein außerordentlich verdienstvolles, deutschsprachiges Kompendium geschaffen. Die Basis eines vielstimmigen deutschsprachigen Forums für jüdische Perspektiven entsteht darüber hinaus durch die von der Frankfurter Rabbinerin Elisa Klapheck (und MitautorInnen) herausgegebenen Reihen und Monografien.⁷⁰ Mit dem 2021 in Frankfurt eröffneten *Buber Rosenzweig Institut für Jüdische Geistes- und Kulturgeschichte der Moderne und Gegenwart* und der ebenfalls in Frankfurt im Bau befindlichen *Jüdischen Akademie* eröffnen sich – in Anlehnung an das frühere *Freie Jüdische Lehrhaus in Frankfurt* – viele weitere Möglichkeiten.⁷¹

63 Oppenheimer, Franz (1929) Mein wissenschaftlicher Weg. In: Felix Meiner (Hg.), Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen 2, Leipzig, S. 69 – 116 [<https://www.franz-oppenheimer.de/fo29a.htm>].

64 Unter dem Titel „Wesen und Inhalt der Werteinheit“ (1925). Erhard bewertet darin einige Arbeitsbegriffe Oppenheimers kritisch. Vgl. Hentschel, Volker (1998) Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. Berlin, S. 15.

65 Ebd.

66 Vgl. Anm. 57 (Schlussatz).

67 Herrmann, Ulrike (2019) Überfälliger Denkmalssturz. Ein Profiteur der Nazis. In: taz vom 23.9.2019 [<https://taz.de/Ueberfaelliger-Denkmalsturz/!5624636/>]; vgl. auch: Schmidt, Katharina (2020) Der Mythos vom „Wundermann“ Ludwig Erhard. In: Rundfunk und Geschichte 46/3-4, S. 108-111 [<http://dx.doi.org/10.25969/mediarep/19037>].

68 Blume, Michael (2024) Gewalttätig sind nicht nur die Anderen – Post-dualistische Weisheit von Lord Rabbi Jonathan Sacks (1948 – 2020). [<https://scilogos.spektrum.de/natur-des-glaubens/gewalttaetig-sind-nicht-nur-die-anderen-post-dualistische-weisheit-von-lord-rabbi-jonathan-sacks-1948-2022/>]. Auch den umfassenden Artikel „Ethics“ (in der Jewish Encyclopedia (2002-2021) [1901-1906] [<https://www.jewishencyclopedia.com/articles/5888-ethics>] gibt es nur auf Englisch.

69 Zentralrat der Juden in Deutschland; Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund (2015): Ethik im Judentum. Berlin.

70 <http://www.elisa-klapheck.de/publikationen>.

71 <https://buber-rosenzweig-institut.de/institut/>.

Erneuerung im Gegenwind

ERFAHRUNGEN MIT KONFLIKTORIENTierter, DEMOKRATISCHER UND POLITISCHER GEWERKSCHAFTSARBEIT

Von Fanny Zeise

EINLEITUNG:

Gewerkschaften stehen vor alten und neuen Herausforderungen. Während Tarifbindung und Organisationsgrad sinken, erleben selbst gut organisierte Arbeiter:innen der Automobilindustrie eine Zeitenwende der Arbeitsbeziehungen (Dörre 2025). Die Sozialpartnerschaft wird mit Beschäftigungsabbau und sinkenden Tarifstandards auch bei den Endherstellern infrage gestellt. Doch das Bild ist nicht nur von Niedergang geprägt: In den Inflationsjahren 2022/23 erzielten Gewerkschaften in kämpferischen Tarifrunden beachtliche Erfolge. Ver.di verzeichnete 2023 die beste Mitgliederentwicklung seit ihrer Gründung (ver.di 2023).

Heute verschärft ein gesellschaftlicher Rechtsruck die Lage. Die AfD erstarkt, Union und SPD setzen auf Repression gegenüber Bürgergeldbezieher:innen und diskutieren Einschnitte in soziale Sicherungssysteme. Das Ausgreifen rassistischer Diskurse gegenüber Geflüchteten und Migrant:innen – zeigt sich zunehmend auch im Betrieb und unter Gewerkschaftsmitgliedern. Angesichts massiver Aufrüstung drohen Haushaltsengpässe, die soziale Infrastruktur und einen sozial-ökologischen Umbau der Industrie bedrohen.

Wie können Gewerkschaften Gegenmacht im Gegenwind aufbauen? Diese Frage stand im Mittelpunkt der 6. Konferenz gewerkschaftlicher Erneuerung (RLS, Mai 2025), auf der etwa 3.000 Aktive aus Gewerkschaften, Bewegungen und Parteien konkrete Strategien diskutierten.

Dieser Artikel analysiert Erneuerungsstrategien der letzten Jahre, die sich durch drei zentrale Merkmale auszeichnen: **Konfliktorientierung, demokratische Beteiligung und politische Einbettung**. Anhand konkreter Beispiele – von Tarifikämpfen im öffentlichen Dienst bis zu industriellen Abwehr-

kämpfen – wird der Stand gewerkschaftlicher Erneuerung dargestellt und Perspektiven für eine offensive Gewerkschaftsarbeit und ihre gesellschaftliche Relevanz diskutiert.

1) DEFENSIVE UND ERNEUERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Die Defensive der Gewerkschaften ist kein neues Phänomen. Neoliberale politische Weichenstellungen, die auch auf Drängen marktliberaler Kräfte sowie der Unternehmensverbände zu Stande kamen, schwächten die Gewerkschaften seit den 1990er Jahren: Liberalisierungen und Privatisierungen im öffentlichen Dienst, der dadurch zersplitterte Flächentarifvertrag, die Hartz-Gesetze mit Deregulierung des Arbeitsmarktes, prekärer Beschäftigung und Druck auf Erwerbslose und die Verankerung des Sparzwanges über EU-Austeritätsregeln und die Schuldenbremse.

In den Gewerkschaften regte sich zu spät Protest gegen die Agenda 2010, um die Angriffe der SPD-geführten Bundesregierung zu verhindern. Gleichzeitig kündigten die Unternehmen in vielen Bereichen die Sozialpartnerschaft auf, begannen Tariffucht und bekämpften Betriebsräte und Gewerkschaften. Aggressive Union-Busting-Strategien der Arbeitgeber waren keine Seltenheit mehr.

Auf diese neuen betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen waren die Gewerkschaften nicht vorbereitet und entschieden häufig, schmerzhaft Kompromisse einzugehen, anstatt den Konflikt zu suchen. Die Öffnung von Tarifverträgen im Bereich der IG Metall nach unten (sog. Pforzheimer Abkommen) und der damit einhergehenden Verbetrieblung überforderte Betriebsräte und minderte die Fähigkeit der Gewerkschaft mit überbetrieblichen Standards Konkurrenz zu minimieren. Bestehende sozialpartnerschaftliche Strukturen



entwickelten sich unter den veränderten Kräfteverhältnissen zunehmend in Richtung von Wettbewerbspartnerschaft und Co-Management. Viele Unternehmen setzten auf gewerkschafts- und betriebsratsfeindliche Strategien wie der Onlinehändler Amazon und der Automobilhersteller Tesla in Brandenburg.

Die Mitgliederentwicklung ist – mit wenigen Ausnahmen einzelner Gewerkschaften – seit Jahrzehnten rückläufig und fiel Ende 2024 auf den Stand von 5, 6 Millionen (DGB 2024). Prekäre Beschäftigung schränkt ihre kollektive Handlungsfähigkeit ein und die Tarifbindung sinkt dramatisch.¹

Angesichts dieser bedrohlichen Lage begann Ende der 2000er Jahre eine Debatte in Gewerkschaften und Wissenschaft, die die schwindenden Machtressourcen der Gewerkschaften analysierte, aber auch ihre strategische Handlungsfähigkeit betonte.

Ein Team junger Wissenschaftler:innen um den Lehrstuhl von Klaus Dörre in Jena konstatierte die voranschreitende Aushöhlung ihrer institutionellen Macht durch Arbeitgeber und Politik und schlug vor, sich auf ihre Organisationsmacht – also die kollektive Handlungsfähigkeit ihrer Mitglieder – zu besinnen und diese auszubauen (Brinkmann u.a.: 2008). Über den sogenannten *Machtressourcen-Ansatz* (Schmalz/ Dörre 2014) wurden Gewerkschaften wieder ein interessantes Forschungsobjekt. Es entstanden viele wissenschaftliche Arbeiten, die sich mit gewerkschaftlichen Kämpfen und ihren Erneuerungsmomenten beschäftigten. Weiterhin besteht mit dem AK Strategic Unionism ein hochschulübergreifender Austauschraum der Gewerkschaftsforschung, dessen Fokus auf gewerkschaftliche Handlungsstrategien liegt.

Zeitgleich suchten auch einzelne Gewerkschafter:innen nach einer neuen Strategie und erprobten neue Herangehensweisen bzw. griffen zurück auf verschüttete offensive Praktiken zur Stärkung der Gewerkschaftsmacht. Dafür stand unter anderem der *Organizing-Ansatz*, mit dem einige US-Gewerkschaften unter Führung der SIEU 1995 hohe Mitgliedererfolge feierten.

Seit Mitte der 2000er-Jahre versuchten die deutschen Gewerkschaften diese systematische und konfliktorientierte Organisationsarbeit in einzelnen Projekten auf die Situation in Deutschland zu übertragen. Seitdem haben IG Metall und ver.di größere Organizing-Projekte aufgestellt und auch weitere DGB-Gewerkschaften sammelten damit Erfahrungen (Dribbusch 2023: 83).

Mit der US-amerikanischen Organizerin Jane McAlevey, deren Werke von der Rosa-Luxemburg-Stiftung ins Deutsche übersetzt wurden (McAlevey 2019; 2021) und die in Deutschland insbesondere im Klinikbereich Anwendung fanden, wurde ihr Ansatz des *Deep Organizing* in Deutschland populär. McAlevey grenzt sich vom *Mobilizing-Ansatz* der SIEU ab, indem sie den Beschäftigten eine zentrale Rolle in der Organizing-Kampagne und damit auch bei Mitgliedergewinnung, Verhandlung und Konzeption zuweist (Wilde 2019).

Auf Grund der Fragmentierung der Tarifverträge und einer Vielzahl kleinerer Tarifverhandlungen, aber auch durch aggressive Arbeitgeberstrategien wurden den Gewerkschaften viele Konflikte aufgedrängt, die ihnen oftmals als Übungsfeld für Praxen der Erneuerung dienten. Die Häufigkeit von Streik in den 2000er Jahren nahm gegenüber den vorigen Jahrzehnten zu, während sich das Arbeitskampfvolumen, die wegen Streiks ausgefallenen Arbeitstage, verringerte (Dribbusch 2023: 101).

ZENTRALE MERKMALE GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG

Erneuerung umfasst mehr als nur einen technischen Instrumentenkoffer, wie die Debatte um Organizing zeigt. Stattdessen muss sie inhaltlich gefüllt werden. Auf den Konferenzen gewerkschaftlicher Erneuerung haben wir versucht, den Gehalt erneuerter Gewerkschaftspraxis als konfliktorientiert, demokratisch und politisch zu beschreiben, wobei alle drei Aspekte oft miteinander verwoben sind.

Konfliktorientierung oder offensive Gewerkschaftsarbeit meint die Bereitschaft zum Konflikt angesichts des grundlegenden Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit und die Einsicht, dass angesichts der Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Ungunsten der Beschäftigten die reine Androhung des Arbeitskamps oftmals nicht mehr ausreicht. Für erfolgreiche Streiks ist ein hoher Organisationsgrad aber auch die Streikbereitschaft der Beschäftigten notwendig. Umgekehrt treten in Streiks und Konflikten oftmals viele Beschäftigte, auch wegen des Anspruchs auf Streikgeld, in die Gewerkschaft ein. Konflikte führen also zu Organisierung.

Eng verknüpft mit einer Stärkung von Konfliktfähigkeit ist eine demokratische oder beteiligungsorientierte Gewerkschaftsarbeit, da von ihr Motivation, Engagement und die Einheit der Kolleg:innen in den jeweiligen Auseinandersetzungen abhängt.

Politische Gewerkschaftsarbeit meint, die politische bzw. gesellschaftliche Ebene eines Konflikts mitzudenken und zu artikulieren, um beispielsweise Druck auf Unternehmen oder auf Regierungen auszuüben, die Öffentlichkeit für sich zu gewinnen oder gesellschaftliche Bündnisse einzugehen. Zentral ist für diese Sichtweise, das gewerkschaftliche *Kerngeschäft* der Tarif- und Betriebsarbeit und das *politische Mandat* der Gewerkschaften als untrennbar zusammen gehörig zu begreifen. Darin markiert das *politische Mandat* den Anspruch, die politische Vertretung der Interessen der Beschäftigten offensiv – und auf den unterschiedlichsten Ebenen – mitzudenken und umzusetzen. Tarifliche und betriebliche Konflikte haben immer eine politische Dimension, weil sie das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit bearbeiten. Sie tasten die Herrschaftsstruktur im Betrieb an, eröffnen kollektive Handlungsperspektiven, setzen Bewusstseins- und Emanzipationsprozesse in Gang und können Politisierung und Bündnisse mit betroffenen Bevölkerungsgruppen und linken Aktiven und Parteien ermöglichen.

1 Die Zahl der Tarifbeschäftigten sank zwischen 1996 und 2024 von 67 auf 41 Prozent (Hohendanner: 2025).

Diese zentralen Stränge von Erneuerung scheinen in vielen Konflikten der letzten Zeit auf und sollen hier anhand konkreter Auseinandersetzungen der beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di betrachtet werden.

2) STAND GEWERKSCHAFTLICHER ERNEUERUNG

ABWEHRKÄMPFE UND NEUE STREIKFORMEN IN DER INDUSTRIE

Auf Grund der Schwäche der exportabhängigen Industrien, der Zollpolitik der Regierung Trump in den USA und der hohen Energiekosten ist die wirtschaftliche Lage im Organisationsbereich der IG Metall absehbar schwierig. Der Absatz der Produkte schwächelt und die notwendige Transformation hin zu einer weniger klimaschädlichen Produktion wird von den Unternehmen – trotz hoher Dividendenzahlungen und zum Teil hoher Rücklagen – nicht mit Zukunftsinvestitionen angegangen, sondern für Beschäftigungsabbau und Standortverlagerungen genutzt. Dieser Verlust an Industriearbeitsplätzen wirkt sich auf die Mitgliederentwicklung der IG Metall aus, die auf ihrer Jahrespressekonferenz einen Mitgliederrückgang von 3,9 Prozent verkünden musste (IG Metall: 2026).

In ihrer zentralen Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie setzte sie 2018 das erste Mal auf so genannte **24-Streiks**, konnte so auch mit Warnstreiks deutlich stärkeren Druck ausüben und erreichte eine Arbeitszeitverkürzung. In der Folge agierte sie angesichts von wirtschaftlichen Krisenerscheinungen jedoch zurückhaltend und griff nicht wieder – trotz häufig gut organisierten Belegschaften, die in der Vergangenheit beispielhafte Arbeitsstandards erkämpften – auf das erfolgreiche neue Streikkonzept zurück.

Mit **Sozialtarifvertragsauseinandersetzungen** fanden vereinzelt – vor allem in Zulieferunternehmen – immer wieder beindruckend geführte Abwehrkämpfe um Beschäftigungsabbau, Verlagerungen und Betriebsschließungen statt. Im Gegensatz zur Situation, dass die Betriebsräte die Abfederung des Beschäftigungsabbaus gegen Konzessionen verhandeln, wie es bei den **Zukunftstarifverträgen** die Regel ist, macht es die Forderung nach einem **Sozialtarifvertrag** möglich, Druck aufzubauen und gewerkschaftliche Kämpfe samt Arbeitsniederlegungen zu führen. Hier wird rechtlich für die tariffähige Forderung nach einem Sozialtarifvertrag gestreikt, das Ziel ist aber meist eine Verhinderung der Schließung (Ottaiano 2024). Am besten ausspielen lässt sich diese Stärke, bevor die Lage im Betrieb schwierig wird und damit einzelne Werke für das Kapital verzichtbar werden. Solange das Geschäft noch einigermaßen am Laufen ist, sind Beschäftigte weit mehr in der Lage, mit Arbeitsniederlegungen Druck auszuüben.

Selbst unter schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen konnten in einigen Kämpfen für Sozialtarifverträge Ergebnisse erzielt werden, die zudem eine Transformation mit Beteiligung der Beschäftigten eröffnet und gleichzeitig, zumindest für einen gewissen Zeitraum, Beschäftigungs- und Standort-sicherung festgeschrieben haben.

Beispiele hierfür sind die Konflikte bei Tadano, Musashi oder GKN Driveline. Beindruckend sind in diesem Zusammenhang auch kreative Streikformen wie der **Solidaritätsstreik**, den das Bundesarbeitsgericht 2007 als verfassungsrechtlich zulässige Kampfform bestätigte. Im Fall einer angekündigten Werkschließung bei GKN Driveline (2023) blockierte das Unternehmen lange eine Zukunfts-Betriebsvereinbarung und verkündete dann die Entscheidung, das Werk Mosel bei Zwickau zu schließen. Als erste Proteste nichts erreichten, traten die Beschäftigten für einen Sozialtarifvertrag im Werk Mosel in den unbefristeten Streik, unterstützt durch Solidaritätsstreiks an anderen Standorten. Durch dieses solidarische Handeln konnten ein guter Sozialtarifvertrag in Mosel und ein Rahmentarifvertrag mit Beschäftigungssicherung bis 2028 für die anderen Standorte durchgesetzt werden (Zabel u.a. 2025).

Kampf und Widerstand in den Betrieben lohnt sich also für die Beschäftigten auch in einem rezessiven Umfeld, hätte aber in größerem Ausmaß und mit einer Gesamtstrategie, in der Kämpfe verbunden werden, sicher eine deutlich größere Mobilisierungs- und Durchschlagkraft. Um flächendeckend Beschäftigung zu sichern und die erkämpften Standards zu erhalten, ist jedoch politischer Druck für eine Industriepolitik im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation notwendig.

Diesen versuchte die IG Metall mit Demonstrationen im Rahmen eines bundesweiten Aktionstages am 15. März 2025 in fünf Städten auf die Straße zu bringen, die aber eher klein und ohne Resonanz blieben. Dies sicher auch, weil die Mobilisierung nicht mit Konflikten in Betrieben untersetzt war und es keine Versuche gab, den Protest für andere Gewerkschaften und gesellschaftliche Gruppe wie der Klimabewegung anschlussfähig zu machen. Stattdessen versucht die IG Metall derzeit vor allem über Lobbypolitik im Bündnis mit den Unternehmen (IG Metall 2026) über einzelne industriepolitische Maßnahmen wie den Industriestrompreis die Auswirkungen der Krise abzufedern. Mittlerweile hat sie sich zusammen mit dem Verband der Automobilindustrie (VDA) für ein späteres Verbrenner-Aus auf europäischer Ebene ausgesprochen (IG Metall 2025), was den Schulterschluss mit progressiven gesellschaftlichen Kräften weiter erschwert.

NEUE KONFLIKTE, BERUFSGRUPPEN UND STREIKFORMEN IN DER DASEINSVORSORGE

Während noch bis zum Jahr 2000 die Auseinandersetzungen in der Industrie vorherrschten, finden seit den 2020er fast 73 Prozent im Dienstleistungsbereich statt (Lesch 2025: 50) und dabei besonders viele und innovative im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Grund dafür sind u.a. starke Einschnitte und regelmäßige Angriffe der öffentlichen Arbeitgeber auf die Tarifstandards.

Als diese in der Tarifrunde Bund und Kommunen (TVöD) 2020 in der Corona-Pandemie – trotz erschwelter gewerkschaftlicher Mobilisierung – erneut eine harte Haltung zeigten, setzte ver.di gezielt externe Organizer ein und verankerte Organizing-Elemente in der Tarifikampagne. Diese gehören



seither zu den Standards der Tarifauseinandersetzungen sowohl im TVöD als auch in der Tarifrunde der Länder (TV-L).

Dazu gehörten die von McAlevey entlehnten **Stärketests**, oft in Form einer Unterschriftensammlung, mit der sich die Unterzeichnenden verpflichten zur Durchsetzung bestimmter Forderungen zu streiken. Sie dienen erstens als Gradmesser der Streikbereitschaft, zweitens sind sie ein Anlass, um Kolleg:innen zu organisieren und drittens eine Warnung an die Arbeitgeber. In der Tarifrunde TVöD 2023 wurden in der Inflation über 340.000 Unterschriften von neu eingerichteten **Tarifbotschafter:innen** für die Tarifforderung in Betrieben und Einrichtungen gesammelt.

Mit den **Arbeitsstreiks** wurde eine Streikform eingeführt, die seit 2020 ein zentrales Element von Tarifikampagnen, auch über den öffentlichen Dienst hinaus, geworden ist. Zu diesen ein- oder mehrtägigen Warnstreiks werden gezielt gewerkschaftlich Aktive im Betrieb aufgerufen. Diese nutzen die arbeitsfreie Zeit, um im Betrieb die großen Streiks vorzubereiten, Schulungen zur Tarifrunde oder Ansprache-Trainings zu besuchen und ihre Kolleg:innen für die Tarifauseinandersetzung zu gewinnen.

In der Tarifrunde TVöD 2023 während der Inflationsjahre nahm ver.di mit einer zweistelligen Entgeltforderung mit sozialer Komponente das Anliegen nach Reallohnsicherung auf, agierte konfliktorientierter und konnte die Beteiligung an Warnstreiks stark steigern. Ver.di und EVG verbanden ihre Tarifikämpfe mit einem gemeinsamen Warnstreiktag, der als **„Mega-Streik“** am 27. März 2023 enorme öffentliche Aufmerksamkeit erzielte. Sie legten dabei den öffentlichen Personenverkehr, aber auch Teile der Flughäfen, Häfen und der Binnenschifffahrt lahm und konnten so auch Druck auf die Privatwirtschaft ausüben.

Gleichzeitig versuchte ver.di in der Öffentlichkeit für die Tarifforderungen zu werben und **gesellschaftliche Bündnisse** zu stärken. Mit einem Streiktag der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr am 03. März 2023 wies die Gewerkschaft auf dessen Bedeutung für den Klimaschutz hin. Auch am Frauentag am 08. März rief ver.di in vielen Regionen Erzieher:innen zum Streik auf und machte – auf gemeinsamen Demonstrationen mit lokalen Frauen*streikbündnissen – die Entlohnung im öffentlichen Dienst zu einem gesellschaftlichen Thema.

KÄMPFE UM ANERKENNUNG UND ENTLASTUNG

Mit den Sondertarifrunden für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst und den Entlastungskämpfen an den Kliniken traten neue starke Streikgruppen im öffentlichen Dienst auf den Plan. Diese Beschäftigten, mehrheitlich Frauen, brachen mit dem Klischee, aufgrund ihrer Fürsorgeverantwortung für ihnen anvertraute Personen nicht zu streiken. Stattdessen zeigten sie, dass „Care-Arbeit“ nicht nur systemrelevant, sondern auch streikfähig ist und provozierten eine Debatte über die Feminisierung von Streiks (Artus 2019).

Die als mangelnde gesellschaftliche Anerkennung wahrgenommene, relativ schlechte Eingruppierung der Erzie-

her:innen und Sozialarbeiter:innen, lag den „Kita-Streiks“ zu Grunde. In zwei Sondertarifrunden (2009, 2015) wurden wochenlange Erzwingungsstreiks geführt, die zu materiellen Verbesserungen führten, vielen Beschäftigten aber nicht ausreichend schienen. Zur Unzufriedenheit hatten auch Konflikte zwischen der als Vermittlungsgremium neu eingeführten **Streikdelegiertenkonferenz** mit der formal zuständigen Tariffkommission des öffentlichen Dienstes bzw. der Verhandlungsführung geführt. Die Streikaktiven, die über die Delegiertenkonferenz eingebunden und motiviert werden sollten, hatten sich eine stärkere Stimme bei den Entscheidungen gewünscht (Kutlu: 2015).

... an Kliniken

Ebenfalls um die gesellschaftlich wichtige Arbeit an Menschen ging es bei den Entlastungsauseinandersetzungen in den Krankenhäusern. Mit der Liberalisierung des Krankenhaussektors durch die Finanzierung über Fallpauschalen mit gedeckelten Budgets in den 1990er Jahren wurden die Kliniken unter massiven Kostendruck gesetzt und zum Teil privatisiert, was die Arbeitsbedingungen massiv verschlechterte (Brandt/Schulten 2008).

Paradoxerweise ermöglichte das System der Fallpauschalen zugleich, mit Streiks in Kliniken ökonomischen Schaden anzurichten. Im Gegensatz zu den früheren Tagespauschalen, die von der öffentlichen Hand an den Krankenhausträger weitergezahlt wurden, wird heute die Zahlung der Fallpauschale des individuellen Krankheitsbildes eingestellt, wenn Patient:innen nicht behandelt werden.

Mit dem erstmals von der ver.di-Betriebsgruppe der Universitätsklinik Charité angewandten **Betten- und Stations-schließungsstreik** (2011), der Lohnunterschiede gegenüber dem Flächentarifvertrag abbauen sollte, entstand der Klinik ein deutlicher finanzieller Schaden (Wolf 2015). Bei diesem Konzept informiert die Gewerkschaft den Arbeitgeber – auf Grundlage der ihnen bekannten Anzahl streikender Beschäftigter – über die Betten und Stationen, die nicht betrieben werden können. Der Arbeitgeber hat nun die in einer Notdienstvereinbarung genauer geregelte Verantwortung, die Betten tatsächlich zu leeren bzw. keine weiteren Patient:innen aufzunehmen, während die Pflegekräfte von Verpflichtung gegenüber den Patientinnen befreit sind (Latz 2021: 12).

Mit ihrer darauffolgenden Entlastungsbewegungen für mehr Personal im Krankenhaus artikulierten die Beschäftigten nicht nur die Forderung nach weniger verdichteter Arbeit, sondern auch ihr „Berufsethos“ nach besserer Pflege. Ihr Slogan „Mehr von uns ist besser für alle“ zeigt, dass es nicht nur um bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal, sondern auch um bessere Gesundheitsleistungen für die Patient:innen ging. Im Zuge dieser Auseinandersetzung entstanden einige innovative Elemente. So gründete sich 2013 das **Bündnis** „Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus“, das Öffentlichkeit für die Forderung schaffte, Patient:innen mit Unterschriftenlisten etc. in die Auseinandersetzung einbezog und die gewerkschaftliche Organisation im Betrieb unterstützte. Außerdem wurde mit den **Teamdelegierten** ein Delegiertensystem eingeführt, das eine wichtige Rolle im Aufbau

des Streiks, in der Strategiebildung und den Verhandlungen innehatte (Wolf: 2015: 28).

Am Ende der Auseinandersetzung wurde 2015 der erste Tarifvertrag *Entlastung* an der Berliner Charité durchgesetzt, der Mindestbesetzungen von Pflegekräften im Verhältnis zu Patient:innen festschrieb.

Diese Abschlüsse wurden nicht nur auf Grund der oft wochenlangen und ökonomisch wirksamen Streiks erreicht, sondern waren auch als politische Druckkampagnen angelegt. In Berlin (2021) oder in den sechs Unikliniken in Nordrhein-Westfalen (2023) agierten sie mit Druck auf die Politik im Vorfeld der Landtagswahlen. In vielen Fällen war entscheidend für den Erfolg, dass hochrangige Regierungspolitiker:innen Einfluss auf die Klinikleitungen ausübten und signalisierten, die Abschlüsse gegenzufinanzieren. Teil der Tarifikampagnen war eine Öffentlichkeitsarbeit, die stark von den Beschäftigten übernommen und zum Teil auch initiiert wurde. Streik-Aktive besuchten Politiker:innen, kontaktierten Journalist:innen, sprachen auf Pressekonferenzen, berichteten von schockierenden Erfahrungen von Patient:innengefährdung durch Personalmangel und veröffentlichten sie in einem Schwarzbuch Krankenhaus.

... und anderen Bereichen der Daseinsvorsorge

In den letzten Jahren streikten Lehrkräfte (2021) und Kita-Beschäftigte (2024) in Berlin ebenfalls für Entlastung in Form von kleineren Schulklassen bzw. Kita-Gruppen. In beiden Fällen bisher ohne Erfolg, weil sich der Senat Tarifverhandlungen verweigerte. Im Fall der Kita-Beschäftigten ging der Senat sogar juristisch gegen den Streik vor und bekam vor dem Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg zunächst Recht.

DEMOKRATISIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

Mit den Debatten zur Stärkung der Organisationsmacht insbesondere durch **Organizing** ging eine Hinwendung zu den Beschäftigten und Gewerkschaftsmitgliedern einher. Stellvertreterpolitik, bei der hauptamtliche Gewerkschafter:innen oder Betriebs- und Personalräte Entscheidungen treffen und in die Betriebe durchstellen, galt zunehmend als altbacken und ineffizient. Gerade um manche sehr kooperativ gegenüber der Arbeitgeberseite agierende Betriebsräte einzuhegen und konfliktorientierteren Belegschaftsgruppen Gehör zu verschaffen, wurde z.B. mit **Aktivenkreisen** in Betrieben experimentiert. Aber auch in Tarifauseinandersetzungen und Arbeitskämpfen bestehen strukturelle Demokratiedefizite. So wird die Bewilligung von Streiks zentral entschieden, die Tarifkommissionen in Flächentarifen sind relativ weit von den Mitgliedern im Betrieb entfernt und die Verhandlungsführung wird meist ausschließlich von einzelnen hauptamtlichen Gewerkschafter:innen übernommen.

Die Streikstrategie vor Ort demokratischer zu gestalten war Anfang der 2010er Jahre das Anliegen des ver.di Bezirk Stuttgart, der auf großen Streikversammlungen verstärkt strategische Fragen diskutierte (Schmalstieg 2013).

Mit der **Streikdelegiertenkonferenz** im Sozial- und Erziehungsdienst oder den **Teamdelegierten** in den Kliniken wurde versucht, auch die Verhandlungen und ihre Inhalte näher an die aktiven Mitglieder zu rücken. Während es im ersten Fall zu Konflikten zwischen Tarifkommission und Delegiertenkonferenz kam, hatten die zunächst in Haustarifverhandlungen erprobten Teamdelegierten einen sehr engen Draht zu den Tarifkommissionen. Sie spielten zudem schon in der Forderungsaufstellung, in der Streikstrategie aber auch in den Verhandlungen selbst eine zentrale Rolle. In beiden Feldern erwiesen sich die medizinische Expertise und die Kenntnis von Arbeitsabläufen der Gesundheitsarbeiter:innen dabei als wichtige Ressource.

So nahmen u.a. in der Tarifauseinandersetzung an den Berliner Kliniken Vivantes und Charité viele Teamdelegierte teil und kamen zu Wort bzw. warteten im Nebenraum auf Zwischenergebnisse, um diese zu beraten und in ihren Teams rückzukoppeln. Diese von der Organizerin Jane McAlevey inspirierte Öffnung von Verhandlungen hat neben der Stärkung der gewerkschaftlichen Verhandlungsführung durch kompetente Beschäftigte einen wichtigen Einfluss auf die Geschlossenheit der Beschäftigtenseite. Weil die Kolleg:innen in die Verhandlungen einbezogen sind, können sie das Kräfteverhältnis besser einschätzen und dadurch die Streikstrategie und mögliche Kompromisse mit der Klinikleitung und auch zwischen Beschäftigtengruppen kompetenter beurteilen und diskutieren. Die Wahrscheinlichkeit, dass gemeinsam getroffene Entscheidungen auch breit getragen werden, ist deutlich höher (McAlevey/ Lawlor 2023).

Dieses vor allem in Haustarifverhandlungen erprobte Modell wurde mit der Tarifauseinandersetzung bei der Lufthansa (2024) auf größere Einheiten angepasst und in Auseinandersetzungen bei DHL Leipzig (2025), den Berliner Verkehrsbetrieben (2025), in der Textilindustrie der IG Metall und als Pilotprojekt in Berlin-Brandenburg in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst TVöD (2025) und TV-L (2025/2026) durchgeführt. Hier wurden die Tarifbotschafter:innen nach jeder Verhandlungsrunde über den Verhandlungsstand informiert. Ihre Aufgabe war es, neben der Erläuterung des Angebots des Arbeitgebers, die Kolleg:innen im Einzelgespräch zu fragen, ob sie das Angebot annehmen oder weiterstreiken möchten. Das Ergebnis der sogenannten **quantifizierbare Rückkopplung** zusammen mit qualitativen Einschätzungen aus den Gesprächen wird von den Tarifbotschafter:innen an die Tarifkommission weitergegeben (Durben u.a. 2024).

POLITISCHE DIMENSION VON STREIKS UND GESELLSCHAFTLICHE BÜNDNISSE

Grundsätzlich beziehen sich alle Konflikte im öffentlichen Dienst auf die politische Ebene, weil diese über die Finanzierung entscheidet. Eine politische Bearbeitung gewerkschaftlicher Anliegen ist daher naheliegend, zumal in vielen Bereichen durch Arbeitsniederlegung kein oder nur geringer ökonomischer Druck ausgeübt werden kann. Diese politische Natur der Auseinandersetzungen im Bereich sozialer Dienstleistungen legt gesellschaftliche Bündnisse mit den Nutzer:innen dieser Leistungen nahe.



Neben dem **Bündnis** für mehr Personal im Krankenhaus oder der Zusammenarbeit mit den Frauenstreikbündnissen gab es in den letzten Jahren mit **#wirfahrenzusammen** ein relevantes Bündnis. Es gründete sich 2020 auf Initiative von Klimaaktivisten auf der Suche nach einer Strategie, nachdem die großen Klimastreiks der Schüler:innen von Fridays for Future nicht zu den geforderten drastischen Umbaumaßnahmen zu Gunsten des Klimas geführt hatten. Um gesellschaftliche Mehrheiten aber auch die nötige Durchsetzungsmacht für Klimapolitik zu erreichen, wandten sie sich Beschäftigten und ihren Gewerkschaften zu. Die Forderung eines „[...] *labour turn* der Klimabewegung und eines *climate turn* der Gewerkschaften.“ (Climate.Labour.Turn 2023: 24) bedeutete in der Praxis soziale Forderungen nach guten Arbeitsbedingungen und Entlohnung mit der ökologischen Forderung nach einer Verkehrswende zu verbinden (ebd 10-20).

Die Klimaaktivisten bezogen sich dabei auch auf das in den erfolgreichen Streiks im Jahr 2018 der Lehrkräfte in den USA praktizierte Konzept des **Bargaining for the Common Good**. Hier wurden im engen Bündnis mit Schüler:innen und Eltern Gemeinwohlforderungen - etwa nach kleineren Klassen - gemeinsam durchgesetzt. Starke Streiks mit Unterstützung der Bevölkerung konnten so hohen politischen Druck erzeugen, der Politiker:innen dazu brachte, die Forderungen der Streikenden und ihrer Verbündeten weitgehend zu erfüllen (Zeise 2023).

Ver.di startete 2020 den Versuch, über die Forderung eines einheitlichen Manteltarifvertrags, die zersplitterten regionalen Tarifverträge in einer bundesweiten Tarifikampagne zusammen zu führen. Angesichts dieser offensiven Forderung und der Einsicht, dass die Verkehrsbetriebe im Streik Lohnkosten sparen würden und nur politischer Druck helfen würde, begrüßte und beförderte die ver.di-Bundesebene das Bündnis mit den Klimaaktivisten.

Die Kooperation intensivierte sich noch in der Tarifaussensatzung 2024. 70 #Wirfahrenzusammen-Gruppen sammelten im Vorfeld der Tarifverhandlungen Unterschriften bei Fahrgästen und übergaben diese öffentlichkeitswirksam an Kommunalpolitiker:innen. Im Februar 2024 fand erneut zeitgleich zum Klimastreik ein Streiktag der Beschäftigten statt, an dem in 57 Städte Bus- und Bahnfahrer teilnahmen (Steinkopf 2024).

Die gemeinsame Kampagne führte zu politischen Diskussionen im Betrieb, Abbau von Vorurteilen gegenüber der Klimabewegung, Öffnung der Klimabewegung gegenüber Gewerkschaften (Steinkopf 2024) und einer stärkeren öffentlichen Wahrnehmung des Personalmangels und der schlechten Arbeitsbedingungen im ÖPNV. Leider konnten materiell nur kleinere Verbesserungen durchgesetzt werden und der gemeinsame Manteltarifvertrag wurde bisher nicht erreicht.

Bremsend wirkte sicher die vorherrschende sozialpartnerschaftliche Kultur im öffentlichen Nahverkehr. Neben einer Blockadehaltung gegenüber dem gemeinsamen Bündnis an einzelnen Orten fehlte eine gewachsene konfliktorientierten Streikkultur. In einigen Orten konnten hier große Fortschritte erzielt werden, insgesamt aber reichte die betriebliche Stärke trotz hohem Organisationsgrad nicht aus, um ernst-

hafte Schritte in Richtung guter Arbeitsbedingungen und des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs zu erzwingen (Müller-Vahl, 2024). In der aktuellen Tarifrunde im Nahverkehr ab Januar 2026 scheint #Wirfahrenzusammen bisher keine Rolle mehr zu spielen.

Mit Bezug auf das Bündnis begannen jedoch Beschäftigte und junge Aktive **sich** unter dem Namen #Wirstehenzusammen auch in die Tarifrunden TVöD (2025) und TV-L (2026) einzubringen und dabei insbesondere die Kürzungen auf Bundes- und Landesebene zu kritisieren.

3) PERSPEKTIVEN GEWERKSCHAFTLICHER ERNEUERUNG UND IHRE GESELLSCHAFTLICHE DIMENSION

Mittlerweile ist in den Gewerkschaften die Notwendigkeit der Stärkung der Organisationsmacht mittels neuer Ansätze breiter akzeptiert und wird nicht mehr nur in Randbereichen erprobt. Dennoch ist eine Umorientierung der gewerkschaftlichen Praxis noch lange nicht abgeschlossen. Es gibt weiterhin Widerstände, und der Bedarf nach Impulsen für eine offensive Gewerkschaftsarbeit ist weiterhin hoch. Positiv muss allerdings stimmen, dass sich mit einer in Teilen veränderten Praxis zunehmend junge Menschen aus linken Zusammenhängen und Bewegungen für Gewerkschaften interessieren und sich eine jüngere Generation von konfliktorientierten und politischeren Gewerkschaftssekretären - wie sich auch in den Konferenzen gewerkschaftlicher Erneuerung zeigt - etabliert (Dribbusch 2023: 84). Eine ähnliche Entwicklung ist bei streikerprobten Beschäftigtengruppen zu erkennen. Während die alten linken Betriebsaktivisten der 1970er Jahre aus dem Betrieb ausgeschieden sind, entstehen neue Kerne strategisch agierender Kolleg:innen, die sich ihre Gewerkschaft aneignen, um ihre Arbeitsbedingungen selbstbewusst und offensiv zu verändern.

Sehr deutlich wird aber, dass das politische Mandat eine wichtigere Rolle in der Gewerkschaftsarbeit spielen muss. Lösungen für zentrale Bereiche der Gewerkschaften wie die Unterfinanzierung der Daseinsvorsorge und die fehlende sozial-ökologische Industriepolitik werden durch die Verweigerung einer steuerlichen Umverteilung verstellt. Angesichts der massiven Aufrüstung ist daher für die nächsten Jahre eine noch verschärfte Austeritätspolitik zu erwarten, die auch die sozialen Sicherungssysteme unter Druck setzen wird. Gewerkschaften sollten sich daher untereinander und mit Sozialverbänden und anderen progressiven gesellschaftlichen Kräften verständigen und politischen Druck aufbauen.

Da allerdings auch große Demonstrationen in der Vergangenheit oft wenig an der Regierungspolitik ändern konnten, gilt es mit dem Streik die zentrale Machtressource von Beschäftigten einzusetzen. Nicht im Sinne eines hilflosen Rufs nach einem Generalstreik, der weder befolgt noch angesichts der Kräfteverhältnisse und der heutigen Rechtsprechung juristisch durchhaltbar wäre. Es geht vielmehr darum, offensive Arbeitskonflikte zu politisieren, zusammenzuführen und in gesellschaftliche Bündnisse einzubetten.

Ansatzpunkte könnten die Konflikte, politischen Druckkampagnen und Bündnisse in der Daseinsvorsorge in den Kliniken oder im öffentlichen Nahverkehr sein, die im Sinne des Konzepts des *Bargaining for the Common Good* aus den USA ausgeweitet und auf eine neue Stufe gehoben werden könnten. Denn die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit Schulausfall, schlechter Versorgung im Krankenhaus und ausgedünnten Busfahrplänen ist hoch. Und auch Siege – von denen es immer noch wenige gibt – in einzelnen Branchen und Gewerkschaften können dazu führen, dass die Gewerkschaftsbewegung langfristig voneinander lernt und gesellschaftliche Stimmungen verschoben werden.

Offensive Kämpfe und eine Politisierung der Gewerkschaften sind zudem eine wichtige Chance, den Rechtsruck in den Betrieben anzugehen. Studien legen nahe, dass betriebliche Partizipationserfahrungen demokratische Einstellungen befördern und damit rechten Einstellungen entgegenwirken können (Kiess 2023). So gibt es gute Gründe anzunehmen, dass Menschen, die solidarisch zusammen kämpfen und dabei erfahren, dass sie etwas verändern können, sich nicht so leicht spalten lassen. Beteiligungsorientierte und offensive Gewerkschaftsarbeit scheint ein ganzes Stück weit gegen rechte Einstellungen zu immunisieren.

Um dem Erstarken rechten Gedankenguts den Nährboden zu entziehen, braucht es aber auch grundlegende politische und solidarische Alternativen zur AfD. Parteien, Bewegungen und nicht zuletzt vor allem die Gewerkschaften **müssen ernsthaft und aktiv eine Opposition gegen die Missstände bilden, die Beschäftigten im Betrieb und in ihrem Leben erleiden.**

LITERATUR:

- Artus, Ingrid (2019): *Frauen*streik!*, Analysen Nr. 54, RLS, Berlin, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen54_FrauenStreik.pdf.
- AUTOR*INNENKOLLEKTIV CLIMATE.LABOUR. TURN (2023): *Mein Pronomen ist Busfahrerin. Die gemeinsame Kampagne von fff und ver.di im öffentlichen Nahverkehr. Ein Beispiel für ökologische Klassenpolitik. 2. Aktualisierte Auflage*, Berlin, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Broschur_Busfahrerin_2.Aufl_Apr23.pdf.
- Brandt, Torsten/ Schulten, Thorsten (2008): *Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und die Erosion des Flächentarifvertrags*. In: WSI-Mitteilungen 10/2008.
- Brinkmann, Ullrich u.a. (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung?* Wiesbaden.
- DGB (2024): *Mitgliederzahlen der Gewerkschaften im DGB*, online: <https://www.dgb.de/der-dgb/wer-wir-sind/#c8912>.
- Dörre, Klaus (2025): *Backlash! Krise, blockierte Transformation und gewerkschaftliche Antworten*. Vortrag im Rahmen der Akademie für sozialen & ökologischen Umbau „Gemeinsam Gegenmacht bilden“, 10. Juni 2025, Linz, <https://www.spw.de/backlash/>.
- Durben, Sebastian u.a. (2024): *Gewerkschaftlicher Machtaufbau bei Lufthansa. Wie der Arbeitskampf von den Tarifierfahrungen in anderen Branchen profitierte*. Hintergrund RLS, Berlin, <https://www.rosalux.de/news/id/52894/gewerkschaftlicher-machtaufbau-bei-lufthansa>.
- Hohendanner, Christian; Kohaut, Susanne (2025): *Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung: keine Trendwende in Sicht*, In: IAB-Forum 30. Mai 2025.
- IG Metall/ VDA (2025) *Gemeinsame Erklärung von IG Metall und VDA. Jetzt Arbeitsplätze in der Automobilindustrie sichern. Offensive für Elektromobilität und CO2-Regulierungen flexibilisieren*, https://www.igmetall.de/download/2025091_VDA_IGMetall.pdf.
- IG Metall-Pressestelle (2026): *Hintergrundinformationen zur Jahrespressekonferenz am 26. Januar 2026*, https://www.igmetall.de/download/20260126_Hintergrundinformationen_Jahrespressekonferenz_2026.pdf.
- Kiess, Johannes u.a. (2023): *Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen*, OBS-Arbeitspapier 64.
- Kutlu, Yalcin (2015): *Kampf um Anerkennung: Die Sozial- und Erziehungsdienste im Streik*. In: Zeitschrift Z, Nr. 103, September 2015, Frankfurt.
- Lesch, Hagen (2025): *Arbeitskämpfe im Wandel: Deutschland im OECD-Ländervergleich*, IW-Trends IW-Trends 4/2025 Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung Jahrgang 52.
- McAlevey, Jane/ Lawlor, Abby (2023): *Machtaufbau in Tarifverhandlungen. Fallbeispiele aus den USA und Deutschland*. <https://www.rosalux.de/publikation/id/50330/machtaufbau-in-tarifverhandlungen>.
- McAlevey, Jane (2019): *Keine halben Sachen. Machtaufbau durch Organizing*, Hamburg.
- McAlevey, Jane (2021): *Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie*, Hamburg.
- Müller-Vahl, Rika (2024): *Streiken für's Gemeinwohl: #WirFahrenZusammen weiter. Wie sich das Bündnis zwischen Klimabewegung und ÖPNV-Beschäftigten jetzt ausbauen lässt*. In: Zeitschrift Luxemburg, Juni 2024, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-fahren-zusammen-weiter/>.
- Ottaiano, Mario (2024): *Tarifvertrag For Future? Potenziale und Grenzen betrieblicher Transformationspolitik am Beispiel der IG Metall Baden-Württemberg*. In: Bartelheimer, Peter/ Ötsch, Silke (Hg.): *Konversion: Wirtschaftsdemokratie für den sozialökologischen Umbau*, Marburg, S. 109-137.
- Schmalstieg, Catharina (2013): *Partizipative Arbeitskämpfe, neue Streikformen, höhere Streikfähigkeit?*, Analysen, RLS, Berlin https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Partizipative_Arbeitskaempfe.pdf.
- Schmalz, Stefan/ Dörre, Klaus (2014): *Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens*. In: Industrielle Beziehungen, 21(3). S. 217-237, Augsburg.
- Steinkopf, Knut (2024): *Streikbewegung TV-N 2024*, <https://www.wir-fahren-zusammen.de/>.



- ver.di (2024): Transparenzbericht für das Jahr 2023, 23.01.2024, <https://www.verdi.de/transparenzberichte/verdi-transparenzbericht-fuer-jahr-2023>.
- Wilde, Florian (2019): Vorwort. In: McAlevey, Jane (2019): Keine halben Sachen. Machtaufbau durch Organizing., Hamburg.
- Wolf, Luigi (2015): „Mehr von uns ist besser für alle!“ Die Streiks an der Berliner Charité und ihre Bedeutung für die Aufwertung von Care-Arbeit. In: Fried, Barbara/Schurian, Hannah (Hg.): Umcare. Gesundheit und Pflege neu organisieren. Materialien, RLS Nr.13, Berlin, S.23-31.
- Zabel, Uwe/ Schmidt, Manuel/ Philippi, Markus (2025): Ein langer Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Solidaritätsstreiks in der Arbeitskampfpraxis der IG Metall. In: express 4/2025, https://www.express-afp.info/wp-content/uploads/25-04_zabel-schmidt-philippi_ein-langer-weg.pdf.
- Zeise, Fanny (2023): Streiken fürs Gemeinwohl: Lernen von den US-Gewerkschaften, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2023, S. 45-48, <https://www.blaetter.de/ausgabe/2023/februar/streiken-fuers-gemeinwohl-lernen-von-den-us-gewerkschaften>.

**Fanny Zeise ist Referentin zu Gewerkschaften
in der Rosa-Luxemburg-Stiftung**

Aufsuchende politische Bildung

WENN ALLTAGSSORGEN ÖFFENTLICH VERHANDELT WERDEN

Von Nele Rathke

Die aufsuchende politische Bildung reagiert auf eine zentrale Herausforderung der politischen Erwachsenenbildung; strukturelle Ausschlussmechanismen führen dazu, dass bestimmte soziale Gruppen nicht an politischer Bildung teilnehmen. Die soziale Ungleichheit der Teilnahme an politischer Bildung steht in engem Zusammenhang mit ungleicher politischer Teilhabe (Achour 2025; Bremer 2025; Gill 2025). Die ungleiche politische Teilhabe führt wiederum dazu, dass die Interessen dieser sozialen Gruppen weniger wirksam vertreten werden.

UNGLEICHE POLITISCHE TEILHABE ALS HERAUSFORDERUNG POLITISCHER ERWACHSENENBILDUNG

Empirische Forschung hat gezeigt, dass eine Korrelation zwischen sozio-ökonomischer Ungleichheit und politischer Interessenvertretung besteht. Beispielhaft zu nennen sind hier die Studien zur Abhängigkeit zwischen Einkommen und Responsivität des politischen Systems auf die Interessen der Bürger*innen. Die Interessen höherer Einkommensgruppen werden tendenziell wirksamer vertreten als die niedrigerer Einkommensgruppen (Elsässer & Schäfer 2022; Elsässer & Schäfer 2024; Schäfer 2015). Ganz grundsätzlich ergebe sich laut dem Soziologen Reinhold Hedtke das Problem, dass die im Kapitalismus nötige sozioökonomische Ungleichheit das für eine Demokratie nötige Prinzip politischer Gleichheit verletzete:

„Kapitalismus und Demokratie sind heute kaum kompatibel, sozioökonomische Ungleichheit verletzt das Prinzip politischer Gleichheit und wirtschaftliche Macht reduziert die wohlfahrtsstaatlichen Optionen der Politik. Die sozioökonomische Ungleichheit behindert strukturell die Interessenvertretung der benachteiligten Gruppen und gefährdet die Voraussetzungen und die Legitimation einer repräsentativen Demokratie.“ (Hedtke 2020:73f).

Die ungleiche Teilhabe an politischer Erwachsenenbildung ist somit nicht nur eine Herausforderung für die Profession, sondern ein fundamentales Problem für die Demokratie. Ausgehend von einer Reflexion der Ausschlussmechanismen machen sich Akteure aufsuchender politischer Bildung „auf den Weg“, um die eigene Bildungspraxis zu transformieren. Das Ziel aufsuchender politischer Bildung ist somit nicht nur, bestimmte soziale Gruppen aufzusuchen, sondern auch soziale Ungleichheiten in der politischen Teilhabe sichtbar zu machen und ihnen andragogisch¹ entgegenzuwirken.

AUFSUCHEND IST MEHR ALS SOZIALRÄUMLICH

Die prägendste Strategie der aufsuchenden politischen Bildungspraxis ist die Geh-Struktur (Siebert 2010). Anstatt zu hoffen, dass Adressat*innen in die etablierten Institutionen der politischen Erwachsenenbildung *kommen, gehen* die aufsuchenden politischen Bildner*innen an Orte, an denen Menschen sich in ihrem Alltag aufhalten. Bildungsprozesse werden zum Beispiel vor dem Supermarkt oder im Nachbarschaftscafé durchgeführt. Dafür kooperieren aufsuchende politische Bildner*innen mit Akteuren aus dem Sozialraum. Kooperationen ermöglichen den Akteuren aufsuchender politischer Bildung ein Anknüpfen an bestehende Vertrauensverhältnisse. Dies ist besonders relevant, da der Ausschluss von (politischer) Bildung und politischer Teilhabe häufig mit einem Bruch von Vertrauen in sowohl Bildung (Menke 2022; Rathke & Stapf-Finé 2025) als auch Politik (Best u. a. 2023; Faus 2025) im weitesten Sinne einhergeht.

Doch über diesen sozialräumlichen Aspekt hinaus befasst sich die aufsuchende politische Bildung mit den oft situativ unterschiedlich ausgeprägten strukturellen Gründen, warum Menschen nicht von sich aus zu den etablierten Angeboten politischer Erwachsenenbildung *kommen*. Mit dem *Handbuch*

¹ Das Kunstwort Andragogik ist, in Abgrenzung zum Begriff Pädagogik, im deutschsprachigen Kontext die Wissenschaft von der Bildung Erwachsener, jedoch hat sich der Begriff nicht durchgesetzt (Papenkort 2023)



aufsuchende politische Bildung (Gill u. a. 2025) wurde erstmals eine umfassende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der aufsuchenden politischen Bildungspraxis angestrebt. Dabei wurde deutlich, dass empirische Forschung ein wichtiges Desiderat ist. In meiner empirischen Forschungsarbeit habe ich analysiert, wie in der Arena² der aufsuchenden politischen Bildung sowohl die Ausschlussmechanismen als auch die darauf bezogenen transformativen Strategien der aufsuchenden politischen Bildung verhandelt werden.

In diesem Beitrag argumentiere ich, dass die Privatisierung von Alltagssorgen ein zentraler, bislang unterschätzter Ausschlussmechanismus von politischer Bildung ist – und dass aufsuchende politische Bildung diesen nur durch kollektive öffentliche Aushandlung transformieren kann.

DATENERHEBUNG UND ANALYSE

Meine Erkenntnisse basieren auf qualitativer Forschung, die zwischen 2021 und 2025 in Berlin durchgeführt wurde. Die Forschung umfasst zwei zentrale Komponenten:

1. Die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts ‚Gleiche politische Teilhabe – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung‘ (2021-2024) der Berliner Landeszentrale für politische Bildung³. In Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé von der Alice Salomon Hochschule Berlin erhob ich folgende Daten: vier Gruppendiskussionen und sechs Expert*inneninterviews mit aufsuchenden politischen Bildner*innen sowie Vertreter*innen der durchführenden Institutionen; eine Dokumentenanalyse von Strategiepapieren, Haushaltsplänen und Projektauswertungen; teilnehmende Beobachtungen von Fachtagungen, Workshops und Bildungsprozessen. Dies eröffnete mir die Möglichkeit, die Arena der aufsuchenden politischen Bildungspraxis in Berlin zu analysieren.
2. Im Laufe der wissenschaftlichen Begleitung wurde deutlich, dass mir die Perspektive der Teilnehmenden und die Erfahrung der Rolle der aufsuchenden politischen Bildnerin fehlen würde. Daher entschied ich mich im Sinne des theoretischen Sampling, eine Aktionsforschung durchzuführen, in der ich die Doppelrolle einer aufsuchenden politischen Bildnerin und Forscherin einnahm. Ich arbeitete mit einer Gruppe von fünf Teilnehmenden zusammen, die sich über einen Zeitraum von zwei Jahren dreiwöchentlich traf. Nach jeder Sitzung des Bildungsprozesses hielt ich meine Beobachtungen und Reflexionen ethnographisch fest.

Für die Datenanalyse nutzte ich die Situational Analysis (Clarke u. a. 2022) und die Analysesoftware MAXQDA, um die Daten zu codieren, zu kategorisieren und zu interpretieren. Auf diese Weise habe ich die aufsuchende politische Erwachsenenbildung als soziales Phänomen aus einer politikwissenschaftlichen (nicht erziehungswissenschaftlichen) Perspektive untersucht, mit einem starken Fokus auf eine machtkritische Analyse. Für diesen Beitrag beziehe ich mich als sensibilisierendes Konzept⁴ auf die Überlegungen zu subalternen Gegenöffentlichkeiten der politischen Philosophin Nancy Fraser (1990). Sie analysiert aus einer marxistischen und poststrukturellen Perspektive machtvoll Aushandlungen in der Öffentlichkeit.

Im Rahmen meiner Forschungsarbeit habe ich verschiedene Ausschlussmechanismen und darauf bezogene transformative Strategien empirisch identifiziert. In diesem Beitrag werde ich vertiefend auf den Ausschlussmechanismus der Privatisierung von Alltagssorgen eingehen. Diesen Ausschlussmechanismus, der im politischen System entsteht, verstehe ich als wesentlichen Grund, warum bestimmte soziale Gruppen nicht an politischer Erwachsenenbildung teilnehmen. Als transformative Strategie wurde in der erforschten Situation eine aufsuchende politische Bildung anhand des Alltäglichen praktiziert.

Bevor ich auf die Privatisierung der Alltagssorgen und die darauf bezogene bildnerische Strategie der Bildung anhand des Alltäglichen eingehe, werde ich kurz die Arena aufsuchender politischer Bildung darstellen.

AUFSUCHENDE POLITISCHE BILDUNG ALS DISKURSIVE ARENA

Die Arena der aufsuchenden politischen Erwachsenenbildung umfasst die Sozialen Welten der Teilnehmenden, aufsuchenden politischen Bildner*innen, Träger und Kooperationspartner*innen, Akteure aus Politik und Verwaltung, fördernde Institutionen sowie Akteure aus der Wissenschaft. Sie verhandeln die Ausschlussmechanismen und die transformativen Strategien kontrovers.⁵ Empirisch zeigte sich, dass Ausschlussmechanismen in zwei Dimensionen entstehen; im politischen System und in der politischen Erwachsenenbildung selbst. Während aufsuchende politische Bildung strukturelle Ausschlüsse des politischen Systems nur begrenzt transformieren kann, besteht die Gefahr, diese ohne reflektierte Auseinandersetzung zu stabilisieren. So kann etwa die Kritik an bestehenden Beteiligungsformaten dann zu einer nachhaltigen Transformation führen, wenn sie kollektiv artikuliert und an verantwortliche Akteure herangetragen wird. Werden hingegen einzelne Teilnehmende lediglich „fit gemacht“ für hie-

2 Mit der von Anselm Strauss entwickelten Theorie der Sozialen Welten und Arenen können soziale Gruppen nicht nur als diskursive Universen verstanden werden, sondern es kann auch auf bestimmte Aktivitäten, Mitgliedschaften, Orte (sites), Technologien und Organisationen dieser Sozialen Welten und Arenen eingegangen werden (Strauss 1978).

3 <https://www.berlin.de/politische-bildung/teilhabe/aufsuchend/gleiche-politische-teilhabe/>.

4 Der Soziologe Herbert Blumer kritisiert, dass theoretische Konzepte, die nicht aus der Empirie der jeweiligen Sozialforschung entstehen, nie die gleiche definitorische Exaktheit erhalten können, die sie in dem entstandenen Kontext hatten. Daher sollten sie lediglich als sensibilisierende Konzepte verwendet werden (Blumer, 1954).

5 Diese Ausschlussmechanismen und transformativen Strategien sind nicht erschöpfend, sie sind das, was in dieser situativen Analyse vorgefunden wurde. In der Grounded Theory wird betont, dass Wissen situativ konstruiert wird und die Analyse letztendlich mit dem geschriebenen Wort zwar zu einem Ende findet, die soziale Realität sich jedoch beständig weiterentwickelt: „The published word is not the final one, but only a pause in the neverending process of generating theory“ (Glaser & Strauss 1967:40).

rarchische Beteiligungsformate, reproduziert dies bestehende Machtverhältnisse politischer Teilhabe.

Ausschlussmechanismen innerhalb der politischen Erwachsenenbildung lassen sich hingegen durch eine machtrelexive Praxis zumindest teilweise bearbeiten. Die empirischen Daten zeigen jedoch, dass Akteure aufsuchender politischer Bildung dabei sehr unterschiedlich vorgehen. Aufsuchende politische Bildung erweist sich somit nicht als einheitliche Praxis, sondern als situativ verschieden gestaltete Bildungspraxis mit heterogenen Deutungen von Ausschluss und angemessenen Strategien.

Diese Heterogenität lässt sich zum einen auf die Vielfalt der sozialen Gruppen zurückführen, die von politischer Bildung ausgeschlossen sind und unterschiedliche politische Themen, Sozialisierungen und Ausdrucksformen mitbringen. Zum anderen verorten sich die Professionellen der aufsuchenden politischen Bildung transdisziplinär und beschreiben sich etwa als politische Bildner*innen, *politische Sozialarbeiter*innen* oder Politikwissenschaftler*innen. Diese unterschiedlichen Selbstverständnisse prägen die jeweiligen Deutungen von Ausschlussmechanismen und die Gestaltung aufsuchender Strategien maßgeblich.

PRIVATISIERUNG VON ALLTAGSSORGEN

In meiner Forschungssituation komme ich zu dem Schluss, dass ein zentraler Ausschlussmechanismus, der dazu führt, dass Menschen nicht an politischer Bildung teilnehmen, die Privatisierung von Alltagssorgen ist. Unter der Privatisierung von Alltagssorgen verstehe ich Prozesse, in denen strukturell bedingte, kollektiv geteilte Problemlagen als individuelle Defizite, persönliche Scham oder private Verantwortung gerahmt werden. Politische Bildung, die zu Organisation und kollektiver Interessenvertretung führen könnte, erscheint nicht als effektive Strategie zur Bewältigung eben dieser sorgenvollen Erfahrungen. Die Sorge verbleibt somit in der privaten Sphäre und wird nicht öffentlich verhandelt.

Ich habe mich für den Begriff *Sorge* in Abgrenzung zu *Erfahrung* entschieden, da die Bedeutung einer Alltagssorge weiter geht als eine reine Erfahrung. Es ist eine beständige, sorgenvolle Erfahrung, die auf eine Veränderung drängt. Beispiele von Alltagssorgen aus der erforschten Situation sind Sorgen wegen steigenden Lebensmittelpreisen, Müll im öffentlichen Raum, rassistischen Übergriffen auf die eigenen Kinder in der Schule, Einsamkeit, Wohnungslosigkeit oder ungeklärter Aufenthaltstitel. Ich gehe davon aus, dass Alltagssorgen immer eine politische Dimension haben. Sie weisen auf kollektive Problemlagen hin, die individuell erfahren werden. Alltagssorgen zeigen somit einen Handlungsbedarf in Bezug auf diese Problemlagen an. Der springende Punkt ist hier, ob und inwiefern dieser Handlungsbedarf kollektiv ist. Dies führt mich zum Aspekt der *Privatisierung* von Alltagssorgen.

Die Privatisierung analysiere ich in Anlehnung an das theoretische Konzept der subalternen Gegenöffentlichkeiten nach Nancy Fraser (1990). Sie beschreibt, wie hegemoniale und gegenhegemoniale Öffentlichkeiten versuchen, die Grenzen des Privaten und des Öffentlichen zu verschieben. Hegemoniale Öffentlichkeiten drängen bestimmte Anliegen machtvoll in die private Sphäre. Fraser prägt das Konzept der subalternen Gegenöffentlichkeiten originär in ihrem Text „Rethinking the Public Sphere“ aus dem Jahr 1990 ausgehend von einer Kritik an Jürgen Habermas' Ausführungen zu deliberativer Öffentlichkeit (1962). Sie konzeptualisiert subalterne Gegenöffentlichkeiten⁶ als diskursive Arenen unterdrückter sozialer Gruppen, in denen Interpretationen der eigenen Identitäten, Interessen und Bedürfnisse formuliert werden (Fraser 1990, S. 67). Soziale Gruppen verändern den marginalisierten Status in der öffentlichen Meinungsbildung, indem sie diesen durch ihre Stimmen anfechten:

„Eine subalterne Gegenöffentlichkeit setzt voraus, dass Menschen einen benachteiligten, marginalisierten oder untergeordneten Status anfechten, den sie in der Gesellschaft im Allgemeinen und in der öffentlichen Meinungsbildung im Besonderen innehaben. Es geht darum zu beschreiben, wie sie versuchen, einen Weg zu finden, ihre Stimme zu verstärken.“ (Fraser u. a. 2024:151)

Doch wie können hegemoniale Öffentlichkeiten Anliegen diskursiv als privat kategorisieren? Fraser führt an, dass die bürgerliche Vorstellung sei, dass öffentlich ist, was Alle betrifft. Sie kritisiert diese Annahme, da so eine vermeintlich naturgegebene Grenze zwischen öffentlichen und privaten Anliegen gezogen werde. Diese Grenzen seien jedoch vielmehr Ergebnis diskursiver Aushandlungen. Betroffene selbst sollten darüber verhandeln, ob ein Thema öffentliche Relevanz besitzt, da Öffentlichkeit nur so als Arena demokratischer Selbstbestimmung fungieren kann. Folglich sollte kein Thema a priori vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden; vielmehr muss eine demokratische Öffentlichkeit auch Minderheiten die Möglichkeit eröffnen, die öffentliche Relevanz ihrer Anliegen diskursiv zu klären (Fraser 1990, S. 71). Eine Beschränkung deliberativer Themen durch die Zuschreibung in die private Sphäre ist daher nicht legitim; vielmehr sind die Kategorien „privat“ und „öffentlich“ als kulturell und machtpolitisch geprägte Klassifikationen zu verstehen (ebd.:72).

VERSTÄNDLICHE MIETVERTRÄGE ALS WOHNUNGSPOLITISCHES PROBLEM

Ich illustriere dies an einem Beispiel aus der Empirie dieser Forschungsarbeit. Ein Akteur der aufsuchenden politischen Bildung berichtet von einer Sitzung, in der die Teilnehmenden ihre Lebensalltage schildern. Als kollektiv geteilte Sorge zeigte sich, dass die Mietverträge für die Teilnehmenden nur sehr eingeschränkt zugänglich waren:

„Es gibt in Berlin, also wahrscheinlich jede fünfte Mieterin und Mieter kann eigentlich den Mietvertrag nicht lesen,

6 Subalterne Gegenöffentlichkeiten entsteht aus der Kombination zweier Konzepte; Subalterne von Gayatri Spivaks „Can the Subaltern Speak“ (1988) und Gegenöffentlichkeiten von Rita Felski (1989) .



geschweige denn, selbst wenn sie es lesen können, etwas mit diesem Text anfangen können. Das heißt es ist eigentlich aus meiner Sicht ein elementares wohnungspolitisches Problem. [...] Und dann stellt sich die Frage, was müsste denn getan werden, um von dieser Lebenssituation, von diesen Interessen ausgehend, das zu einem wohnungspolitischen Thema zu machen.“ (INT_T, Pos. 9)

In hegemonialen Öffentlichkeiten wird die Unverständlichkeit von Mietverträgen jedoch häufig als individuelles Bildungsdefizit gerahmt. Nancy Fraser beschreibt zwei Themenfelder, die im Sinne einer bürgerlichen Öffentlichkeit dem Privaten zugeschrieben werden; Privatbesitz in der Marktkonomie und Themen zugehörig zum intimen, häuslichen, sexuellen oder persönlichen Leben (Fraser, 1990, S. 71). Anhand dieser Differenzierung wird sehr deutlich, warum ein verständlicher Mietvertrag nicht als wohnungspolitisches Problem behandelt wird. Die hegemoniale Öffentlichkeit sichert durch die Unverständlichkeit einerseits die machtvolle Position von Vermieter*innen in Bezug auf ihren Privatbesitz. Andererseits wird so diskursiv die untergeordnete Position von Mieter*innen durch schamvolles, individuelles Versagen in Bezug auf zum Beispiel den formalen Bildungsstand gefestigt.

Ausgehend von der kollektiven Analyse der Teilnehmenden ließe sich die Verständlichkeit von Mietverträgen jedoch als wohnungspolitisches Problem fassen. Auch wenn diese Anekdote in dem Interview nicht weiter vertieft wurde, könnte die wohnungspolitische Dimension von schwer zugänglichen Mietverträgen auf folgenden Aspekten basieren. Mietverträge sind oft lang und juristisch formuliert. Dadurch entsteht besonders für Erstmieter*innen oder Menschen, deren Erstsprache nicht deutsch ist, ein strukturelles Informationsungleichgewicht zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen. Juristisch komplexe Vertragsformulierungen, die Wohnungsnot als Druck zur ungeprüften Unterzeichnung sowie der hohe Anteil rechtlich unwirksamer Klauseln⁷ fallen ebenso unter strukturelle Aspekte. Ein kollektives politisches Interesse könnte hier etwa in verpflichtenden Klartextfassungen oder standardisierten Mietverträgen liegen.

Die Privatisierung von Alltagssorgen verhindert jedoch häufig die Artikulation entsprechender politischer Ansprüche. Durch die kollektive Analyse im Rahmen aufsuchender politischer Bildung können Alltagssorgen als öffentlich relevante Probleme verhandelt und in politische Handlungsstrategien überführt werden.

ALLTAGSSORGEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT – ZWISCHEN SOLIDARITÄT UND VULNERABILITÄT

Der Privatisierung von Alltagssorgen setzt die aufsuchende politische Bildung also das Alltägliche als Ausgangspunkt der Bildungsprozesse entgegen. In der erforschten Situation hat sich jedoch gezeigt, dass die öffentliche Aushandlung von Alltagssorgen eine komplexe Angelegenheit ist. Die Integration des Alltäglichen in die aufsuchenden politischen Bildungsprozesse

bedeutet, dass Menschen mit ihren Alltagssorgen in die Öffentlichkeit treten. Analytisch sehe ich dieses Moment als ambivalente Erfahrung; es kann ein Moment von Solidarisierung und Kollektivierung des Alltäglichen sein. Es kann aber auch ein Moment von Vulnerabilität, Scham und Verunsicherung sein. Gerade aus einer marginalisierten gesellschaftlichen Positionierung ist die Auseinandersetzung mit dem Politischen oft schmerzhaft. Die Erfahrung einer prekarierten Lebenssituation steht oft in Verbindung mit einer Vielzahl von bedrückenden Alltagssorgen.

Empirisch wurde deutlich, dass im öffentlichen Aushandlungsprozess unterschiedliche Problemanalysen des Alltäglichen miteinander konkurrieren. Diese Konkurrenz ist nicht symmetrisch, sondern von Machtverhältnissen geprägt. Normativ problematisch ist dabei, dass bestimmte Deutungen dazu führen, Alltagssorgen erneut in die private Sphäre zurückzudrängen. Dies passiert, weil die Deutungshoheit darüber, ob etwas privat oder öffentlich ist, machtvoll ausgehandelt wird. Aufsuchenden politischen Bildner*innen kommt die Funktion des Stärkens der Perspektive der Teilnehmenden in Bezug auf die Formulierung der Alltagssorgen zu. Dies bedeutet einerseits gemeinsam mit den Teilnehmenden eine gegenhegemoniale Analyse der Alltagssorgen zu erstellen. Andererseits diese aber auch in den Dialog mit hegemonialen Deutungen zu setzen und effektive Handlungsstrategien zu erarbeiten.

Der folgende Fall aus der Empirie illustriert exemplarisch, dass öffentliche Aushandlungen für marginalisierte Akteurinnen nicht per se emanzipatorisch sind, sondern unter bestimmten Bedingungen zu erneuter Vulnerabilisierung führen können. Eine Gruppe von Mitarbeiterinnen eines Familienzentrums, die mit geflüchteten Familien arbeiten, hat im Rahmen eines aufsuchenden politischen Bildungsprozesses einen offenen Brief geschrieben. Ein Ausschnitt des offenen Briefs beschreibt die Situation von Familien in Gemeinschaftsunterkünften folgendermaßen:

„Die schlecht funktionierende Verwaltung und die Wohnungsnot führen dazu, dass Korruption im Bereich des Wohnungsmarktes und der Regelung von Aufenthaltstiteln entsteht. Schwarzgeld nehmen und geben sind eine große Sache für Makler, für Sozialwohnungen und auch um schneller einen Termin im Amt für Einwanderung zu bekommen. Anwält:innen nutzen die prekären Situationen der Familien, mit denen wir arbeiten, aus und beraten für Angelegenheiten, die ohnehin geregelt werden oder verlangen viel zu viel Geld. Warum gibt es dieses Schwarzgeld und diese horrenden Summen? Viele Menschen kennen ihre Rechte nicht. Sie sind verzweifelt in den Gemeinschaftsunterkünften und wünschen sich nichts sehnlicher als die Regelung ihrer Aufenthaltstitel und eine Wohnung. Diese Verzweiflung ruft eine ganze Reihe an korrupten Menschen hervor, die viel Geld nehmen.“ (FT_OB, S. 1)

Bevor der Brief veröffentlicht werden konnte, gab es ein Gespräch mit den Verantwortlichen des Familienzentrums, an

⁷ Laut dem deutschen Mieterbund enthalten schätzungsweise 90 % aller Mietverträge rechtlich unwirksame Klauseln. Diese sind jedoch nur unwirksam, wenn sie erkannt und eingeklagt werden (Berliner Mieterverein: „10 unwirksame Klauseln im Mietvertrag und ihre Folgen“, Mietermagazin 1+2/17).

dem die Teilnehmenden des Bildungsprozesses angestellt waren. Die Verantwortlichen argumentierten, dass hier das Problem nicht Politik und Verwaltung seien, sondern die kriminellen Makler*innen und Anwälte*innen, beziehungsweise die Menschen, die dafür zahlen würden. Wenn es keine Menschen gebe, die dafür zahlen würden, gebe es auch keine kriminellen Machenschaften. Sie verglichen dies zudem mit Schleppern⁸; wenn Menschen auf der Flucht nicht für diese zahlen würden, gäbe es sie nicht. Sie verschoben dementsprechend den Fokus der strukturellen Ebene auf die individuelle Ebene. Dadurch wurde das Problem in die private Sphäre zurückgedrängt. Die unterschiedlichen Problemanalysen der alltäglichen Erfahrung wurden machtvoll gegenübergestellt und es wurde diskursiv um eine Deutungshoheit gerungen. Zudem wurden durch die Argumentation der Verantwortlichen des Familienzentrums die geflüchteten Familien und somit auch eine Teilnehmerin der Gruppe, beschuldigt, diese kriminellen Machenschaften durch ihre individuelle Entscheidung zu ermöglichen. Dies zeigt, wie emotional aufwühlend es für Menschen sein kann, mit ihren persönlichen Erfahrungen in die Öffentlichkeit zu treten und diese zur Debatte zu stellen. Wo anfangs im Rahmen des Bildungsprozesses eine Erfahrung von Solidarisierung, Anteilnahme und der Einbettung der Erfahrung in einen politischen Kontext stattgefunden hatte, wurde in dieser Situation in Bezug auf die gleiche Erfahrung eine Schuldzuweisung der Unterstützung krimineller Machenschaften ausgesprochen. Aus einer marginalisierten Position in die Öffentlichkeit zu treten, kann demnach im Dialog mit hegemonialen Öffentlichkeiten ein Ringen um Deutungshoheit implizieren. Diese Aushandlungen werden machtvoll ausgetragen. Hier wurde im Rahmen des Bildungsprozesses die grundlegende Frage, ob dies ein öffentliches oder ein privates Problem ist, ganz konkret aufgeworfen; führen eine fehlgeleitete Wohnungspolitik und komplizierte Bürokratie zu kriminellen Machenschaften oder entstehen kriminelle Machenschaften, weil Menschen sich individuell entscheiden, dafür zu zahlen? Der Strafrechtler Andreas Schloenhardt analysiert dies sehr deutlich:

„Für viele bieten Schlepper die einzige Möglichkeit, Armut, Verfolgung und Hoffnungslosigkeit zu entkommen. Durch die zunehmende Abriegelung vieler Grenzen ist es in der heutigen Zeit für die meisten Flüchtlinge fast unmöglich geworden, ohne die Hilfe von Schleppern in sichere Zielländer zu gelangen. [...] Der gegenwärtige Diskurs wird darüber hinaus oft von Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Angst vor Überbevölkerung und Destabilisierung des Sozialsystems überschattet.“ (Schloenhardt 2015, S. 38f)

MACHTVOLLE VALIDIERUNGEN GEGENHEGEMONIALER ANALYSEN VON ALLTAGSSORGEN

Interessanterweise hob eine andere Person aus der Leitungsebene des Familienzentrums, konträr zu der ersten Position, die Öffentlichkeit der kriminellen Machenschaften hervor.

Sie bezieht sich hier auf die sorgenvolle Erfahrung, die eine Teilnehmerin des Bildungsprozesses und auch viele andere Menschen in Unterkünften und darüber hinaus gemacht haben, dass Makler*innen große Summen für die Vermittlung von Wohnungen nehmen, die dann aber nicht existieren oder schon vermietet sind:

„Sie hat [gesagt, ...] dass sie, nachdem sie den Brief gelesen hatte, bei der Quartiersmanagement-Sitzung zwei wichtige Personen im Bereich Flucht und Migration gefragt hat, ob das mit den kriminellen Machenschaften unter Makler:innen etc. wirklich so sei, und dies bestätigt bekommen habe. Das war total gut zu hören, dass die Beobachtungen [...] auch von anderer Stelle validiert wurden. Dadurch war sie irgendwie gleich viel zugänglicher und meinte, dass es total wichtig sei, dass wir da laut werden und dies möglichst schnell unterbinden. Sie hat sogar gesagt, dass wir eine Art Aufklärungskampagne in dem Brief vorschlagen könnten, damit dies nicht weiter passiere. Im Sinne von ‚Wehret den Anfängen.‘“ (FT, Pos. 332)

Hier wird aus einer hegemonialen Position die öffentliche Relevanz des Problems anerkannt. Diese Position hält das Thema als würdig für die Öffentlichkeit, basiert diese Einschätzung jedoch auf der externen Validierung. Die Formulierung, dass ‚wichtige‘ Personen die Erfahrungen der Teilnehmenden bestätigen konnten, zeigt, dass zunächst ein Zweifel in Bezug darauf bestand, ob dies ein Thema ist, dass von öffentlichem Interesse ist. Dieser Zweifel wurde durch Vertreter*innen einer hegemonialen Öffentlichkeit aufgehoben. Diese externe Validierung hat somit die Legitimation der Deutungshoheit der subalternen Gegenöffentlichkeit über diese sorgenvolle Erfahrung ermöglicht. Dies sehe ich in Erweiterung von Fraser's Konzept als relevanten Aspekt; der Dialog von in subalternen Gegenöffentlichkeiten entstandenen Positionen mit hegemonialen Positionen kann eine machtvolle und strategische Validierung sein. Ich gehe jedoch davon aus, dass die zwei Personen aus dem Quartiersmanagement diese kriminellen Machenschaften von Makler*innen nicht selbst erfahren haben. Und hier liegt ein analytischer Knackpunkt für die Privatisierung von Alltagssorgen; wäre dieses Anliegen wieder in die private Sphäre zurückgedrängt worden, wenn es nicht extern validiert worden wäre? Konnte diese machtvolle Validierung dementsprechend nur passieren, weil es bereits einen erfolgreichen Versuch der öffentlichen Verhandlung dieses Problems gab? In Erweiterung von Fraser argumentiere ich daher, dass diese externe Validierung ein machtvoller, aber ambivalenter Mechanismus ist. Vertreter*innen hegemonialer Öffentlichkeiten können Alltagssorgen von Teilnehmenden aufsuchender politischer Bildung strategisch validieren und dadurch in der Öffentlichkeit verfestigen. Dies erscheint jedoch situativ bedingt – Akteure aufsuchender politischer Bildung können hier ansetzen und diese externen Validierungen strategisch nutzen.

Schlussendlich ist die Veröffentlichung des Briefs jedoch von einer Vertreterin höherer Hierarchie-Ebenen unterbunden

8 Die unterschiedlichen Bezeichnungen zwischen „Fluchthilfe“ und „Schlepperkriminalität“ machen das Phänomen der Begleitung von Migration zu einem komplexen Feld. Da viele sogenannte Schlepper aus humanitären oder familiären Gründen handeln, wurde Schlepperei lediglich bei „Absicht der Verschaffung eines finanziellen oder sonstigen materiellen Vorteils“ im Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten unter Strafe gestellt (Schloenhardt 2015).



worden. Dies geschah anhand einer komplexen Verflechtung von Strategien, die ich in meiner Dissertation analysiere (Rathke 2026, im Erscheinen). Letztendlich wurde so der Dialogversuch der subalternen Gegenöffentlichkeit, die im Rahmen des Bildungsprozesses entstand, mit einer hegemonialen Öffentlichkeit unterbunden. Der offene Brief wurde nicht in einer weiteren Öffentlichkeit diskutiert, wodurch auch die politischen Interessen der Teilnehmenden nicht verhandelt wurden. Dieses demokratische Versagen verorte ich in diesem Beispiel primär diskursiv, da ein Dialogversuch ausgeschlagen wurde. Es gründet sich jedoch auf institutioneller Ebene zum Beispiel in einer mangelnden Umsetzung inklusiver Elemente einer partizipativen Demokratie (für eine Reflexion zu aufsuchender politischer Bildung und partizipativer Demokratie siehe Gill, 2025).

Der Privatisierung von Alltagssorgen eine aufsuchende politische Bildung anhand des Alltäglichen entgegenzusetzen, ist somit eine komplexe Angelegenheit. Das Ringen um Deutungshoheit in Bezug auf eine Analyse der Alltagssorgen wird machtvoll ausgetragen. Aufsuchenden politischen Bildner*innen kommt hier die Rolle des Stärkens der Analyse der Teilnehmenden und die Begleitung bei der diskursiven Auseinandersetzung mit hegemonialen Öffentlichkeiten zu.

REGRESSIVE PROBLEMANALYSEN VON ALLTAGSSORGEN

Doch wie können aufsuchende politische Bildner*innen mit regressiven Problemanalysen der Alltagssorgen von Adressat*innen und Teilnehmenden umgehen? Auf Basis der empirischen Daten und in Anlehnung an Fraser komme ich zu dem Schluss, dass der Ansatz in der politischen Erwachsenenbildung der konkrete Fokus auf die Alltagssorgen und die Transformation dieser sein muss. Fraser analysiert, dass Gegenöffentlichkeiten sich aus der gemeinsamen Artikulation eines Diskurses, das heißt einer „gemeinsamen Beschwerde über die strukturelle Benachteiligung“ (Fraser et. al. 2024: 150) bilden. Sie plädiert für eine klare Trennung zwischen der strukturellen Benachteiligung und der regressiven Problemanalyse:

„Wir dürfen zwei Dinge nicht vermischen. Das eine ist, ob es sich um Stimmen von Menschen handelt, die aus Gründen, die mit ihrer untergeordneten oder benachteiligten strukturellen Position in der Gesellschaft zu tun haben, nicht ausreichend gehört wurden. Das andere ist, ob die Ansichten, die sie äußern, diejenigen sind, die wir für angemessen halten, um ihre Beschwerden zu äußern.“ (Fraser et. al. 2024, S. 153)

Regressive Deutungen der Alltagssorgen von Teilnehmenden werden somit lediglich zu verkürzten Problemdiagnosen der strukturellen Benachteiligung:

„Aus meiner Sicht wird das Problem oft völlig falsch diagnostiziert. Wenn sie glauben, dass ihr Problem durch die Existenz von zu vielen Schwarzen oder Homosexuellen oder Einwanderern oder Muslimen oder Juden oder was auch immer verursacht wird, ist das sicherlich eine Fehldiagnose. Aber ich kann trotzdem sagen: Ja, Du hast Recht,

dass Deine Stimme nicht gehört wird, dass Du strukturell benachteiligt bist.“ (Fraser et. al. 2024, S. 153)

Aufsuchende politische Bildung kann hier ansetzen und regressive Problemdiagnosen, die aus den Alltagssorgen entstehen, anhand einer kollektiven Analyse des Alltäglichen mit strategisch-solidarischen Formen des Handelns verbinden. Wenn zum Beispiel Menschen von Armut betroffen sind, würde eine wissenschaftlich fundierte Analyse ihrer Alltagssorgen eher nicht zu rassistischen Positionen führen, da der Grund für die prekären Lebensumstände wohl kaum die von Rassismus betroffenen Menschen sind. Kollektive, solidarische Strategien zur konkreten Bewältigung der Alltagssorgen erscheinen dann attraktiver als der menschenfeindliche und unsolidarische Modus (vgl. Achour 2025, S. 211). Beispiele aus der Empirie für strategisch-transformative Solidarisierungen im Rahmen aufsuchender politischer Bildung sind a) das Vernetzen mit politischen Akteuren, die bereits in für die Teilnehmenden relevanten Themenfeldern aktiv sind und b) das Vernetzen unter den Teilnehmenden, um situative Lösungsansätze für alltägliche Problemlagen zu finden, wie zum Beispiel gegenseitige Beratung zur Lohnabrechnung oder Unterstützung bei der Terminvergabe von Ärzt*innen.

FAZIT - EINE KLEINE UTOPIE AUFSUCHENDER POLITISCHER BILDUNG

Kann aufsuchende politische Bildung ein Weg zu einem emanzipatorischen Aufbruch für mehr soziale Gerechtigkeit sein? Ja – unter bestimmten Bedingungen. Die Bildungspraxis kann auch auf eine Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse politischer Teilhabe hinwirken. In einer kleinen Utopie aufsuchender politischer Bildung sehen Träger politischer Bildung und Akteure hegemonialer Öffentlichkeiten ihre Interessen nicht durch politische Artikulationen von Teilnehmenden aufsuchender politischer Bildung gefährdet, sondern treten in einen offenen demokratischen Dialog. Dadurch kann aufsuchende politische Bildung eine Disruption der bestehenden Machtverhältnisse politischer Teilhabe herbeiführen, indem hegemoniale Formen politischer Bildung und Teilhabe kritisiert und transformiert werden.

Wenn wir als demokratische Gesellschaften über Vorstellungen und Visionen verschiedener Utopien und Gerechtigkeit diskutieren wollen, benötigen wir die Perspektiven aller gesellschaftlichen Gruppen – nicht nur die Perspektiven der sozioökonomisch privilegierten Gruppen, die Zugang zu politischer Teilhabe haben. Im Rahmen von aufsuchender politischer Bildung können die Perspektiven von Menschen anhand einer Analyse der Alltagssorgen und möglicher Handlungsstrategien gestärkt werden.

In der kleinen Utopie aufsuchender politischer Bildung wird dies in einer flächendeckenden, langfristigen Basisversorgung politischer Erwachsenenbildung umgesetzt. Dort, wo Menschen sich zusammenfinden, um ihre Alltagssorgen zu besprechen, sei es in professionalisierten Settings wie der Sozialberatung oder in selbstorganisierten Gruppen, gibt es immer auch die Möglichkeit politischer Bildung. Alltagssorgen, die strukturell verursacht sind, individuell bewältigen zu wollen, erscheint in der kleinen Utopie absurd.

LITERATUR

- Achour, Sabine 2025. Rechtsruck, Rassismus, Antisemitismus - Welche politische Bildung brauchen wir heute? In T. Gill, H. Stapf-Finé, & A. Wallentin, hg. *Handbuch Aufsuchende Politische Bildung*. Politik und Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 205–218.
- Best, Volker u. a. 2023. *Demokratievertrauen in Krisenzeiten : wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bremer, Helmut 2025. Aufsuchende politische Bildung - Versuch einer Standortbestimmung. In T. Gill, H. Stapf-Finé, & A. Wallentin, hg. *Handbuch Aufsuchende Politische Bildung*. Politik und Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 23–39.
- Clarke, Adele E., Washburn, Rachel & Friese, Carrie 2022. *Situational Analysis in Practice: Mapping Relationships Across Disciplines*. 2. Auflage New York: Routledge.
- Elsässer, Lea & Schäfer, Armin 2022. Repräsentation und Responsivität. In K.-R. Korte & M. Florack, hg. *Handbuch Regierungsforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 683–693.
- Elsässer, Lea & Schäfer, Armin 2024. Ungleiche politische Partizipation und Repräsentation. In P. Böhnke & D. Konietzka, hg. *Handbuch Sozialstrukturanalyse*. Springer VS, Wiesbaden, 1–21.
- Faus, Jana 2025. Wie kann politische Bildung politikferne Milieus erreichen? In T. Gill, H. Stapf-Finé, & A. Wallentin, hg. *Handbuch Aufsuchende Politische Bildung*. Politik und Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 73–99.
- Fraser, Nancy u. a. 2024. Kapitalismus und umkämpfte Öffentlichkeit. Ein Gespräch mit Nancy Fraser. *Berliner Journal für Soziologie* 34, 1, 145–163.
- Fraser, Nancy 1990. Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. *Social Text*, No. 25/26 56–80.
- Gill, Thomas 2025. Partizipation und politische Teilhabe mit allen als Auftrag der politischen Bildung. In T. Gill, H. Stapf-Finé, & A. Wallentin, hg. *Handbuch Aufsuchende Politische Bildung*. Politik und Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 193–204.
- Gill, Thomas, Stapf-Finé, Heinz & Wallentin, Annette (Hg.) 2025. *Handbuch Aufsuchende Politische Bildung*. 1. Auflage Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Glaser, Barney G. & Strauss, Anselm L. 1967. *The Discovery of Grounded Theory: strategies for qualitative research*. Aldine Transaction.
- Habermas, Jürgen 1962. *Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Hermann Luchterhand Verlag, Neuwied.
- Hedtke, Reinhold 2020. Interessen- statt Urteilsbildung? Ungleichheit, Partizipation und politische Bildung. In A. Szukala & T. Oeftering, hg. *Protest und Partizipation: fachwissenschaftliche und fachdidaktische Perspektiven*. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, 69–84.
- Menke, Barbara 2022. Demokratische Landnahme - Aufsuchende politische Bildung (im ländlichen Raum). In K. Möller, F. Neuscheler, & F. Steinbrenner, hg. *Demokratie gestalten!*.
- Rathke, Nele & Stapf-Finé, Heinz 2025. Anforderungen an aufsuchende politische Bildung. In T. Gill, H. Stapf-Finé, & A. Wallentin, hg. *Handbuch Aufsuchende Politische Bildung*. Politik und Bildung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, 114–124.
- Schäfer, Armin 2015. *Der Verlust politischer Gleichheit: warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet*. Campus Verlag, Frankfurt.
- Schloenhardt, Andreas 2015. Samariter, Schlepper, Straftäter | Flucht und Asyl. *Aus Politik und Zeitgeschichte* Nr. 25, 38–43.
- Siebert, Horst 2010. *Methoden für die Bildungsarbeit: Leitfaden für aktivierendes Lehren*. 4., aktualisierte und überarb. Aufl. Bielefeld: Bertelsmann.
- Strauss, Anselm 1978. A Social World Perspective. In *Studies in Symbolic Interaction*. 119–128.

